

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 5. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

---

Sitzungsdatum: 8. Dezember 2020 / 9. Dezember 2020  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr (08.12.2020) / 18.00 – 21.20 Uhr (09.12.2020)

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Andreas Bammatter  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat  
Silvia Stucki  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

#### Sitzung 08.12.2020

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Rita Urscheler, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Philippe Adam, Rolf Adam, Sandro Felice, Barbara Grange, Cetin Keles, Claudia Sigel, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Rita Urscheler

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21  
20.25 Uhr 30 Anwesende = 20

### Sitzung 09.12.2020

Anwesend:	Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Pascale Uccella, Rita Urscheler, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss
Entschuldigt:	Philippe Adam, Rolf Adam, Sandro Felice, Barbara Grange, Cetin Keles, Christian Stocker Arnet, Rita Urscheler
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 32 Anwesende = 22

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 5.11.2020, zur **Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2021 - 2025**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4511 / A
  2. Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 5.11.2020, zum **Budget 2021 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2021**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4512 / A
  - 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
  - 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 18.11.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, zu den Budgetanträgen pro 2021 Geschäft 4512B / C
  - 2.1.2 Budgetantrag von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend Konto 2170.5040.31; Schulliegenschaften Schulzentrum Neuallschwil - Aussenbereich Geschäft 4512B.1
  - 2.1.3 Budgetantrag von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, betreffend Konto 0290.5040.04; PV Anlage Gemeindeverwaltung Geschäft 4512B.2
  - 2.1.4 Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Konto 7690.3132; Energiestadt Label bei «energie schweiz» Geschäft 4512B.3
  - 2.1.5 Budgetantrag von Martin Münch, FDP-Fraktion, betreffend Konto 2183.4637; Beiträge von privaten Haushalten – Mittagstisch Geschäft 4512B.4
  - 2.1.6 Budgetantrag von Martin Münch, FDP-Fraktion, betreffend Konto 5452.3637; Beiträge von privaten Haushalten – Private Tagesheime Geschäft 4512B.5
  - 2.1.7 Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend Konto 3110-5040.01; Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum Geschäft 4512B.6
-

- 2.1.8 Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend  
Konto 3422; Ersatz Holzpavillon Planung und Ausführung  
Geschäft 4512B.7
- 2.1.9 Budgetantrag der Geschäftsprüfungskommission, betreffend  
Jährliches Globalbudget, auswärtige Berater, Sachverständige und Experten  
Geschäft 4512B.8
- 2.1.10 Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 2170.5040.52; Schulhaus Bettenacker, Neubau, Varianzverfahren  
Geschäft 4512B.9
- 2.1.11 Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 2170.5040.47; SZ Neuallschwil,  
Neubau Planung (Wettbewerb/Varianzverfahren)  
Geschäft 4512B.10
- 2.1.12 Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 3420.5030.XX; Verlegung Pavillon Lindenplatz  
Geschäft 4512B.11
- 2.1.13 Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend  
Ausführung der Insel Fabrikstrasse  
Geschäft 4512B.12
- 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Budget 2021
- 2.2.2 Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und  
Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2021
3. Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat  
von der CVP-Fraktion, vom 18.9.2018, betreffend  
**Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4411 / A
4. Zwischenbericht des Gemeinderates vom 11.11.2020, zum Postulat  
von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.6.2018,  
betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt  
Geschäft 4400 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2020, zum Postulat  
von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.11.2018, betreffend  
**Lärmschutzprojekt LSP**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4425 / B
6. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 14.10.2020,  
betreffend **Aufwendungen der Gemeinde Allschwil im Zusammenhang  
der Lösungsfindung zur Umsetzung der Lärmschutzverordnung**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4536 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 21.10.2020, zum Postulat  
von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 1.4.2019, betreffend  
**Überarbeitung Alterskonzept Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki  
Geschäft 4436 / A
8. Motion von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 13.5.2020, betreffend  
**Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg  
im Bereich des Schulraumperimeters**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann  
Geschäft 4519

9. Motion von Florian Spiegel, SVP, vom 10.9.2020, betreffend  
**Gemeindebibliothek**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter

Geschäft 4530

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

---

**Für das Protokoll:**

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 5 vom 08. Dezember 2020 und 09. Dezember 2020**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Christian Kellermann**, Präsident: Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und geschätzte Medienvertreter. Ich begrüsse Sie herzlich zur Plenarsitzung von heute, 8. Dezember 2020. Entschuldigt sind heute Christian Stocker Arnet, Barbara Grange, Rolf und Philippe Adam, Rita Urscheler, Claudia Sigel, Sandro Felice, Cetin Keles und Pascale Uccella. Weitere Entschuldigungen liegen mir nicht vor. Ruedi Spinnler führt durch die Präsenz. Besten Dank.

Wie Sie bereits aus den Medien wissen, hat der Kanton Basel-Landschaft und auch der Kanton Basel-Stadt heute die verschärften Massnahmen gegen Covid19 eröffnet. Dies wird ab 11. Dezember gelten. Wir haben in unseren Sitzungen aber schon länger verschärfte Massnahmen. Das heisst heute haben wir auch am Platz Maskentragpflicht. Ich weise darauf hin, diese auch zu tragen. Des Weiteren haben wir auch Abstandsregeln, die wir einhalten werden und auch in den Pausen werden wir den Abstand von mindestens 1,5 m einhalten. Die Kommissionssprecher bleiben an ihren Plätzen. Wegen den Masken bitte ich Sie denn auch, laut und deutlich zu sprechen. Ich denke, das funktioniert recht gut, ihr versteht mich sicherlich.

Ich möchte noch kurz informieren, dass Frau Nicole Müller beim Versand der Unterlagen, bitte schauen Sie kurz nach vorne auf den Screen, seit neuestem gibt es auf diesem E-Mail den Link blau unterlegt. Dieser gibt euch die Möglichkeit, alle Unterlagen schön sauber sortiert mit einem Klick

---

herunterladen zu können. Sie müssen also nicht mehrmals und jedes einzelne Geschäft anwählen. So kommen Sie, wenn Sie am Schluss hier draufklicken, automatisch auf die Internetseite von Allschwil. Da befindet sich zuoberst, direkt unter dem Titel „alle Dokumente der Sitzung als ZIP-Datei herunterladen“ der Link. Damit wird es automatisch unten links heruntergeladen, und wenn man es anwählt, sehen Sie, dass alle Geschäftsdokumente schön sauber nach Ordner abgelegt, alle PDF vorhanden sind. Das ist eine saubere Sache, die wir nun ganz neu zur Verfügung stellen. Es bietet vielleicht dem einen oder anderen an, sich zu überlegen, den Papierversand für sich selbst aufzuheben und in Zukunft nur noch digital zu arbeiten. Darüber wird sich sicher die Umwelt auch freuen. Jene Leute, die sich dazu entscheiden, können das ungeniert Frau Nicole Müller mitteilen.

Es gibt einen neuen WLAN-Zugang und ein neues Passwort. Dieses wurde Ihnen am 18. November zugestellt und kann dort nachgelesen werden.

Im Weiteren haben wir vom Einwohnerratsbüro eine Vorantwort über das Verfahrenspostulat, das Florian Spiegel eingereicht hatte, zugestellt. Es geht darum mitzuteilen, welche Möglichkeiten von Gratisprogrammen es gibt, aber auch, wenn das nicht funktioniert, die Möglichkeit über die Gemeinde einen Zoom-Account beziehen zu können. Darüber wollten wir euch so schnell als möglich vorinformieren. Traktandieren werden wir dieses Geschäft dann in der ersten Sitzung im neuen Jahr, an der wir es noch einmal besprechen werden.

Wir haben keine dringlichen Interpellationen erhalten. Es wurde eine dringliche Motion eingereicht. Für diese braucht es eine 2/3-Mehrheit. Und zwar wurde das Geschäft 4542 betreffend Strategie Schulraumentwicklung, Zeithorizont 10 Jahre, von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion. Ich gebe zuerst dem Motionär, Andreas Bärtsch, Präsident der KBU, das Wort für das Votum zur Dringlichkeit.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Presse. Ich rede nur zur Dringlichkeit. Aus unserer Sicht ist die Dringlichkeit gegeben, weil wir ja gesehen haben, im Ausgabenplan für die nächsten fünf Jahre stehen mehrere Schulbauten an, welche eine grosse Investition benötigen. Wir sind der Meinung, bevor wir mit Planen beginnen, wir im Einwohnerrat wissen möchten, auf welchen Grundlagen sie erarbeitet wurden. Daher die Dringlichkeit, damit wir den Gemeinderat möglichst schnell beauftragen können, mit der Präsentation dieser Grundlagenerarbeitung zu beginnen, damit wir die Informationen früh genug haben und der Prozess der Schulraumplanung nicht unnötig verzögert wird.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung der Dringlichkeit. Ich weise noch einmal darauf hin, dass es ein 2/3-Mehr braucht.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Zuerst einmal vielen, lieben Dank für diesen Vorstoss, der mir Ihr Interesse und Engagement des Einwohnerrates aufzeigt. Der Gemeinderat begrüsst die Dringlichkeit dieses Vorstosses. Damit kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat nämlich gleich noch in derselben Sitzung über den aktuellen Stand dieses Projekts Schulraumplanung informieren. Der Gemeinderat ist allerdings der Ansicht, dass eine Motion nicht das geeignete Mittel ist, weil sie per Definition die Exekutive beauftragt, tätig zu werden. Allerdings beschäftigt sich der Gemeinderat schon seit Frühling 2019 mit diesem Geschäft. So hatte er im Juni dieses Jahres die strategische Ausrichtung der Schulraumplanung formuliert, Aufträge erteilt und vorsorglich entsprechende Mittel in den Aufgaben- und Finanzplan 2021 bis 2025 gestellt. Der Gemeinderat ist der Meinung, mit diesen Massnahmen sei eine Motion obsolet. Der Gemeinderat begrüsst hingegen, die Motion Strategie Schulraumentwicklung, Zeithorizont 10 Jahre, als Postulat entgegen zu nehmen. Ich bitte Sie, mir als neue Gemeinderätin die Chance zu geben, Sie regelmässig über den Projektstand zu informieren. Deshalb unterstreiche ich, dass wir froh wären, es wäre ein Postulat.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Motionär an, ob er auf dieses Anliegen eingehen möchte und sie, aber nach wie vor als dringlich, umwandeln möchte.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Wir entscheiden nun über die Dringlichkeit. Ich glaube, es ist obsolet, ob es ein Postulat oder eine Motion ist. Es geht um die Dringlichkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Okay, dann wird Herr Bärtsch vielleicht später auf die Änderung Motion oder Postulat zurückkommen. Wir stimmen nun also über die Dringlichkeit dieses Vorstosses ab. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, soll das mit Kartenerheben bezeugen.

://:

Sie haben der Dringlichkeit dieses Geschäfts grossmehrheitlich mit 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es sind übrige Vorstösse eingegangen:

Einwohnerratsgeschäft 4543: Postulat betreffend Vorgehenskonzept Schulhaus Schönenbuchstrasse von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion. Dies wurde bereits verschickt. Ich frage den Postulanten an, ob er das Wort zum Geschäft wünscht. Das ist nicht der Fall.

**Motion** betreffend Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit, eingereicht von Niklaus Morat SP-Fraktion und Christian Jucker GLP. Wer von den Unterzeichnenden dieses Geschäfts wünscht das Wort? Das Wort wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste in vorliegender Form genehmigt wurde.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 5.11.2020, zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2021 - 2025  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4511 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Zuerst hat der Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FIREKO), Mark Aellen, das Wort. Ich darf bitten.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich bin mir bewusst, dass ich zuerst das Wort habe. Ich würde aber trotzdem gerne zuerst Franz das Wort geben, damit er das Thema vorstellt. Dann ist mein Beitrag für die Zuhörer sinnvoller.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, sehr gerne. In diesem Fall würde ich unserem Finanzminister Franz Vogt das Wort geben. Bitte schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Gerne will ich Ihnen den Finanzplan 2021 bis 2025 und anschliessend das Budget 2021 vorstellen. Beginnen wir mit dem Finanzplan. Die Präsentation ist wie folgt gegliedert: Im Rahmen der Einleitung werde ich zuerst die Ausgangslage und die, dem Finanzplan zugrunde liegenden Annahmen erläutern. Im Hauptteil komme ich dann auf die Entwicklung unserer Ergebnisse wie auch auf die Entwicklung der Investitionstätigkeit der Planperiode zu sprechen. Ebenso werde ich kurz auf die Finanzpläne der Spezialfinanzierungen eingehen. Zu guter Letzt werde ich ein Fazit ziehen.

Mit dem Aufgaben- und Finanzplan wird eine rollende Planung betrieben. D.h. der bestehende Aufgaben- und Finanzplan wird stets um ein Jahr erweitert, und die verbleibenden Planjahre werden aktualisiert. Der Aufgaben- und Finanzplan beschreibt die voraussichtliche Entwicklung der Aufgaben und den Finanzbedarf einer Gemeinde über die jeweils kommenden fünf Jahre, wobei das aktuelle Budgetjahr jeweils dem Bericht im ersten Planjahr entspricht. Je weiter in die Zukunft geblickt wird, desto grösser wird die Planungsunsicherheit. Diese Unsicherheit lässt sich vielfach auch mit einer Erhöhung des Planungsaufwandes nicht effizient verringern. Im Gegensatz zum Budget handelt es sich beim Aufgaben- und Finanzplan um ein Arbeitsinstrument der Exekutive, welches der Legislative nur zur Kenntnisnahme vorgelegt werden muss. Der Aufgaben- und Finanzplan stellt daher keine Rechtsgrundlage für Ausgaben dar. Basierend auf den Erkenntnissen im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Leitbildmassnahmen, hat der Gemeinderat festgestellt, dass eine erneute

Priorisierung, abgestimmt auf die Legislaturziele 2020 bis 2024 notwendig ist. Im Anschluss soll diese Planung der Leitbildmassnahmen neu in eine jährliche, rollende Planung überführt werden. Die rollende Planung soll im Finanzplanungsprozess integriert und auf die Planperiode von jeweils fünf Jahren abgestimmt werden. Dieser Prozess soll Mitte 2021 abgeschlossen und nach Möglichkeit im Finanzplan für die Planperiode 2022 bis 2026 abgebildet werden. Für die Finanzplanung der Planperiode 2021 bis 2025 wurde wie bereits in den Vorjahren das Budgetjahr als Basis genommen und mittels Wachstumsindikatoren pro Funktion eine Fortschreibung vorgenommen.

Im Rahmen der Finanzplanung wurden Wachstumsfaktoren definiert, die der Funktion der einzelnen Sachkosten zugewiesen wurden. Diese Faktoren sind im Bericht Seite 9 erläutert. Bei der Planung der Steuererträge wurden die Wachstumsprognosen des Kantons unter Berücksichtigung der Effekte aus der Steuervorlage 17 gemäss Vorlage des Kantons Basel-Landschaft übernommen. Die Gemeinde Allschwil weist gegen Ende der Planperiode 2021 bis 2025 keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt aus. Grund dafür sind im Wesentlichen die Veränderungen im Steuerbereich. Aufgrund der Gesetzesänderung im Rahmen der Steuervorlage 17 werden nach Anpassungen der Kapitalsteuern im Jahr 2020 Gewinnsteuersätze bei den juristischen Personen ab dem Jahr 2023 bis ins Jahr 2025 gestaffelt gesenkt. Zudem plant der Kanton Basel-Landschaft mit in Kraftsetzung per 1. Januar 2022 eine Einkommens- und Vermögenssteuerreform bei den natürlichen Personen, die ebenfalls zu einem tieferen Steuerwachstum führen wird. Längerfristig betrachtet sollte die Gemeinde Allschwil diese Effekte durch eine positive Entwicklung der Steuerkraft kompensieren können. Mittelfristig betrachtet, wird jedoch in der Planperiode bis 2025 ein wesentliches Defizit erwartet.

Kommen wir zu den Investitionen. Betrachtet man die Planperiode 2021 bis 2025 wird im Schnitt von 25,3 Mio. Bruttoinvestitionen ausgegangen. Dies ist darin begründet, dass wesentliche Investitionen im Bereich Schulraum notwendig sind. Hervorzuheben sind die wesentlichen Investitionen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung für die Schulliegenschaften in der Funktion 2170. Für die Schulhäuser Schönenbuchstrasse, Neuallschwil sowie für ein neues Schulhaus sind insgesamt über 83 Mio. Franken in der Planperiode berücksichtigt. Diese Kosten sind mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet. Die Planungsphase wird zeigen, wie hoch die effektiven Investitionsvolumen sein werden. Diese Investitionstätigkeit ist durch die Gemeinde nicht selbst zu finanzieren. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Finanzierungsfehlbetrag, welcher sich entsprechend negativ auf die Kennzahlen Nettoschuld pro Einwohner und Selbstfinanzierungsgrad auswirkt.

Nun gehen wir zu den wichtigsten Angaben der Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung ist weiterhin sehr gut finanziert. Trotz umfangreicher Gebührensenkungen in den vergangenen Jahren werden weiterhin Ertragsüberschüsse realisiert. Die Mengengebühr für Trinkwasser von CHF 1.10 / m<sup>3</sup> ist im Kantonsvergleich tief und sollte aus Sicht des Gemeinderats, aufgrund des nachhaltigen Umgangs mit dieser Ressource, nicht weiter angepasst werden. Analog im allgemeinen Haushalt weist die Spezialfinanzierung Wasserversorgung einen wesentlichen Finanzierungsfehlbetrag aus. Entsprechend wird das Nettovermögen pro Einwohner in der Planperiode zu einer Nettoschuld. Auch die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ist gut finanziert und verfügt über ausreichend Eigenkapital. Aufgrund der tiefen Gebühren werden jedoch Aufwandüberschüsse realisiert. Dadurch wird das Gleichgewicht über die nächsten Jahre wiederhergestellt werden. Der Finanzierungsfehlbetrag setzt sich auch in der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung fort. In der Abwasserkasse wird in der Planperiode dadurch das Nettovermögen pro Einwohner reduziert werden. Bei der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung werden ebenfalls Aufwandüberschüsse realisiert. durch tiefe Gebühren sowie durch eine Verschiebung der steuerfinanzierten Abfallbewirtschaftung hin zur gebührenfinanzierten Spezialfinanzierungen werden die Aufwandüberschüsse weiter zunehmen und das Eigenkapital kontinuierlich abgebaut werden. Gemäss dem Finanzhandbuch werden neu das Littering, die öffentlichen Abfallerimer und die Öffentlichkeitsarbeit bei der Spezialfinanzierung belastet. Obwohl die Investitionstätigkeit in der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung nicht wesentlich ist, wird durch die Defizite das Nettovermögen stetig abgebaut. Gegen Ende der Planperiode resultiert dadurch eine Nettoschuld.

Fazit: Vergleicht man den Finanzplan 2021 bis 2025 mit der Einschätzung aus dem letzten Jahr, kann festgehalten werden, dass die finanzielle Entwicklung der Gemeinde deutlich positiver eingestuft wird als noch vor einem Jahr. Dies hängt wesentlich mit der besseren Einschätzung der Steuererträge zusammen. Es wird davon ausgegangen, dass die Effekte aus der Steuerreform deutlich schwächer ausfallen als erwartet. Dies ist auch notwendig, um das stete Kostenwachstum sowie die hohe Investitionstätigkeit zu finanzieren. Gegen Ende der Planperiode wird aufgezeigt, dass aufgrund der tiefen Selbstfinanzierung die Verschuldung stark zunimmt. Der Gemeinderat ist sich seiner Aufgabe

bewusst, diese Entwicklung aufmerksam zu beobachten und die Weichen frühzeitig zu stellen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Dann gebe ich nun gerne das Wort dem Präsidenten der FIREKO, Mark Aellen geben.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Danke, geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir haben gehört, dass wir einen rollenden Plan haben. Das ist auch einer dieser Teile, die ich als FIREKO-Präsident weitertrage. In der Tat, dieser Plan ist sehr rollend. Wir sehen er ist stabil. Er hat einfach ein paar Piecks drin, weil wir neuerdings wissen, was die Schulraumplanung möglicherweise bringt, und weil wir auch sehen, dass mit den Wasserleitungen doch tatsächlich ab und zu auch etwas passiert. Dies sind die zwei grossen Änderungen in diesem Plan, der uns vorgelegt wird und den wir finanztechnisch begrüssen dürfen. Was wir als Grundfazit nehmen, ist, dass unsere Bestrebungen des letzten Jahres, die beinhalten, dass wir eigentlich mit dieser Art von Planung nicht zufrieden sind, vollumfänglich negativ umgesetzt wurden. Die Planung ist auf genau demselben Level wie vorher, nur dass man gar keine weiteren Aspekte miteinbezogen hat. Der Massnahmenkatalog ist noch einmal um ein Jahr verkürzt, damit haben wir schon wieder einen Teil, der nicht drinsteht. Die Finanzierung wird doch tatsächlich in einem einzigen Satz gewürdigt, der da heisst: Die Steuerkraft wird es dann schon richten. Ich habe es etwas frei übersetzt, aber im Wesentlichen wird überhaupt nicht angegeben, weshalb die Steuerkraft es richten soll. Wir haben einen Plan, der viel Geld ausgibt, das notwendig ist. Wir werden nicht umhinkommen. Wir haben keinen grossen Hinweis, wie man das finanztechnisch abfedern kann. Wir haben auch gehört, wir wissen eigentlich auch gar nicht, wie wir es finanzieren können. Selbstfinanzierungsgrad geht definitiv negativ. Dieses Mal spricht man nicht von Gelände verkaufen und solchen Dingen, die uns einen Beitrag geben könnten. Aber wie immer in Allschwil haben wir einen positiven Effekt, dass die Steuerreform nicht ganz so heftig ausfallen wird, dass wir eventuell durch den Zuwachs in der Gemeinde auch effektiv mehr Steuerkraft erreichen werden. Das sind aber alles nur Hoffnungen. Von daher gesehen verzichtet die FIREKO dieses Mal darauf zu sagen, wir würden das Ganze gerne zur Nicht-Kennntnis ab. Nein, wir geben es nun wirklich auch zur Kennntnis, wir nehmen es zur Kennntnis. Wir sind nicht zufrieden mit dieser Art von Darlegung. Nichtsdestotrotz sprechen wir dem Gemeinderat als auch der Verwaltung den Dank aus, dass sie sich die Mühe geben, diese Pläne wirklich auch voranzutreiben, auch wenn wir nicht unbedingt die Information erhalten, die wir erhalten möchten. Wir sehen, dass wir uns weitgehend auf den Kanton verlassen, wenn wir über die Steuerkraft sprechen. Ich glaube, das ist auch legitim. Denn es ist relativ schwierig, das Ganze einzuschätzen, und wir haben gesehen, dass wenn wir dem Kanton vertrauen, wir eher auf der konservativen Seite sind, wir können eher positive Resultate erwarten. Von daher unterstützen wir es auch; es ist das richtige Vorgehen. Tatsache ist, wir müssen viel Geld ausgeben. Wir müssen das clever tun, aber wir müssen auch einen Weg sichern, wie wir es zum Schluss finanzieren können. Dabei ist natürlich nicht nur der Gemeinderat gefragt, sondern auch der Einwohnerrat. Damit habe ich geschlossen. Danke.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich danke im Namen meiner Fraktion EVP/GLP/Grüne dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese Finanzplanung sowie der Finanz-Rechnungsprüfungskommission für die Prüfung und ihren Bericht. Aus diesem Bericht nehme ich einen Satz, in der auch die FIREKO der Gemeinde zitiert: „Längerfristig betrachtet, sollte die Gemeinde Allschwil diese Effekte durch eine positive Entwicklung der Steuerkraft kompensieren können.“ Man kann den ganzen Abschnitt der FIREKO lesen, ich schliesse mich der Einschätzung der FIREKO an und sage es noch pointierter. Die Finanzplanung zeigt aus meiner Sicht eine Ratlosigkeit und nicht eine nachhaltige Zukunftsfähigkeit. Wir sind in einer Situation, in der wir, wenn wir es wollen, feststellen können, dass Corona den Wirtschaftswunderballon platzen liess. Das Problem ist aber nicht Corona. Corona ist eigentlich nur der Akteur. Das Problem ist, dass die Wirtschaftswundertüten leer sind. Wir kommen in eine Zeit, in der wir nicht mehr weiterfahren können wie bisher, in dem Sinn, dass wir noch mehr finanzieren können, dadurch, dass wir noch mehr finanzieren. Damit wird Schluss sein. Natürlich kann man nun bei der günstigen Zinslage Schulden machen. Aber auch der Schuldenballon wird platzen. Deshalb ist meine Strategie, nur verzichten kann es richten. Ich möchte gerne vom Gemeinderat wissen, was er dazu denkt und wo er Verzichtsmöglichkeiten sieht. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Möchte der Gemeinderat jetzt darauf antworten oder später, damit wir weitere Fragen stellen lassen können? Später.

---



**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zuerst einmal vielen Dank an alle, die den Aufgaben- und Finanzplan und die dazugehörigen Berichte und Analysen erarbeitet haben. De facto ist es beinahe derselbe Aufgaben- und Finanzplan wie im letzten Jahr. Obschon der aktuelle Aufgaben- und Finanzplan sich auf die Jahre 21 bis 25 bezieht, können wir zum jetzigen Zeitpunkt die Leitbildmassnahmen gleich schon mal für die nächsten drei Jahre einsehen. Dies macht es schwierig, den Aufgaben- und Finanzplan gebührend zu würdigen. Die FIREKO hat es trotzdem versucht und hat es recht gut bewerkstelligt. Einen Ausblick in die Jahre 24 und 25 erhalten wir in den Bereichen Bevölkerungswachstum, Steuern, Selbstfinanzierung, Nettoverschuldung und anderen. Es droht uns ein grosses Defizit. Diesem Defizit kann man vorwiegend betriebswirtschaftlich oder auch angemessen volkswirtschaftlich begegnen. Die latente, finanzpolitische Panik, die wegen des Covid Virus und den Massnahmen, die man dabei ergreift, entsteht, soll uns nicht zu Kurzschlussmassnahmen verleiten. Um den neuen pandemiebedingten Schulden, die Bund, Kantone und Gemeinden, oder kurz der Staat, angehäuft hat und weiterhin anhäuft, zu begegnen, kommen von den üblichen Verdächtigen von Economie Suisse z.B. Vorschläge wie Verzicht auf Steuererhöhungen oder gar Steuersenkungen, dies nützt nur den Reichen, Abschaffung von Stempelabgaben und Ausbau von Freihandelsabkommen mit rücksichtslosen Agrarstaaten. Dies dient nur den multinationalen Firmen. Das ist alter Wein in neuen Schläuchen und nützt uns im Moment gar nichts. Es funktioniert nur, wenn die Wirtschaft wieder derart hochfährt, dass es dem Klima den Schweiss aus den Poren drückt. Andere Ideen stellen uns vor Fragen, ob wir uns dauerhaft leisten können, Dividende schwach und Einkommen stark zu besteuern, Erbschaften über 10 Mio. und Einkommen über 300'000 Franken nicht angemessen zu besteuern. Der Gemeinderat vertraut darauf, dass trotz einer angedachten Einkommens- und Vermögenssteuerreform bei natürlichen Personen auf kantonaler Ebene, welche ebenfalls zu tieferem Steuerwachstum führt, langfristig durch eine positive Entwicklung die Steuerkraft der mittelfristigen Defizitperiode angemessen begegnet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das betriebswirtschaftliche Träumen oder volkswirtschaftliches Kaffeesatzlesen. Dem Aufgaben- und Finanzplan 21-25, und weiteren Finanzplanungen, würde es gut anstehen, wenn er wieder in die Zukunft blicken liesse, und von einem vernünftigen Risikomanagement begleitet würde. Trotzdem müssen wir den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen. Es nicht zu tun, bringt auch nichts. Danke schön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will nicht so weit in die Zahlen gehen und ausführen, ich bleibe auf Seite 2 der Aufgaben- und Finanzplanung, oben links, Zitat: „Der Aufgaben- und Finanzplan wird vom Gemeinderat erstellt und beschreibt für die nächsten fünf Jahre die voraussichtliche Entwicklung der Gemeindeaufgaben mit ihren Auswirkungen auf den Finanzbedarf.“ Rein formell schon mal nicht erfüllt. Seite 3 bis 7 ist sogar mehr als peinlich, die genau gleiche Tabelle 1:1 war schon im Aufgaben- und Finanzplan 2019 - 2023 vom 18. September 2018 drin. Genau dieselbe Tabelle. Die Entschuldigung ist, das steht ja drin, das Ganze soll in eine rollende Planung überführt werden. Das war bereits am 18. September 2018 angedacht. Aber wann soll das schlussendlich geschehen? Wie konnte die Gemeinde in den letzten drei Jahren eigentlich eine solche Tabelle schaffen? Das ist einer der grösseren Gemeinden, oder der grössten Gemeinde im Baselbiet einfach nicht würdig. Das muss man hier mal in aller Deutlichkeit sagen. Ich bleibe auf Seite 2: „Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt die Massnahmen zur Beibehaltung und/oder Erreichung eines auf die Dauer ausgeglichenen Finanzhaushalts auf.“ Auch hier, nicht erfüllt. Mein Kommentar dazu will ich euch ersparen, denn dieser wäre nicht jugendfrei. Um mich zu bessern, muss ich vielleicht in einem der fünf Primarschulhäuser wieder Unterricht nehmen. Wir teilen die Erkenntnisse der FIREKO absolut. Weiter auf Seite 2, wieder Zitat: „Konkret heisst dies, dass per Ende der Planungsperiode kein Finanzfehlbetrag resultieren darf.“ Finanzfehlbetrag heisst Überschuss von Verpflichtungen über die Gesamtaktiven. Das wiederum heisst, durch Eigenkapital nicht abgedeckter Aufwandüberschuss. Um dies ganz klar zu verdeutlichen, Gemeinden mit einem Bilanzfehlbetrag wären nach privatrechtlicher Betrachtungsweise in Konkurs, sie wären zahlungsunfähig, sie wären pleite.

Nun komme ich noch zum Bericht der FIREKO. In den letzten Jahren fehlte mir die Schärfe im Bericht zur Aufgaben- und Finanzplanung. Dieses Jahr hat, glaube ich, die FIREKO den Nagel auf den Kopf getroffen und in dezenter Deutlichkeit die Lage beschrieben. Dafür vielen Dank. Dass die FIREKO langsam in einen fast Resignationsmodus schaltet, sollte uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aber schwer zu denken geben. Wir von der SVP wollen ein Zeichen setzen und werden den Aufgaben- und Finanzplan nicht zur Kenntnis nehmen. Danke schön.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich möchte nun doch noch einmal wiederholen, was ich zuvor schon gesagt habe. Ich glaube, es ist ein wenig untergegangen. Es ist schon gut und recht, wenn man sagt, diese Planung ist nicht okay. Aber die Planung besteht auf Anliegen, die wir als Einwohnerrat nicht eingebracht haben. Wir können also nicht nur Finger zeigen und sagen, ihr müsst es richten, sondern wir müssen auch unseren Beitrag leisten. Es ist nicht damit gemacht, dass man den Gemeinderat verurteilt. Es sind alle, die an diesem Strang ziehen. Wie wir zuvor gehört haben, irgendwo müssen wir verzichten, und wir müssen auch sagen wo.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit man auch noch die Meinung der FDP-Fraktion hat: Wir werden diesen so dargelegten Aufgaben- und Finanzplan annehmen. Ja, es ist natürlich schon nicht so, dass man eine Gemeinde mit einer privatrechtlichen Institution vergleichen kann. Ich glaube, die FIREKO hat es auch gut auf den Punkt gebracht. Auch das Votum von Mark Aellen nun zum Abschluss war treffend. Ich glaube, wir sind alle gefordert, was das anbelangt. Es kommen grosse Investitionen auf uns zu. Dies liegt vor allem mit der Schulraumplanung zusammen. Diese Herausforderungen geben schlussendlich auch wieder Chancen und Möglichkeiten, wie sich unsere Gemeinde entwickeln kann. Wir von der FDP-Fraktion stehen voll dahinter. Wir wissen, es kommen Ausgaben auf uns zu, ja. Es ist vielleicht ein ernüchterndes Resultat, wenn man das Ganze anschaut, aber schlussendlich ist es eine Konsequenz, für die wir uns als Gemeinde schlussendlich entschieden haben, dass wir nun auf diese Entwicklungstendenzen eintreten. Ich glaube, wir müssen optimistisch sein, wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken, und wir sind alle gefordert, nicht nur der Gemeinderat, damit wir schlussendlich irgendwann eine florierende Zukunft vor uns haben, wenn diese vielen Investitionen abgeschlossen sind. Merci vielmal.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch wir von der CVP-Fraktion danken dem Gemeinderat, den Gemeindeangestellten und vor allem auch der FIREKO für das Erstellen bzw. das Kommentieren dieses Aufgaben- und Finanzplans. Auch wir erschrecken, wie es eigentlich aussieht, vor allem mit diesen Schulhäusern, die 83 Mio., die man plant. Die geben uns schon sehr zu denken. Aber wir hoffen, dass wir das hinbekommen. Ueli Keller hat es gut gesagt, auch mit Verzicht, dies werden wir bestimmt prüfen müssen. Wir sind der Meinung, ein Finanzplan, ein Budget einer Gemeinde kann man nicht mit einer Firma vergleichen. Die ist irgendwann bankrott, aber wer sonst muss es richten, gerade in so einem Moment, wie wir ihn jetzt mit Corona haben. Wenn wir alle in den Firmen nicht mehr weiterkommen, wer richtet es? Die Gemeinde! Deshalb muss und kann eine Gemeinde halt einfach auch ein Defizit machen. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank für diese Voten. Wir nehmen diese Kritik der FIREKO natürlich auf. Namentlich das Risikomanagement muss unbedingt nächstes Jahr an die Hand genommen werden. Das mit den Leitbildmassnahmen, dass seit drei Jahren dieselbe Tabelle erscheint, ist natürlich auch unschön, das sehen wir auch ein. Es wird aber nichts bringen, sich etwas aus den Fingern zu saugen und irgendetwas zu schreiben, nur damit man zwei weitere Spalten hätte. Damit wäre niemandem gedient. Die Leitbildmassnahmen sind in Arbeit. Diese war für den Gemeinderat und vor allem für die Verwaltung relativ neu. Man hat gesehen, dass das deutlich mehr Arbeit, als man sich das vorgestellt hatte, dass man bei den bestehenden Leitbildmassnahmen deutlich weniger schnell vorankommt. Es war angedacht, ursprünglich, dass man Anfang 2020 es überarbeitet und einen neuen Plan macht. Dazu kam es nicht, u.a. vermutlich wegen Corona aber nicht nur deshalb. Wir werden dafür sorgen, dass wir besser vorankommen, dass wir es besser in Angriff nehmen können. Ja, natürlich hat man positive Erwartungen in Bezug auf die Steuerkraft. Es bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, als sie zu haben. Aber ganz aus der Luft gegriffen ist es halt doch nicht. Wir sind eine im Wachstum begriffene Gemeinde, sei es bei den natürlichen Personen oder auch bei den juristischen Personen. Wir haben schon das Glück von vorhandenem Wachstum, worauf man sich auch verlassen kann. Ich sage mal, die letzten zehn Jahre konnte man sich darauf verlassen. Die Kosten sind vorhanden, und der Gemeinderat steht immer auf der Bremse beim Kostenanstieg. Leider kann man das in diesen Budgets zu wenig sehen. Auch wenn man die Finanzpläne mit den letztjährigen vergleicht, war halt noch jedes Mal eine erstaunliche Kostensteigerung dabei. Rund um den Verzicht gibt es natürlich schöne Worte, aber wo konkret dann zu verzichten ist, wird es relativ schwierig. Man muss einfach sehen, die Hauptkostentreiber, seit ich in den Finanzen tätig bin, sind nach wie vor die Bildung und die Gesundheit, und da ist es in unserem Bereich, im Bereich von Gemeinden, halt eben das Alter, wo wir eine Kostensteigerung vor allem aufgrund der Demographie, das ist nicht wegzudiskutieren. Der letzte starke Punkt, der grosse Kosten verursacht, ist die ganze soziale Sicherheit. Da einfach mit dem Rasenmäher darüber zu fahren glaube ich, wäre nicht im Sinn des Einwohnerrats. Aber natürlich da, wo man Kosten einsparen kann, rennt ihr bei mir offene Türen ein. Zu Henry Vogt möchte ich noch sagen: Von einem Finanzfehlbetrag

ist man weit weg, auch Ende Planperiode müssten wesentliche Einbrüche sein, da müssten wir mal wirklich einen Einbruch der halben Steuereinnahmen haben, dass man bei einem Bilanzfehlbetrag wäre. Mit einer Pleite müssen wir in nächster Zeit schon nicht rechnen. Ich kann diese Voten schon hören, und dem Gemeinderat ist bewusst, dass man bei den Kosten auf die Bremse stehen muss. Da sind alle gefordert. Es kann allerdings auch nicht sein, dass man nun einfach nicht in die Infrastruktur investiert und das so auf einen Investitionsstau hinführt. Auch damit wäre niemandem gedient. - Was hatten wir noch, ja, zu Niki Morat. Wir müssen uns natürlich an das Steuergesetz halten. Wir können hier nicht etwas selbst erfinden. Inhaltlich haben wir zur Steuerreform nichts gesagt. Da diese aber nun mal angedacht ist bzw. am Horizont steht, der Landrat muss sie ja beschliessen oder auf den Weg bringen, das ist nicht entschieden, müssen wir sie im Finanzplan abbilden. Das ist unsere Verantwortung. Genau dafür ist dieser Finanzplan vorhanden, der eigentlich sachlich aufzeigt. Das ist nicht eine politische Wertung, wo es hingehen soll, sondern, wie es gesagt wurde, man nimmt das Budget und hinterlegt die verschiedenen Faktoren. Das ist einfach eine Einschätzung, wo es hinget, nicht ein politisches Ziel. Einfach so viel dazu. Vielen Dank.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich wollte es eigentlich erst beim Budget sagen, Franz, aber weil du vorher den Schwenker dorthin gemacht hast, nütze ich das gleich und möchte auf das, was du gesagt hast, einsteigen, betreffend deine Aussagen von der positiven Erwartung bei den Steuern. Du sagtest, dass man in den letzten zehn Jahren immer eine Steigerung der Steuerkraft der natürlichen Personen über das Wachstum hatte. Du sagtest, bei einem Fiskaldefizit (Franz Vogt korrigiert: Bilanzdefizit) müsste ja beinahe die Hälfte der Steuern wegfallen. Das ist, was du zuvor gesagt hast. Aber ich meine, man müsste dann schon noch zwei, drei Dinge im Detail anschauen, wenn es um Zahlen geht. Ich muss sagen, da bin ich mit deinen Aussagen nicht ganz einverstanden, mit deinen positiven Erwartungen und der permanenten Steigerung der Steuerkraft. Betrachten wir das Budget 2019, darin habt ihr 50,2 Mio. Einnahmen bei den natürlichen Personen budgetiert. Auf der Rechnung 2019, die wir im Sommer behandelt haben, da seid ihr nicht auf die Rechnung eingegangen (ich denke, ich sage da nichts dazu, vielleicht kommt es ja dann im Budget), hatten wir bei den natürlichen Personen noch Steuereinnahmen von 45,9 Mio. Sprich, 9 % der natürlichen Personen sind vom einen aufs andere Jahr weggefallen. Also in einem Jahr sind fast 10 % der natürlichen Personen weggebrochen. Wenn man nun hier sitzt und sagt, ja, wir hatten in den letzten zehn Jahren immer nur Wachstum, finde ich das eine etwas sehr gewagte Aussage, betrachtet man die Zahlen absolut. Das ist das eine. Im Budget 2020 habt ihr dann wieder 50,7 Mio. budgetiert. Das habt ihr gemacht, bevor ihr die Rechnung 2019 hattet. Die Rechnung 2020 ist ja auch noch offen. Nun kommt klammheimlich das Budget 2021 und siehe oh Wunder, da stehen plötzlich 45,6 Mio. Ihr seid weder in der Rechnung darauf eingegangen, noch seid ihr im Budget darauf eingegangen, noch seid ihr im Finanzplan darauf eingegangen. Ihr seid nirgends auf diese Entwicklung eingegangen. Wir reden von 10 % Steuerausfall in einem Jahr. Dies habt ihr nirgends benannt. Eure jetzige Annahme mit diesen 45,6 Mio. habt ihr abgestützt auf die Rechnung vom 2019 mit den 45,9 Mio. Darin ist SV 17 noch nicht eingeflossen. Darin ist die Entwicklung von Corona noch nicht eingeflossen. Ich muss ehrlich sagen, ich mache ein grosses Fragezeichen hinter deine Aussagen, die du zuvor getroffen hast. Ich finde es sehr bedenklich, dass ihr es weder in der Rechnung noch im Budget noch im Finanzplan geschafft habt, diesen Ball aufzunehmen. Das finde ich doch etwas speziell und gibt mir mehr zu denken, weil wir sagen, wie wir es von einigen Einwohnerräten gehört habe, dass sie glauben, es komme gut. Ich weiss nicht, ich benutze dieses Wort selten, aber dass der Grundsatz, der Glaube gehört in die Kirche, trifft selten so zu wie bei der Rechnung und beim Budget.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin nicht zufrieden mit dem Gemeinderat. Verzichten muss es richten sind keine schönen Worte. Das ist Arbeit. Es benötigt eine neue Ausrichtung. Ich bin nicht zufrieden mit dem Bundesrat, der nicht endlich einmal Klartext spricht und sagt, so geht es nicht weiter, wir schaffen das nicht mehr. Ich bin nicht zufrieden mit der Kantonsregierung, die keinen klaren Wein einschenkt. Ich bin auch nicht zufrieden mit dem Gemeinderat. Ich stellte im September in Frage, ob die Rechnung mit dem Bachgraben aufgeht. Der Gemeinderat versprach mir, er würde das vorrechnen. Es passierte nicht im Oktober, es passierte nicht im November und ist auch heute nicht passiert. Ich bin nicht zufrieden.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich möchte selbst noch schnell Franz Vogt etwas erwidern. Mir ist völlig klar, dass die Gemeinde nichts tun kann, wenn der Kanton, also der Landrat in Liestal, eine Steuerreform bei den natürlichen Personen beschliesst, aber ich glaube, der Gemeinderat oder verschiedene Gemeinderäte - es sind 86 Gemeinden im Baselland - sollten auf den Regierungsrat einwirken müssen und ihnen vorrechnen, was es für die Gemeinden bedeutet, wenn die natürlichen Personen auf kantonaler Ebene weniger Steuern bezahlen müssen. Das kann sich jeder ausrechnen. Da kommt jede Gemeinde in die Bredouille. Danke schön.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ja dieses Mal nicht als FIREKO-Präsident, sondern als normaler Einwohnerrat. Der Angriff vorher, die natürlichen Personen würden wegbrechen, stütze ich natürlich persönlich auch. Ich habe schon länger versucht aufzuzeigen, dass die Demographie nicht unbedingt hilft, die Steuerkraft zu erhöhen. Es ist aber schon so, dass der Mangel an natürlichen Personen durch viele Investitionen in die Privatwirtschaft ausgeglichen wird. Also die juristischen Personen bezahlen im Moment schon gut. Bei ihnen ist die Prognose auch positiv. Es ist ein sehr zweischneidiges Schwert. Der Verzicht ist nicht immer nur Kosten streichen. Das ist hirnrissig, es mit Kosten Streichen zu tun. Man muss versuchen, die Ursachen der Kosten in den Griff zu bekommen. Da ist, was ich mich auch schon gefragt habe, warum ist Allschwil auf die wunderbare Idee gekommen, in seinem Leitbild festzuhalten, wir wollen 25'000 Einwohner in so kurzer Frist, ohne uns wirklich zu überlegen, was das finanztechnisch dann effektiv zur Folge hat. Nein, wir waren beinahe alle froh, dass man sagte, doch wir wachsen. Ich glaube, wir sehen langsam die Rechnung kommen. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Nun, schnell zum letzten Votum. Schau es bitte schnell nach, aber ich meinte, wir schreiben im Leitbild 23'000, und das bis 2035 - einfach, damit das gesagt ist. Dem Gemeinderat ist dies bewusst und bewusst, nicht ein ausuferndes Wachstum zu wollen. Das ist genau der Punkt, weil danach die Infrastrukturen nicht mithalten können. Das Problem ist natürlich, dass wir nicht einfach irgendwo in der Pampa zu Hause sind, sondern wir sind der Vorort einer doch prosperierenden und wachsenden Stadt Basel. Ein gewisser Druck ist vorhanden. Dem Gemeinderat war es aber sehr wichtig, über diese Zahl hat man sehr lange diskutiert. Ich meine, auch hier kamen Voten mit 25'000 und mehr, und wir haben extra diese 23'000 geschrieben.

Nun, zu Florian Spiegel: Man hat gesagt, dass man die Steuerkraft, das habe ich zuvor auch erwähnt, bei den natürlichen Personen im Budget etwas zurückgenommen hat. Das ist nicht etwas, das weggebrochen ist, sondern, das habe ich schon ein paar Mal hier erklärt, weil das Problem, es abzuschätzen, halt nicht ganz einfach ist, da in der Schweiz die Gegenwartsveranlagung Gesetz ist. Man muss es auf dieses Jahr, auf das Rechnungsjahr 2019 abrechnen. Diese Zahlen sind zum Teil noch nicht einmal drin. Eine Annahme ergibt halt immer Ungenauigkeiten. Das ist ein Problem, welches wir schon länger haben. Man versucht, es immer besser zu machen, gelingt manchmal gut, manchmal weniger gut. Es ist klar, man hat gesehen, man war im Budget 20 bei den Erwartungen der natürlichen Personen eher zu hoch, daher hat man sie auch zurückgenommen. Es sieht immer so genau aus und wissenschaftlich errechnet, aber es sind sehr viele Annahmen dahinter. Annahmen können, das wisst ihr selbst, können eintreffen oder treffen dann halt nicht ein. Einmal steigt es bei den natürlichen Personen, dann wieder bei den Quellensteuern der natürlichen Personen, dann wieder bei der Vermögenssteuer und umgekehrt. Ja, das ist halt nicht immer so einfach, es voranzusehen. Von daher - ja. Aber es gibt über das Ganze gesehen ein stetiges Wachstum, das ist Fakt, ansonsten hätten wir unsere Ausgaben nie finanzieren können. Wenn ich die Einnahmen von 2013 hätte und damit 2021 bestreiten müsste, sähe es zappenduster aus, das könnt ihr mir glauben. Was war da noch - Bachgraben. Ja, das siehst du gleich im Posten Steuereinnahmen juristische Personen. Es ist eben gerade der Bachgraben, der uns rettet, der uns in ruhige Gewässer führt. Andere Gemeinden haben gröbere Probleme. Wir haben das Glück, dass wir das umschiffen konnten. Dabei sind sicher der Bachgraben und die Firmen im Bachgraben ein wichtiges Standbein. Ansonsten könnten wir unsere Ausgaben nicht finanzieren.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich spreche zum zweiten und letzten Mal als Einwohnerrat zu diesem Thema. Es gibt stadtnahe Gemeinden, die tatsächlich der Meinung sind, sie müssten nicht wachsen. Das ist erstaunlich, wenn ich nun dein Votum höre. Ich glaube, das hat was. Man muss nicht unbedingt immer nur wachsen, es gibt auch andere Methoden. Das Jahr 2013 mit jetzt zu vergleichen, ist wohl auch nicht ganz fair, denn wir hatten damals weniger Leute, weniger Schüler. Wir müssen nicht 83 Mio. so kurz mal, innerhalb von kurzer Frist für zwei Schulhäuser ausgeben. Zum Punkt von 25'000 gegen 23'000 entschuldige ich mich noch einmal. Das hat mich damals schon genervt. Auch 23'000 ist wirklich an der oberen Grenze, die wir innert so kurzer Zeit hinbekommen. Wir sehen das auch an den Schätzungen, die leicht geändert wurden. Es leckt's keine Geiss weg, diese Demographie kostet uns Geld.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Ein Votum hat mich nun wieder verblüfft, nämlich ohne die Firmen Bachgraben könnten wir nicht finanzieren, was wir ausgeben. Der Witz ist, wir können es ja eben nicht finanzieren. Wir laufen in ein Defizit hinein, mit oder ohne diese Steuereinnahmen. Das ist es ja, was uns beschäftigt. Das andere ist, wir haben offensichtlich auch all das, was die Gemeinde liquidieren konnte und Geld machen konnte, ausgenutzt um das letzte Schulhaus zu bauen. Nun stehen wir da und müssen ein neues Schulhaus bauen. Das haben wir auch nicht mehr zur Verfügung. Wir haben ein Finanzproblem. Natürlich kann man sich auf

den Standpunkt stellen, die Nationalbank wird es langfristig richten, was sie wahrscheinlich auch tun wird. Die Amerikaner machen es uns vor, die europäische Union macht es uns vor: die Schulden werden von den Nationalbanken absorbiert. Aber ist das wirklich auch der gute Weg, sich darauf zu verlassen? Das ist doch die Frage. Danke schön.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Nun muss ich doch noch einmal als FIREKO-Präsident dazwischenfunken. Es ist unrichtig zu sagen, dass wir in ein Defizit laufen. Wir geben 83 Mio. innerhalb von vier Jahren aus. Ja sag mal, das kann doch gar nicht aufgehen. So viel können wir gar nicht einnehmen. Also, wir müssen schon noch ein wenig Zeit danach belassen, um es dann wirklich wieder aufholen zu können. Einfach nur ganz Schwarz zu malen, ist nicht angebracht. Aber es ist klar, wir müssen eine Strategie haben, wie wir das Geld wieder rein bekommen. Wie Franz zuvor schon gesagt hat, unser Finanzvermögen ist ja nicht null. Selbst wenn wir die ganzen Schulden abbezahlen müssten, hätten wir immer noch was im Kässeli, wenn wir das ganze Finanzvermögen umsetzen könnten - was wir ja nicht können. Aber rein theoretisch, buchhalterisch sind wir nicht am Rand der Katastrophe, müssen uns aber langsam ausrichten. Bitte übertreibt nicht mit Statements wie wir sind schuldbehaftet und wir gingen demnächst bankrott. Das ist unsinnig, bringt uns nicht vorwärts.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich muss doch noch etwas zu Mark Aellen sagen. Man muss auch etwas pointiert ausdrücken können. Selbstverständlich hat er damit Recht, wir werden als Gemeinde nicht bankrottgehen. Wir werden immer Finanzierungsmöglichkeiten finden. Aber ist das der richtige Weg oder müssen wir sagen, wir müssten doch einmal die Steuerfüsse betrachten und doch auch erhöhen? Wollen wir uns einfach darauf verlassen, dass es die Nationalbank oder der Bundesstaat schlussendlich richten wird? Die Rechnung wird gemacht, indem man sagt, wir laufen die nächsten zwanzig Jahre in eine 2%-Inflation hinein, lassen die Zinsen aber auf 3 %. Das bedeutet, dass 20 % aller Schulden weg sein werden. Das ist zum Teil auch erklärtes Ziel der Amerikaner, von der EU und verdeckt vielleicht auch von der Schweiz. Aber ist das der richtige Weg, den wir als Gemeinde gehen wollen? Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich habe immer ein wenig Mühe, wenn dann die Schweiz mit Amerika und der EU verglichen wird. Nein, wir wirtschaften deutlich nachhaltiger als die zwei Genannten. Wir haben aus meiner Sicht den weisen Entscheid getroffen, dass man eben nicht in diesen Euro ging, sondern dass wir unsere eigene Nationalbank behalten haben. Es hat sich auch gezeigt, dass man so gestärkt in diese Corona-Krise gehen konnte. Wie es dann einmal mit Italien aussehen wird, also, dort wird es zappenduster sein. Kommen wir doch wieder zurück auf die Gemeindepolitik. Wir laufen in ein Defizit, aber sicher nicht wegen des Bachgrabens, sondern der Bachgraben federt einen beträchtlichen Teil ab. Die Kosten sind, wie ich es gesagt habe, gestiegen. Ich habe die Hauptposten genannt, von denen man nicht einfach was wegstreichen kann. Erstens können wir es nicht und zweitens wollen wir auch nicht irgendwie einen Drittel bei der Sozialhilfe wegstreichen. Wir können das nicht und wir wollen das nicht. Ich habe dies nun einfach als Beispiel herausgepickt, um aufzuzeigen, dass es eben nicht bloss so einfach ist. Zu sagen ist auch noch, wir stehen wesentlich besser da, als man erwartet hatte, als wir den Hosenlupf mit diesem schönen Schulhaus und dem schönen Saal gemacht haben. Anfänglich ging man von Ende Planperiode - ich weiss nicht mehr, wann die war, ob sie 2018, 2019 oder 2020 war - seinerzeit von 90 Mio. Schulden aus. Diese haben wir nun nicht, wie ihr hier nachlesen könnt, ergo hat man nachhaltig gewirtschaftet. Zur Steuererhöhung oder Steuersenkung oder Beibehaltung der Steuern kann ich nur sagen, das ist Sache des Einwohnerrats und allein Sache des Einwohnerrats. Das kann der Gemeinderat nicht und kann auch das Volk nicht, es ist die Aufgabe des Einwohnerrats, er kann das machen, wenn er will. Ich denke aber, das ist sicher nicht der erste Hebel, bei dem man ansetzen sollte. Ich meine, ja, es gibt nie irgendetwas auszuschliessen, doch es ist wichtig, dass man nachhaltig wirtschaftet. Ich meine, wir haben in der Vergangenheit auch gewisse Dinge richtig gemacht, sicher nicht alles.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich möchte anschliessen an das Votum von Franz Vogt, der unser Finanzminister ist, und, ich kann sagen, dass er die Finanzen immer gut im Griff hat und auch den Gemeinderat diesbezüglich manchmal mehr und besser im Griff hat. Vielleicht noch einmal zur Realität. Wir sprechen hier über den Aufgaben- und Finanzplan 2021 bis 2025. Dieser Aufgaben- und Finanzplan zeigt Ihnen auf, was der Gemeinderat meint, wohin sich unsere Gemeinde in den nächsten fünf Jahren finanziell entwickeln wird. Er zeigt Ihnen auch auf, wie wir diese finanzielle Entwicklung prästieren oder lösen wollen. Nämlich in dem wir davon ausgehen, dass die positive Entwicklung, in der wir nach wie vor stecken, auch tatsächlich so stattfinden wird, so dass wir die darin aufgezeigten Ausgaben auch dereinst finanzieren können. Wenn Sie nun davon reden, es sei eine Hoffnung oder ein Wunsch oder was auch immer. Nein, das ist es nicht. Es ist klare, glasklare Realität. Es zeigt

Ihnen auf, welche Finanzen wir aus der Optik von heute werden machen müssen. Je weiter wir in die Zukunft schauen, desto unsicherer wird es. Wenn Sie nun aber der Meinung sind, nein, das ist nicht richtig, was drinsteht, respektive wir laufen aus Ihrer Sicht auf irgendeinen Weg, auf einen Abgrund zu oder wo auch immer hin, dann haben Sie die Möglichkeit - wir reden nachher über das Budget 2021 - ganz konkret in diesem Budget 21 dem Gemeinderat aufzuzeigen, was Sie nicht finanzieren möchten, und damit ganz, ganz, ganz konkret, lieber Ueli Keller, eine Verzichtsplangung zu machen. Ganz konkret. Dazu braucht ihr den Gemeinderat nicht, das könnt ihr allein tun. Das meinte ich, ist die Aufgabe. So, wie es die SVP macht, ganz einfach hingehet und sagt nicht erfüllt, nicht erfüllt, völlig peinlich, ist eine einfache Optik, das kann jeder. Die Lösungen dazu aufzuzeigen, das wär's dann eben, da würde die Arbeit beginnen. Dafür sind sie auch gewählte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Deshalb bin ich über das Votum von Mark Aellen, das Ihnen klar gezeigt hat, die Arbeit allein diesbezüglich kann nicht der Gemeinderat machen, sondern das geht nur gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit Ihnen, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Vielleicht noch einmal an die SVP: Es gibt auch Vorstösse, wir haben sie, glaube ich, noch heute auf der Traktandenliste, diese werden auch zusätzliches Geld kosten, was wir nirgends berücksichtigt haben. Das wäre vielleicht aktive Verzichtsplangung, diese gleich vornweg zu streichen. Wie gesagt, das ist Ihre Aufgabe und nicht unsere. Danke schön vielmals.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung. Die 2. Vizepräsidentin ruft den Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025 kapitelweise auf, und der 1. Vizepräsident stellt die Wortmeldungen fest.

1. Allgemeines zum Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025, Seite 2

keine Wortmeldung

2. Bericht und Anträge des Gemeinderates an den Einwohnerrat, Seite 3 - 12

keine Wortmeldung

3. Investitionsprogramm (inkl. Spezialfinanzierungen) Seite 13 - 19

keine Wortmeldung

4. Planerfolgsrechnung Artengliederung, allgemeiner Haushalt, Seite 20

keine Wortmeldung

5. Planerfolgsrechnung funktionale Gliederung, allgemeiner Haushalt, Seite 21 - 34

keine Wortmeldung

6. Finanzkennzahlen, allgemeiner Haushalt, Seite 35 - 36

keine Wortmeldung

7. Planerfolgsrechnung Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Seite 37

keine Wortmeldung

8. Finanzkennzahlen Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Seite 38

keine Wortmeldung

9. Planerfolgsrechnung Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Seite 39

keine Wortmeldung

10. Finanzkennzahlen Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung, Seite 40

keine Wortmeldung

11. Planerfolgsrechnung Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung, Seite 41

keine Wortmeldung

12. Finanzkennzahlen Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung, Seite 42

keine Wortmeldung

**Christian Kellermann**, Präsident: Somit sind wir am Ende der Detailberatung. Ich frage nun noch einmal Franz Vogt oder Mark Aellen für ein Schlusswort an. Es sei zuvor schon genug gesagt worden, genauso von Herr Aellen. Wir kommen zur Abstimmung gemäss Anträgen des Gemeinderates Seite 12 des Berichts:

Gestützt auf § 10 des Verwaltungs- und Organisationsreglements (VOR) der Einwohnergemeinde Allschwil beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, wie folgt zu beschliessen:

- 1) Der Aufgaben- und Finanzplan für die Planperiode 2021 - 2025 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird zur Kenntnis genommen.

://:

Sie haben den Aufgaben- und Finanzplan 2021 - 2025 mit 25 Ja zu 6 Nein und 0 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

- 2) Der Aufgaben- und Finanzplan für die Planperiode 2021 - 2025 für die Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung der Einwohnergemeinde Allschwil wird zur Kenntnis genommen.

://:

Sie haben das mit 25 Ja, 6 Nein und 0 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.

Schlussabstimmung. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll dies bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben das Geschäft einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 9.9.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 5.11.2020, zum Budget 2021 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2021  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4512 / A

### **Traktandum 2.1.0**

#### **EINTRETENSDEBATTE**

**2.1.1** Stellungnahme des Gemeinderates vom 18.11.2020 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, zu den Budgetanträgen pro 2021

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage zuerst den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Somit würde ich gerne das Wort Mark Aellen, FIREKO-Präsident, für die Ausführungen geben.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Auch dieses Mal verzichte ich darauf, zu Handen von Franz zur Vorstellung.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich möchte Ihnen das Budget 2021 vorstellen. Meine Präsentation ist wie folgt gegliedert: Zuerst werde ich auf das Budget 2021 eingehen und die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahresbudget 2020 erläutern. Danach werde ich kurz etwas zu den Spezialfinanzierungen sagen. Zu guter Letzt werde ich ein Fazit ziehen. Beginnen wir mit dem Budget 2021 des allgemeinen Haushalts. Das Budget 2021 weist einen Ertragsüberschuss von 463'350 Franken aus. Gegenüber dem Vorjahresbudget ist das eine Ergebnisverschlechterung von 8'171'800 Franken. Das betriebliche Ergebnis 2021 hat sich gegenüber dem Budget 2020 um 728'000 verbessert. Grund dafür sind im Wesentlichen die höheren Fiskalerträge, welche durch zusätzliche Personalaufwendungen im Bereich des Lehrkörpers und des Verwaltungs- und Betriebspersonals sowie durch zusätzlichen Sach- und übrigen Aufwand teilweise wieder kompensiert werden. Die negative Entwicklung im Finanzierungsergebnis ist hauptsächlich auf den im Jahr 2020 einmaligen Verkaufserlös des Areals Sturzenegger im Umfang von 8,7 Mio. zurückzuführen. Im ausserordentlichen Ergebnis wird unverändert zum Vorjahr die Auflösung der Vorfinanzierung Schulhaus Gartenhof ausgewiesen.

Die wesentlichen Veränderungen auf der Aufwandseite sind wie folgt begründet: Die Mehrkosten im Personalaufwand von 3'185'000 beinhalten Mehrkosten für das Lehrpersonal, das sind 1'808'000, und das Betriebs- und Verwaltungspersonal, das ist 1'390'000. Die Behördenentschädigungen sind in etwa unverändert zum Budget 2020. Die Zunahme ist eine Kombination aus neuen Stellen, Anstieg in den Erfahrungsstufen und der Teuerung. Die neuen Stellen sind auf Seite 9 im Budgetbericht dargestellt. Bei den Sach- und übrigen Betriebsaufwendungen ist der Mehraufwand von 570'000 im Wesentlichen in zusätzlichen Kosten für den Unterhalt von immateriellen Anlagen (154'000), Informatik-Nutzungsaufwand (103'000), Honorare externer Berater, Gutachten und Fachexperten (90'000) sowie Dienstleistungen Dritter (84'000) begründet. Der Aufwand für Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen liegt um 894'000 über den Vorjahreswerten. 216'000 sind in der Spezialfinanzierung Wasserversorgung begründet, das können Sie auf Seite 10 des Budgetberichts nachlesen. Die wichtigste Abweichung in dieser Kostenart liegt in der Funktion Raumplanung. Mit zwei neuen Quartierplänen werden Mehrerträge im Umfang von 635'000 Franken erwartet. Diese Erträge sind zweckgebunden und müssen gemäss HRM2 erfolgsneutral verbucht werden. Entsprechend wird in dieser Kostenart eine zusätzliche Einlage in den Fonds Infrastrukturbeiträge budgetiert.

Auf der Ertragsseite sind die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Budget 2020 vorwiegend durch höhere Fiskalerträge sowie den Verschiedenen Erträgen begründet. Der Fiskalertrag liegt trotz schwacher Wachstumsprognosen des Kantons um 4'580'000 über den Erwartungen aus dem Vorjahr.



Der Kanton empfiehlt, die in der Jahresrechnung 2019 verbuchten Steuerträge als Basis zu verwenden und von nachfolgenden Wachstumsraten auszugehen: Natürliche Personen Einkommenssteuer: -1 % für 2020, bzw. +0,5 % für 2021. Bei der Vermögenssteuer natürliche Personen -2,7 % für 2020, bzw. +1,3 % für 2021. Bei der Ertragssteuer der juristischen Personen: -7,1 %, bzw. +1,9 % für 2021. Kapitalsteuer juristischer Personen: -81,1 % 2020, bzw. +4,5 % für 2021. Die erwarteten Rückgänge 2020 sind auf die Corona-Krise zurückzuführen und bei der Kapitalsteuer zusätzlich auf die Senkung des Steuersatzes infolge der Steuerreform 17. Aufgrund der starken Ergebnisse im Bereich der Ertragssteuer bei den juristischen Personen im Jahr 2019 werden diese Rückgänge jedoch kompensiert. Die bereits erwähnten Mehrerträge für Infrastrukturbeiträge wirken sich entsprechend positiv bei den verschiedenen Erträgen aus. Die Abnahme der Finanzierungserträge ist aufgrund des einmaligen Verkaufserlöses des Areals Sturzenegger von 8,7 Mio. aus dem Jahr 2020 begründet.

Kommen wir zu den Investitionen. Für das Jahr 2021 sieht die Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen und ohne Finanzvermögen Investitionsausgaben von 13'924'285 Franken ins Vermögensvermögen vor. Investitionseinnahmen von 880'000 werden im Zusammenhang mit dem Hegenheimerweg, dem Parkraumreglement und der PV-Anlage erwartet. Weitere Details zu den Investitionen sind im Budget Kapitel 3b, Erläuterungen des Gemeinderats, enthalten.

Nun möchte ich Ihnen über die wichtigsten Eckwerte zu den Spezialfinanzierungen berichten. Das Budget der Spezialfinanzierung Wasserversorgung entspricht mehrheitlich den Vorjahreswerten. Dennoch schliesst die Funktion 7101 um 216'312 Franken besser ab als im Budget 2020. Dies ist hauptsächlich in der tiefer budgetierten Abschreibung (Kostenart 3300) begründet. In den Jahren 2019 und 2020 mussten ausserordentliche Abschreibungen auf Anweisung des Kantons verbucht werden. Da die betreffenden Anlagen Ende 2020 vollständig abgeschrieben sind, entfallen diese ausserordentlichen Abschreibungen. Dies entspricht einer Differenz von 203'100 Franken. In der Spezialfinanzierung wird somit ein Ertragsüberschuss von 611'700 Franken ausgewiesen. Im Budget 2021 sind Investitionsausgaben von insgesamt 2'311'100 Franken vorgesehen.

In der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung wird ein um 345'593 Franken besseres Ergebnis erwartet als im Vorjahr. In den vergangenen Jahren wurde weniger Abwasser in die Abwasserreinigungsanlage eingeleitet. Im Budget 2021 wurden die Kosten für die Abwasserreinigungsgebühr des Kantons entsprechend reduziert. Dies führt zu einem Aufwandüberschuss von 49'350 Franken. Im Budget 2021 sind Investitionsausgaben von insgesamt 2'317'900 Franken vorgesehen.

In der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung wird im Budget 2021 ein um 130'000 schlechteres Ergebnis als im Vorjahr erwartet. Gegenüber dem Budget 2020 mit einem Aufwandsüberschuss von 366'700 wird im Budget 2021 von einem Aufwandsüberschuss von 496'700 ausgegangen. Die Kehrlichtmenge hat entgegen den Erwartungen in den vergangenen Jahren abgenommen. Daraus resultierte ein Rückgang bei den Gebühreneinnahmen für den Hauskehrlicht und die Gewerbeabfuhr. Zudem hat die Marktpreisanpassung des Wertstoffs Papier im Rechnungsjahr 2019 zu tieferen Rückerstattungen geführt. Diesem Trend folgend wird im Budget 2021 ein weiterer Rückgang erwartet. Im Budget 2021 sind Investitionsausgaben von insgesamt 200'000 Franken vorgesehen.

Kommen wir zum Fazit. Wie bereits in den Vorjahren festgehalten, zeichnet sich auch im Budget 2021 ein erneutes Kostenwachstum ab. Bereits in der Berichterstattung 2019 wurde auf die folgenden Punkte hingewiesen: Kostenwachstum im Bildungsbereich, Schulen sowie Familien und schulergänzende Betreuung, Kostenzunahme im Gesundheitswesen, Kostenzunahme in der Sozialhilfe, Kostenzuwachs im Personalbereich. Diese Entwicklungen bestätigen sich erneut im Budget 2021. Auch aufgrund der Corona-Pandemie wurden Annahmen getroffen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind in den Wachstumsprognosen des Kantons zu den Steuereinnahmen berücksichtigt. Bei der Sozialhilfe wird von höheren Kosten und tieferen Rückerstattungen ausgegangen. Die Reduktion der Verzugszinsen im Jahr 2020 auf null Prozent wirkt sich auch auf das Budget 2021 aus. Diverse, im Jahr 2020 abgesagte Anlässe mussten erneut im Jahr 2021 geplant und budgetiert werden. Aufgrund des soliden Steuerertrags ist es der Gemeinde Allschwil möglich, diese Kostenentwicklung zu finanzieren. Bei Totalaufwendungen von 112 Mio. Franken und Einnahmen von 112,5 Mio. Franken kann bei einem Ertragsüberschuss von einer halben Million von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden. Die Entwicklungen im Gebiet Bachgraben zeigen weiteres Potential für zusätzliche Steuereinnahmen aus Neuansiedlungen, welche natürlich nicht im Budget berücksichtigt sind. Dennoch sollte die Gemeinde den Fokus auf die Kosten und auf das Dienstleistungsangebot setzen. Ein ausgeglichenes Budget in Kombination mit der sehr hohen Investitionstätigkeit wird die Verschuldung erneut erhöhen. Dies verlangt auch in den kommenden Jahren Anstrengungen von allen, vom Gemeinderat, der Verwaltung und auch vom Einwohnerrat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Herzlichen Dank für diese Ausführungen, Franz Vogt. Ich gebe gerne das Wort an FIREKO-Präsident, Mark Aellen.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde versuchen, dieses Mal weniger Zahlen auf euch niederprasseln zu lassen. Die Prüfung von der Buchhaltung her, von der Revisionsstelle, hat ergeben, dass diese Buchhaltung absolut korrekt geführt wird. Wir haben keine besorgniserregenden Befunde. Die Annahmen sind plausibel, die Umrechnungen und Handhabung sind folgerichtig. Wir haben wie in den letzten Jahren im Bericht versucht, die Hauptquellen aufzuzeigen. Wir wissen, dass ein paar wenige Konten, sechs Konten, eigentlich die Haupteinnahmen abdecken. Man sieht schön, dass die Berechnung des Kantons, auf Kantonsebene, durchaus sinnvolle, wie zuvor gehört basierend auf dem 2019er-Wert der Rechnung, Voraussagen macht. Was in Allschwil im Speziellen auffällt, ist, dass 2019 ein sehr ausnahmereiches Jahr war. Es ist schon frappant, dass man 2019 budgetierte, über die juristischen Personen 11 Mio. einzunehmen, in der Tat dann aber 24,9 Mio. eingenommen hat. Ich denke, als Voraussage-Modifikator müsste man doch mindestens andeuten, es könnte vielleicht nicht ganz so grossartig herauskommen, wie es im Jahr 2019 herauskam. Für mich ist diese Voraussage plausibel aber mit Vorsicht zu geniessen. Anhand dieser Aussage machen wir diesen Gewinn. Es ist nichts anderes, als dieser Gewinn besteht aus der Voraussage der juristischen Personen. Wenn wir sehen, die natürlichen Personen haben einen Einbruch erlitten, in quotes. Das sind immer noch 45 Mio., die Bevölkerung hat leicht zugenommen, im 2019 hat sie leicht, 0,3 %, abgenommen. Wir haben das übrigens bereits wieder aufgeholt, es sind in diesem Halbjahr wieder 100 Leute mehr geworden. Wir sind wieder auf dem Wachstumstrend von etwa 200 Personen pro Jahr. Von daher ist alles gut. Die anderen, grossen Themen sind eigentlich im selben Varianzbereich, unser Gewinn kommt allein aus der Vorhersage der juristischen Personen. Das sollte man mal im Kopf behalten. In unseren Ausgaben haben wir ein paar mehr Konten. Ich entschuldige mich übrigens, denn bei der einen Zusammenfassung der stabilen Konten auf Seite 4 oben, habe ich erwähnt es sind 697 Konten, die zwischen den Budgets vergleichbar sind, in der Tabelle habe ich dann dummerweise immer noch 115, ja, copy paste, kann passieren, der Prozentwert dort ist allerdings richtig. Wir sehen, in beiden Voraussagen entstand eigentlich eine sehr hohe Konstanz. Diese Konten sind nun sehr stabil. Die vorhandenen Schwankungen sind wirklich nur noch im Prozentbereich. Von daher ist es nicht sehr tragisch. Wenn wir dann auf die Details eingehen, sieht man, es sind auf diesen wenigen Konten, neun Konten, die 75 % ausmachen, halt die Löhne, die es treiben. Ja, natürlich. Es ist nicht, weil die Leute sehr viel mehr einnehmen, sondern die Löhne sind da, weil wir mehr Leute benötigen. Es hat mehr Schüler, da entstehen Kosten. Man kann nicht dieselben Lehrer nehmen und noch mehr Schule geben. Wir haben da einen Wachstumszusammenhang. Dies ergibt eigentlich diese zwei grossen Teile. Wenn man die Investitionsrechnung anschaut, dann sehen wir, wenn wir das mit dem Finanzplan des letzten Jahres vergleichen, ja, wir planen gut. Man hat Abweichungen, interessanterweise Einsparungen, also eventuell schieben wir tatsächlich ein paar Investitionen hinaus. Die meisten davon sind begründet durch die Schulraumplanung. Man weiss noch nicht genau, was es ist, wo es stattfindet, wie es stattfindet und so weiter und so fort. Sie ist zwar gross abgeschlossen, aber wir haben gehört, es gibt doch noch ein paar Faktoren, die eventuell zu einer Veränderung führen. Wir haben da einen gewissen Aufschub erreicht und wir sehen eigentlich nur einen Knoten, der unerwartet kommt. Dieser liegt bei den Kanalisationen bzw. Wasserleitungen. Dort passierte was, man muss gewisse Wasserleitungen ersetzen, die man nicht unbedingt budgetiert hat. Solche Unfälle geschehen. Wir sehen, wir haben gesamthaft eine konstante Planung, die eigentlich sehr solide ist, logisch vorgeht, wir haben Annahmen, die plausibel sind, aber doch eine gewisse mögliche Überschätzung beim Erzielen eines Ertrags. Alles in allem ist es ein gutes Budget, wir sind sicher auf einem guten Weg, sicher auch nachhaltig. Nur persönlich wäre ich mit der Einstellung, dass es dieses Jahr wirklich auch positiv herauskommt, etwas vorsichtiger. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Ich bzw. das Büro würde vorschlagen, dass wir, bevor wir nun in die allgemeine Beratung einsteigen, eine kurze Pause machen und um 20.05 Uhr weiterfahren.

PAUSE

**Christian Kellermann**, Präsident: Bevor wir nun auf die dringliche Motion eingehen, würde ich gerne noch Zeit für das Infofenster der Gemeinderäte zur Verfügung stellen. Wer möchte zuerst das Wort ergreifen?

---

## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Wie Sie sicher alle gehört haben, wurde das Schulhaus Neuallschwil geschlossen. Als ressortverantwortliche Gemeinderätin möchte ich Ihnen dazu ein paar Auskünfte geben. Da die Fallzahlen am Samstag und Sonntag angestiegen sind, hat der Gesamtschulleiter Martin Münch am Sonntag in einem Mail die Eltern über die vorsorgliche Schliessung des Schulhauses Neuallschwil informiert. Selbstverständlich hat er dieses Vorgehen vorher mit dem AVS besprochen. Bis dahin, ich bin nicht ganz sicher, aber so wie es mir zu Ohren kam, gab es 13 positive Fälle und 5 Klassen sind in Quarantäne. Am Montag über Mittag tagte der regionale Führungsstab und sich über die verschiedenen Massnahmen und Konsequenzen, inklusive der Betreuungs- und Freizeitangebote ausgetauscht und die Situation wie folgt analysiert: Corona betroffene Kinder im schulpflichtigen Alter sind in diesem Schulhaus Neuallschwil im Vergleich zu anderen Gemeinden überproportional vertreten. D.h. das Virus hat sich ausgebreitet. Demzufolge ist grösste Vorsicht notwendig. Eine weitere Erschwernis in diesem Schulhaus ist zudem die hohe Vulnerabilität von Lehrpersonen, welche eine Aufrechterhaltung des Schulbetriebs zusätzlich stark beeinträchtigte. Aus diesen Gründen hat der kantonsärztliche Dienst beschlossen, die Schule Neuallschwil bis zu den Weihnachtsferien im Fernunterricht zu unterrichten. In den anderen Schulstandorten wurden mit Ausnahme der Maskentragpflicht für Kinder ab der 5. Klasse keine zusätzlichen Massnahmen erlassen. Da es sich um eine Schulschliessung handelt und nicht um eine Quarantäne, muss selbstverständlich auch ein Betreuungsangebot gewährleistet sein, damit die Blockzeiten eingehalten werden können. Das Betreuungsangebot startet ab morgen früh. Vielen Dank.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Beatrice Stierli. Du hast letztes Mal in der Fragestunde gefragt, ob die Lebensrettungskurse weitergeführt werden. Wie du sicher als aufmerksame Leserin des Budgets feststellen konntest, ist darin ein Betrag dafür vermerkt. Ich kann also auch heute Abend bekannt geben, diese Kurse werden auch im nächsten Jahr weitergeführt. Dies einfach als Antwort, die ich noch schuldig war. Ja, als Grundkurs. [*Frage im Hintergrund ohne Mikrophon*]: Das mit den weiterführenden Kursen ist dann nochmals eine andere Grössenordnung, es bleibt bei den Grundkursen.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wie Sie im letzten AWB gesehen haben, wird das BaseLink-Areal ab 13. Dezember, also ich gehe mal davon aus, das sich ab Montag, 14. Dezember, sein, besser an den öffentlichen Verkehr angebunden. Mit dem Fahrplanwechsel 2021 wird die neue Bushaltestelle Wänglismatten in Betrieb genommen. Diese Bushaltestelle ist mit Wartehalle und Billettautomat ausgerüstet. Die dynamische Fahrgastinformation wird, anders als in den Medien oder im Allschwiler Wochenblatt beschrieben, erst ab Frühling 21 den Betrieb aufnehmen können. Somit hat man im BaseLink-Areal eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr mit einer direkten Verbindung zum Bahnhof SBB und ab Dezember 2021 auch zum Bahnhof St. Johann.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. In Ergänzung zu den Informationen der Kollegin Silvia Stucki erzähle ich Ihnen noch schnell von der Stiftung Tagesheim, dass das Tagesheim offen hat und die Schülerinnen und Schüler dort selbstverständlich betreut werden. Was aber natürlich auch klar ist, dass alle, die sich nun in der Quarantäne befinden, die Kinder also, die bereits Symptome haben oder angesteckt wurden, dürfen selbstverständlich nicht in der Tagesbetreuung erscheinen. Der kantonsärztliche Dienst empfiehlt denn auch, dass, wenn man sowieso schon mit dem Hausarzt Kontakt hat, sich bitte auch gleich testen zu lassen. Generell gilt eine Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler in der 5. und 6. Klasse, wenn sie das Tagesbetreuungsangebot nutzen. Die Masken sind durch die Eltern beizubringen. Ansonsten bittet der kantonsärztliche Dienst auch, die Eltern dazu anzuhalten, die Kinder möglichst von Freizeitbeschäftigungen abzuhalten, damit sie sich möglichst wenig oft mit vielen Leuten treffen. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich möchte Sie noch über den Fortschritt des Parc des Carrières informieren. Sie wissen, das Gebiet, das heute noch ein Kiesabbaugebiet ist, soll umgestaltet und ein weiteres Naherholungsgebiet für unsere Gemeinde werden. Dass dieses Gebiet so wichtig ist, nicht nur für das linksufrige Bachgrabengebiet, sondern auch, darf ich sagen, für das Gewerbegebiet linksufriges Bachgrabengebiet, denn diese dort angesiedelten Unternehmen werden, sobald dieser Parc des

Carrières vollständig fertiggestellt sein wird, die Möglichkeit haben, in nur wenigen Schritten dort ihren Mittag zu verbringen oder die Mittagsverpflegung einzunehmen oder sich sonst aufzuhalten. Der Parc des Carrières hat aber nicht nur Vorteile für dieses dortige Gebiet und die dort Arbeitenden, sondern ich denke, für ganz Allschwil. Deshalb freut es mich enorm, auch natürlich, weil es, das darf ich so sagen, ein Umweltprojekt ist, bei dem die Gemeinde Allschwil dabei ist, und auch unserem Leitbild entspricht. Wie sieht es nun konkret mit den nächsten Fortschritten dieses Projektes aus? Die Bauarbeiten für die erste Phase, das heisst der Korridor, der Bau der Parzelle 1 und der Bau eines Spielplatzes im Zentrum sollten im Februar 2021 beginnen. Der Korridor und der Spielplatz sollten gemäss dem Fahrplan im April 21 fertiggestellt sein und sollten dann auch anlässlich der Expo IBA Basel 2021 eingeweiht werden. Der Bau der Parzelle 1 sollte in einem zweiten Schritt dann erst im zweiten Semester 21 erfolgen. Sofern sich die Corona-Lage bis dahin entspannt haben wird, was man heute wirklich nicht weiss und nicht vorhersehen kann, ist vorgesehen, an einer eintägigen, feierlichen Veranstaltung am 9. Mai 2021 die ersten Realisierungen des Gesamtparks vorzustellen. Ich bitte Sie, notieren Sie sich doch schon mal dieses Datum, vorsorglich, denn, wie gesagt, wir wissen nicht, wie es mit unserer Corona-Geschichte noch weiter geht. Wenn es möglich ist, sollte am 9. Mai 2021 diese Veranstaltung stattfinden. Es freut mich besonders, vor allem besonders freut mich, dass Allschwil nebst Hegenheim/St.-Louis-Agglomeration und Basel-Stadt bei diesem Projekt wirklich eine aktive Rolle einnimmt, und der Einwohnerrat dafür Geld gesprochen hat, nämlich für den Zugangsweg, den wir bereits erstellt haben und der dereinst von Allschwil zu diesem Park führen soll, resp. führt, aber der Park nun natürlich noch nicht vollständig erstellt ist. Das Ganze ist nicht ein einfaches Projekt, weil es halt grenzüberschreitend ist. Vor allem auch, weil private Grundeigentümer beteiligt sind. Ich bin bei dieser Gelegenheit auch dankbar, dass der TED, der trinationale Eurodistrict, von Anfang an hinter diesem Projekt stand und nun immer noch auch administrative Arbeiten übernimmt und damit den Verein Parc des Carrières, in dem wir Mitglied sind und ich im Moment noch das Vizepräsidium habe, dann dereinst das Präsidium übernehmen soll, enorm entlastet. Von Beginn weg stand eine Vision, bei der man nicht wusste, wo sie hinführen wird. Man sieht nun, die Vision trägt nun erste Früchte. Das finde ich super grossartig, es freut mich riesig. Wenn Sie weitere Informationen über dieses Projekt erfahren möchten, gehen Sie auf die Website. Es wird dereinst auch einmal eine eigene Website geben. Die ist momentan noch nicht aufgeschaltet, aber wenn Sie jetzt bereits etwas sehen möchten, erhalten Sie das über [www.iba-basel.net](http://www.iba-basel.net). Wenn Sie darin auf Parc des Carrières klicken, erfahren Sie noch viel Weiteres. Das wären die Informationen dazu. Vielen Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, somit kommen wir nun zur dringlichen Motion. Eingereicht von Andreas Bärtsch, FDP, vom 23. November 2020, Strategie Schulraumentwicklung, Zeithorizont zehn Jahre. Ich gebe gerne zuerst das Wort an Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir haben gehört, eigentlich auch in den letzten Stunden, dass der Gemeinderat schon seit mehreren Jahren mit der Planung des Schulraums tätig ist. Leider haben wir im Einwohnerrat bis jetzt keine Informationen erhalten. Die dringliche Motion bezweckt zwei Kernaussagen. Erstens einen Rückblick, auf welcher Basis wurde diese Schulraumplanung ausgearbeitet und zweitens einen Vorausblick, was erwartet uns in den nächsten Jahren. Das Ziel ist, bevor die grossen Investitionen im Einwohnerrat behandelt werden, wir reden jetzt bereits im Investitionsplan von den Sondervorlagen, die nachher für die Varianzverfahren, also für die Wettbewerbe nötig werden, erachten wir es als wichtig, dass der Einwohnerrat über die Grundlagen informiert wird. Wir haben heute von Mark Aellen gehört, das Geld soll man in den nächsten Jahren clever ausgeben. Da sind der Gemeinderat und auch der Einwohnerrat gefordert. Von Nicole Nüssli haben wir heute gehört, wir müssten Lösungen aufzeigen, und vor allem auch vom Einwohnerrat seien Lösungen gefordert. Wenn wir Lösungen bringen sollen und auch auf gleicher Augenhöhe mit dem Gemeinderat erarbeiten können, dann benötigen wir Informationen. Genau diese Informationen möchten wir mit dieser Motion einfordern. Der Gemeinderätin Silvia Stucki danke ich herzlich für die Übernahme der Verantwortung für diese Informationen und für den Einsatz in der Sache. Das Gremium Gemeinderat beweist wieder in Antworten zu eingereichten Motionen und nachher umgewandelten Postulaten, die wir wahrscheinlich nicht mehr heute, aber wahrscheinlich Morgen behandeln werden, dass sie sich einen Deut um Wünsche oder Aufträge des Einwohnerrats zu gewünschten Zeitverhältnissen schert und die Geschäfte dem Einwohnerrat beantwortet, wenn es ihnen passt. Deshalb möchte ich diese Motion stehen lassen. Denn mit der Motion ist garantiert, dass wir innerhalb von sechs Monaten erhalten. Ich danke euch für die Unterstützung und für die Überweisung.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, hätten wir uns als Gemeinderat gewünscht, dies als Postulat entgegen zu nehmen. Ich hätte mich nämlich gefreut, wenn ich Sie heute über die verschiedenen Punkte hätte informieren

können, wo wir mit der Schulraumplanung stehen. Selbstverständlich nehme ich diese Motion so entgegen, wenn das gewünscht ist, und ich freue mich in diesem Fall halt, Ihnen dann in einem halben Jahr zu berichten.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank für dieses Votum, Frau Gemeinderätin Stucki. Ich glaube, damit wir uns richtig verstehen, es ist in der Motion vorgeschrieben, dass Sie erst in einem halben Jahr antworten müssen, sondern Sie dürfen selbstverständlich auch in der Januar- oder Februarsitzung diese Motion beantworten. Da haben wir nichts dagegen. Je früher umso besser.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion begrüsst diesen Vorstoss sehr. Er ist dringend nötig, im Sinne auch von Andreas Bärtsch, wenn wir mitreden oder Mitverantwortung übernehmen oder sogar Mitgestalten wollen, dann müssen wir auch informiert sein. Ich habe deshalb auch schon mehrmals im Einwohnerrat in der Fragestunde gefragt, wie es um die Schulraumplanung steht. Also herzlichen Dank für diesen Vorstoss. Ob es nun eine Motion oder ein Postulat sein soll, haben wir ehrlich gesagt in unserer Fraktion nicht besprochen. Wir haben mit dieser Option gar nicht gerechnet, deshalb kann ich nun keine Fraktionsmeinung zu dieser Frage äussern.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es einen Gegenantrag gibt. Wenn das nicht der Fall ist, wäre diese Motion überwiesen.

[Diskussion im Hintergrund ohne Mikrophon] - Das ist korrekt, wenn es keinen Gegenantrag gibt, muss man nicht abstimmen. - Es wird als Motion überwiesen, es gibt keinen Antrag. - Der Gemeinderat kann keinen Antrag stellen, excusez. - Es ist so - ich würde gerne weitermachen - die Motion ist überwiesen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir fahren weiter und kommen auf das Geschäft 4512 A zurück. Die allgemeine Beratung ist eröffnet. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Somit fahren wir weiter mit der Beratung der Budgetanträge. Die Redeordnung für die Budgetanträge ist wie folgt: Das Wort hat immer zuerst der Präsident der FIREKO, in diesem Augenblick der stellvertretende Präsident, dann der zuständige Gemeinderat und zum Schluss die weiteren Redner. Es wird immer unmittelbar nach der Beratung eines Budgetantrags über denselben abgestimmt. Es wurde das Wort gewünscht, Herr Ueli Keller:

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, Entschuldigung, geschätzte Anwesende. Ich wollte nicht der Erste sein, der bei der allgemeinen Beratung das Wort ergreift. Aber ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Erstens einmal wiederum für die seriöse und engagierte Arbeit von allen Beteiligten danken, ich bin beeindruckt. Zweitens möchte ich gerne das Schlusswort von Franz Vogt aufgreifen, das hat mir sehr gefallen. Er hat am Schluss gesagt: „Es braucht gemeinsame Anstrengungen von allen, es kann möglichst gut kommen.“, -möglichst gut- ist von mir. Aber die gemeinsamen Anstrengungen sind von Franz Vogt. Dazu möchte ich zwei Sachen sagen. Alle Menschen, die jetzt nicht wahrnehmen wollen, dass wir in einer Krise stecken und es nicht so einfach sein wird, weiterzukommen, unabhängig von Corona, die, sage ich mal etwas salopp, die haben eine Wahrnehmungsstörung. Es wird Herausforderungen geben, die gross sein werden. Es wird auch Chancen geben, die gut sein werden. Da braucht es gemeinsame Anstrengungen, damit wir sie meistern können, damit wir das bewerkstelligen können. Was uns nicht weiterhelfen wird, ist Polarisierung. Die Polarisierung, die wir zunehmend links, rechts haben, hilft uns nichts. Da sind wir insgesamt schachmatt. Das Zweite, das mir wichtig ist, es nützt auch Pingpong nichts. Pingpong, bei dem der Gemeinderat sagt, der Einwohnerrat sollte, und der Einwohnerrat sagt, der Gemeinderat sollte. Das ist auch keine gute Perspektive. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, wir fahren weiter mit der Beratung der Budgetanträge.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.2**

Budgetantrag von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend  
Konto 2170.5040.31; Schulliegenschaften Schulzentrum  
Neuallschwil – Aussenbereich, Geschäft 4512B.1

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Wie gesagt hat nun an dieser Stelle das Wort zuerst der Kommissionssprecher. Darf ich noch fürs Protokoll wissen, ist das, habe ich es richtig verstanden, Christian Jucker? Ja, prima.

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Die Kommission hat diesen Antrag geprüft. Laut unseren Informationen wurden diese Gelder zum grössten Teil bereits ausgegeben. Es geht primär um die Rechnungsstellung im Jahr 2021. Aus diesem Grund muss dieser Betrag im Budget bleiben. Die FIREKO empfiehlt einstimmig die Ablehnung dieses Budgetantrags.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese Erläuterungen sind völlig zielführend. Weil das alles eigentlich bereits abgerechnet wurde, ziehen wir diesen Antrag zurück.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, Sie haben es gehört, dieser Antrag wurde zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.3**

Budgetantrag von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, betreffend  
Konto 0290.5040.04; PV Anlage Gemeindeverwaltung, Geschäft 4512B.2

---

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Die FIREKO hat auch dieses Anliegen vertieft geprüft. Es gibt zwei Varianten für PV-Anlagen. Entweder man betreibt sie selbst oder man schreibt sie aus. Wir haben gesehen, es gibt verschiedene Varianten wie auch schon beim Schulhaus Gartenhof oder wie es hier geplant ist, wo man es in Eigenregie macht. Nach der Meinung der FIREKO sollte das nach 11 Jahren abgeschlossen sein und 14 Jahre Einnahmen generieren. Also keine schlechte Option für die Gemeinde, um kontinuierlich über die Jahre für die Investitionen Geld zurück zu erhalten. D.h. wir nehmen an, das ist ein positives Geschäft, und wir lehnen diesen Budgetantrag mit einem Ja und sechs Nein ab.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ja, das ist richtig, was die FIREKO hier festgestellt hat. Es gibt zwei Varianten, selbst erstellen oder betreiben lassen. Die Meinung der FDP-Fraktion ist, dass es nicht Kernaufgabe der Gemeinde ist, Photovoltaikanlagen zu betreiben, sondern dass man es einem externen Betreiber übergeben soll. Es ist richtig, dass in diesem vorliegenden Fall die Anlage nach elf Jahren abgeschlossen ist, aber dieser Umstand kann man ja auch positiv nachher in die Verhandlung mit dem externen Anbieter einfließen lassen. Was für Vorteile gibt es daraus? Erstens ist die Gemeinde schlussendlich nicht für den Unterhalt dieser Anlage verantwortlich, aber sie muss auch nicht das Risiko der Anlage tragen, geht man mal davon aus, dass es ein Unwetter gibt, einen Hagelschaden, und die Photovoltaikanlage zerstört ist, dann sind die Rechenbeispiele nachher hinfällig. Vielleicht noch einen Hinweis zur Argumentation und der Begründung des Gemeinderats. Wenn man eine Anlage nimmt, die im 2003 auf dem Feuerwehrdepot erstellt wurde, als Vergleichsrechnung, ist klar, das war vor der Öffnung des Strommarkts, als diese Anlage erstellt wurde. Heutzutage hat man andere Voraussetzungen für die Verhandlungen der Anlagen und man würde auch mit einem externen Anbieter eine bessere Rendite erzielen. Darum würde die FDP-Fraktion beliebt machen, dass man den Budgetantrag annimmt, dass man zwar eine Anlage erstellt, da sind wir nicht dagegen. Ich möchte vielleicht auch noch mit aller Deutlichkeit sagen, wir sind nicht dagegen, dass eine Anlage erstellt wird, aber wir sind der Meinung, das ist auch bei den zukünftigen Gebäuden nicht zwingend die Kernkompetenz oder Kernaufgabe unserer Gemeinde.

---

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Der Antrag des Gemeinderates lautet auf Ablehnung dieses Budgetantrages, weil die gemachten Ausführungen mögen vielleicht in sich schon stimmen, nur, wir wollen einerseits diese Anlage selbst betreiben, denn die Gemeinde Allschwil möchte auch gerne ein Zeichen setzen. Wir haben gesagt, ich, wir prüfen die Investition dieser PV-Anlage und mit „mir“ ist auch die Gemeinde Allschwil gemeint. Deshalb möchten wir das auch gerne selbst machen, wir können das auch selbst machen. Wenn es einen Hagelschaden gibt, weiss ich persönlich eine gute Versicherung, bei der es versichert werden kann. Das positive Zeichen, das wir gerne in die Weltgeschichte hinaustragen wollen, ist, wir haben eine PV-Anlage, wir betreiben sie auf unser Risiko. Wir sind uns dieser Sache bewusst. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir damit Geld verdienen können. Wir setzen damit ein Zeichen, dass es machbar ist. Daher Ablehnung des Budgetantrags aus Sicht des Gemeinderats. Danke.

**Alfred Rellstab**, SVP-Fraktion: Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der SVP sind ebenfalls gegen diese Budgetstreichung der FDP, aus folgendem Grund: Die FDP möchte ja, wie das Andreas zuvor gesagt hat, dass man diese Dachfläche einem Dritten vermietet und dieser dann auf eigene Kosten die PV-Anlage realisiert. Die Gemeinde erhält bei einer Vermietung im Normalfall rund 1 Franken. Also umgerechnet ca. 600 Franken pro Jahr. Das ist wirklich nicht sehr viel, und das Risiko bleibt ebenfalls bei der Gemeinde, also wenn das Dach kaputt geht etc. Das ist relativ wenig, aber die handelsübliche Miete von Dachflächen. Ich habe mich heute ein wenig schlau gemacht. Der Gewinn der Gemeinde wäre, wenn man rund 20 Jahre annimmt, rund 12'000 Franken. Wenn man eine PV-Anlage selbst realisieren würde, macht man in derselben Zeit einen Gewinn von rund 60'000 Franken und hat parallel die ganze Anlage auch noch amortisiert. Die nächsten zehn Jahre macht man dann einen Gewinn von 120'000 Franken. Gut, vielleicht muss man dann mal einen Wechselrichter ersetzen. Wir sind aber eigentlich der Meinung, dass man das wirklich selbst realisieren sollte. Merci.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Einmal nicht als Vertreter der FIREKO möchte ich einen Kommentar dazu geben. Ich würde mir einfach wünschen, dass es eine konsistente Strategie der Gemeinde wäre betreffend selbst machen oder verkaufen oder vermieten von solchen Flächen. Es hat beides vor und Nachteile. Sich aber das Knowhow eines externen Betriebs und von einem eigenen Betrieb aufzubauen, scheint mir dann strategisch nicht so durchgehend geplant. Grundsätzlich bin ich aber auch für die Ablehnung des Budgetantrags. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, kommen wir zur Abstimmung dieses Antrags. Wer den Betrag von 207'000 auf 10'000 für die Begleitung dieses Projekts reduzieren möchte, soll das nun mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Budgetantrag mit 5 Ja, 25 Nein und 0 Enthaltungen abgelehnt.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.4**

Budgetantrag von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend  
Konto 7690.3132; Energiestadt Label bei «energie schweiz», Geschäft 4512B.3

---

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Ja ich weiss nicht, Niki Morat, möchtest Du es gleich zurückziehen oder wollen wir es sprechen? Aber ich kann sonst schnell die Meinung der FIREKO vertreten. Das Thema wurde schon einmal besprochen im Geschäft 4555 A vor meiner Zeit. Die Voraussetzung für den Erhalt des Energiestadt Labels ist in Allschwil nicht gegeben. Das wird sich auch so schnell nicht ändern. Aus diesem Grund ist es noch nicht zielführend, das im Jahr 2021 schon ins Budget aufzunehmen. Die FIREKO empfiehlt daher die Ablehnung dieses Budgetantrags.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ja, Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich wollte es eigentlich vorwegnehmen, nun hat es Christian getan. Es ist tatsächlich so, ich werde diesen Budgetantrag zurückziehen. Aber erlauben Sie mir trotzdem, schnell ein paar Worte. Zum einen ziehe ich ihn zurück, weil der beantragte Betrag im Jahr 2021 gar nicht ausgegeben werden kann. Zum anderen,

---

weil ich die Beantwortung der Interpellation *Leistungsausweis kommunale Energiepolitik* nicht im Fokus hatte, als ich den Budgetantrag geschrieben habe. Es wird ersichtlich, dass wir damals ein Audit zum Labelerwerb bei weitem nicht erreicht haben und heute kaum weiter sind. Quasi als Ersatz zu diesem Budgetantrag habe ich heute zusammen mit Christian Jucker eine Motion eingereicht, welche die Etablierung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit fordert. Eine kompetente Abteilung Umwelt und der Gemeinderat könnten so unterstützt werden, damit der Erwerb eines Energiestadt Labels realistisch wird und wir unseren Nutzen daraus ziehen können. Unterstützen Sie dann bitte diese Motion. Und Entschuldigung, dass ich so viel Aufwand mit diesem Budgetantrag gemacht habe. Noch einmal, ich ziehe diesen Budgetantrag zurück. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Trotzdem möchte Gemeinderat Philippe Hofmann noch etwas dazu sagen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ich höre diese Worte zu dieser Motion. Ich muss sagen, diese Arbeiten sind ein wenig wie leeres Stroh Dreschen. Denn dieser Ball ist bereits aufgenommen und bereits angedacht, dass es eine gemeinderätliche Kommission zu Handen Umwelt geben soll, worin Nachhaltigkeit natürlich ein breites Spektrum ist. Ich glaube, wir müssen uns mal darüber austauschen, Niki, was alles bereits läuft und was du dazu möchtest. Dann können wir schauen, was wir aus dieser Motion dann machen. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, Sie haben es gehört, der Antrag wurde zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.5**

Budgetantrag von Martin Münch, FDP-Fraktion, betreffend  
Konto 2183.4637; Beiträge von privaten Haushalten – Mittagstisch, Geschäft  
4512B.4

---

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Die FIREKO ist eigentlich einstimmig der Meinung, die Ausgaben für den Mittagstisch ergeben sich aus den Zahlen der Anmeldungen, also von den Personen oder Kinder, welche am Mittagstisch teilnehmen. Die Einnahmen sind gegeben anhand des FEB-Reglements, das sich momentan in Überarbeitung befindet. Daher hat die Gemeinde keine Handhabung, eine höhere Kostenbeteiligung durch die Nutzer und Nutzerinnen einzufordern. Darum empfiehlt die FIREKO einstimmig die Ablehnung dieses Budgetantrags.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich spreche für Martin Münch, einfach, dass das gesagt ist, nicht dass man denkt, wieso ich hier plötzlich wieder spreche. Wir sind trotz allem nach wie vor der Meinung, dass das kostendeckend sein müsste. Denn, ich meine, wir haben gesehen, im Jahr 2019 war es kostendeckend. Wir glauben auch, dass bei einem Ausbau des Angebots, wie er momentan stattfindet, müsste es eigentlich das Ziel einer Gemeinde sein, dass es trotzdem auf einer kostendeckenden Basis ausgebaut wird. Wir sind einfach der Meinung, es ansonsten auch gegenüber privaten Anbietern unfair ist. Deshalb denken wir, dass es auch richtig ist, diesen Budgetantrag so zu stellen.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir sind aber keine private Institution, muss ich sagen. Es gibt Familien, die sich diese Kosten wirklich nicht leisten können. Die muss man vielleicht auch mal berücksichtigen. Ich frage mich schlussendlich, wer bezahlt denn dann die Differenz? Wiederum Familien, Mütter, Väter? Es muss nicht unbedingt das Ziel sein, dass man kostendeckend arbeitet. Es ist etwas zum Wohl der Allgemeinheit. Also Eltern, Mamis und Papis, die alleinstehend sind und diese Kosten nicht aufbringen können. Sie kommen zum Teil nicht in die Klasse für Subvention, die darf man auch nicht vergessen.

**Niklaus Morat**, 1. Vizepräsident: Entschuldigung ich habe die Rednerreihenfolge durcheinander gebracht. Frau Gemeinderätin Silvia Stucki, bitte.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Danke schön, dass ich das noch ergänzen darf. Vielleicht muss man wissen: Das Angebot Mittagstisch wird aktuell aufgrund der grossen Nachfrage erst ausgebaut. In der Kirchgemeinde der christkatholischen Kirche wird seit



August 2020 nebst dem Mittagstisch Dürrenmatten einen zweiten Mittagstisch angeboten. Von August bis Dezember 2020 soll auf Wunsch der Eltern an vier Tagen eine Mittagsverpflegung angeboten werden. Dass sich dieser neue Mittagstisch noch in der Aufbauphase befindet, können die einzelnen Mittagessen teilweise noch nicht optimal ausgelastet werden. Aus diesem Grund heraus wird für das Jahr 2020 und auch für das Jahr 2021 ein Defizit ausgewiesen. Es ist aber das Ziel, man kann auch davon ausgehen, dass das Angebot Mittagstisch künftig wieder analog wie im Jahr 2019 selbsttragend sein wird, sobald sich dieses Angebot etabliert hat. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Gemeinderat die Ablehnung des Budgetantrags. Besten Dank.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas sagen zur Garderobe oder Hutablage. Im letzten Jahrtausend haben wir begonnen, schulergänzende Massnahmen aufzubauen. Wir haben mit Aufgabenhort begonnen. Das Angebot wurde immer grösser und breiter. Die einen haben es sich gewünscht, da hat die FDP stark geholfen, die anderen haben es als Notwendigkeit betrachtet, dies kam von unserer Seite. Es wurde immer grösser, habe ich gesagt. Wir haben ein Ziel formuliert, die Gemeinde hat ein Ziel formuliert, Plätze anzubieten, und wir sind noch nicht ganz am Ziel. Aber wegen des Huts: Ich weiss, Martin ist, da steht Einwohnerrat. Aber ich finde es relativ gefährlich und vielleicht unglücklich, denn ich weiss auch, dass du Schulleiter bist. Grossartig, hat Urs es vertreten. Ich denke mir aber auch, wir müssen ein wenig aufpassen, welchen Hut wir hier vertreten. Als Schulleiter oder als Einwohnerrat. Schulergänzende Massnahmen sind sehr wichtig, in deinem ganzen Umfeld, in dem du arbeitest. Danke vielmals.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wir sehen das etwas nüchtern. Der Gedanke von Martin Münch ist absolut richtig, aber im Moment so, wegen des FEB-Reglements nicht ausführbar. Danke schön.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich spreche hier eigentlich eher als ehemaliges Stiftungsratsmitglied der Stiftung Tagesheim Allschwil. Wir wollten damals auch Mittagsplätze anbieten und waren dem Reglement unterworfen. Entsprechend mussten wir darauf achten, dass es kostendeckend war, sonst hätte es nicht funktioniert. Das ist halt nicht fair, wenn die Gemeinde, wir, dann es quersubventionieren. Subventionieren ist kein Thema, das ist richtig, die Leute, die es nötig haben, sollen es auf jeden Fall auch entsprechend erhalten. Aber dann muss man es auch als Ertrag reinnehmen und transparent machen, dass das der Ertrag ist. Das sind Subventionen, durch die der Ertrag erwirtschaftet wird. Das steht nicht drin. Es ist einfach ein Defizit. Das Defizit trägt dann irgendjemand. Wenn das Defizit aber durch Subventionen getragen wird, dann soll man die Subventionen auch entsprechend ausweisen. Das wird nicht gemacht. Darum geht es, dass es ein kostendeckendes Angebot ist. Dass es ein Angebot benötigt, Jean-Jacques, da gehe ich mit dir einig. Ich bin froh, dass wir diese Angebote haben. Nun darf ich das auch als Gesamtschulleiter sagen, es ist vielleicht grossartig, dass wir diese Angebote haben, dass wir eine Gemeinde haben, die damit auch vorwärts macht. Das ist vielleicht Gold wert. Wir haben ein Potential nach oben, das ist richtig, wir haben Luft nach oben. Aber wie gesagt, ich habe das mit dem Hut als ehemaliger Stiftungsrat der Stiftung Tagesheim Allschwil gemacht, sicher nicht als Schulleiter hier. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesen Antrag der FDP unterstützen möchte, also, wer die Beiträge in privaten Haushalten für den Mittagstisch von 110'000 Franken auf mindestens 152'260 Franken anheben möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Budgetantrag mit 5 Ja, 22 Nein und 3 Enthaltungen abgelehnt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.6**

Budgetantrag von Martin Münch, FDP-Fraktion, betreffend  
Konto 5452.3637; Beiträge von privaten Haushalten – Private Tagesheime,  
Geschäft 4512B.5

---

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Die FIREKO hat es vertieft geprüft. Es geht bei diesem Budgetantrag eigentlich um zwei Dinge. Einerseits geht es nicht um eine Übergangsfiananzierung. Die Zahlung für das Jahr 2020 wird im 2021 ausgelöst, so wie das in der Antwort des Gemeinderates steht, wird jedoch im Rechnungsjahr 2020 anfallen. Im Jahr 2021 sind keine Übergangsfiananzierungen mehr auf diesem Konto verbucht. Weiter sind die höheren Ausgaben auf diesem Konto auf einen höheren Bedarf zurück zu führen. Es werden Subventionen direkt ausbezahlt. Mit den jetzigen Erfahrungswerten des Jahres 2020 wurde dieses Budget so geschätzt. Das wird wie immer nicht perfekt sein. Es soll aus Sicht der FIREKO und auch des Gemeinderats dieser Betrag drinbleiben, und die FIREKO empfiehlt einstimmig die Ablehnung dieses Budgetantrags.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Auch hier der Hut als ehemaliges Mitglied des Stiftungsrats. Ein Schelm, wer Böses denkt. Es sind genau diese 150'000 Franken, die nun auf diese 800'000 oben draufkommen, die man der Stiftung Tagesheim Allschwil schuldet - nein, Entschuldigung, stopp - nicht schuldet. Man hat das grosszügigerweise der Stiftung Tagesheim bezahlt. Entschuldigung, tut mir leid. Ob nun diese 150'000 Franken in diesem Jahr oder im nächsten Jahr bezahlt und übertragen werden, ist völlig egal. Darum geht es nicht. Es ist auch etwas sonderbar, dass genau diese 150'000 Franken, die man einspart, also die man weniger bezahlt, genau jetzt wieder in diesem Budget drin hat. Das ist halt das Spezielle an diesem Konto. Ich habe die Begründung auch gelesen, dass aufgrund der geplanten Mehrausgaben ein gewisser Betrag drin ist. Aus diesem Grund ist aber dieses Budgetpostulat entstanden. Danke schön.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Auf dieser genannten Position werden ausschliesslich Subventionen der Eltern budgetiert. Sie sind erhöht, weil eben die Nachfrage nach externer Betreuung stetig gestiegen ist. Somit steigen auch die Subventionszahlungen. Diese Position hat nichts mit der letzten Tranche der letzten Zahlung des Restdefizits der Stiftung Tagesheim zu tun. Es ist zu vermuten, dass da eine Verwechslung vorliegt, weil es sich um denselben Betrag handelt. Aufgrund der Erfahrungen der ersten Monate im 2020, was die Höhe der Subventionszahlungen der Eltern anbelangt, ist für 2021 950'000 Franken budgetiert. Dieser Betrag ist realistisch. Eine Kürzung um 150'000 ist daher nicht angemessen. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen daher der Gemeinderat die Ablehnung dieses Budgetantrags. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Beiträge an private Haushalte um 150'000 Franken auf 800'000 senken möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Budgetpostulat mit 11 Ja, 18 Nein und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.7**

Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend  
Konto 3110.5040.01; Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum, Geschäft  
4512B.6

---

**Christian Jucker**, FIREKO-Vizepräsident: Die Neukonzeption des Heimatmuseums wurde schon 2017 vom Einwohnerrat genehmigt, zu einem Gesamtbetrag von 730'000 Franken. Die FIREKO denkt es als sogar sehr wertend, als unseriös, im Budget 2021 einen Teil dieses Betrages wieder herauszustreichen. Weil es eigentlich auf dem Wunsch des Einwohnerrats basiert. Deshalb empfiehlt die FIREKO mit 6 Nein und 1 Enthaltung die Ablehnung dieses Budgetantrags.

---

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Vorab will ich erwähnen, weil ich das schon zwei, drei Mal gehört habe, dass die SVP in keiner Art und Weise sich weder gegen das Heimatmuseum noch gegen Kultur stellt. Die Begründung des Gemeinderats stimmt. Wir haben im 2017 730'000 Franken für ein Mehrspartenhaus für die Jahre 2017 bis 2019 bewilligt. Das ist Fakt und so in den entsprechenden Anträgen drin. In dieser Sondervorlage 2017 waren 150'000 Franken für die bauliche Umgestaltung des Foyers mit einfacher Küche eingeplant. Scheinbar fiel diese Küche unterdessen günstiger aus, so dass nur noch 132'000 Franken drauf sind. Wieso aber nun eine neue Küche gebaut werden soll, obwohl noch gar nicht klar ist, was tatsächlich dort hinkommt, entzieht sich meinem Verständnis. Das ist aber nicht der eigentliche Punkt. Wir haben 2017 730'000 Franken für ein Mehrspartenhaus inkl. Ergänzungsbau für den Zeitpunkt 2017-19 bewilligt. Das sind ca. ein Drittel für eine Dauerausstellung, ein Drittel für den Ökonomieteil und ein Drittel für einen Ergänzungsbau. Nun entsteht aus dieser Sondervorlage 2017 ein komplett neues Projekt mit einem Gesamtbetrag von 3,5 Mio. Darin werden die bewilligten 730'000 aus dem Jahr 2017 vom Mehrspartenhaus verwendet. Die Differenz, oder die verschiedenen Differenzen, die entstehen werden, werden dann via Sondervorlage mit Nachtragskredit beim Einwohnerrat beantragt. Das heisst, mit Nachtragskredit werden wir diese Differenzen auffüllen. Milchbubenrechnung nennt man das. Der neue, wie ich es genannt habe „Bunker“, wird ein Nachtragskredit von ca. 2,8 Mio. kosten. Die FIREKO hat soweit absolut Recht. Wir können diesen Antrag gar nicht streichen. Aber ich kann ihn abändern. Dieses Projekt, diese Sondervorlage Heimatmuseum hat unterdessen eine komplett andere Form und vor allem eine komplett andere Grössenordnung angenommen. Es wurde daraus ein komplett anderes Projekt als das, welchem wir im Jahr 2017 eigentlich zugesagt haben. Weil diese 132'000 nicht gestrichen werden können und wir die Nachtragskredite so oder so zum grossen Teil im nächsten Jahr, wenn nicht gar das Ganze im nächsten Jahr auf den Tisch erhalten werden, beantrage ich die Erhöhung dieser Investition auf den tatsächlich geschätzten Wert dieses Projekts, nämlich auf die 3,5 Mio., mit dem Anhängsel nnb - noch nicht beschlossen. Danke schön.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es eben vom Antragsteller gehört, dass er nicht zufrieden ist und deshalb auch einen Budgetantrag gestellt hat. Er hat aber auch eingesehen, dass er es so, wie er es gestellt hat, nicht tun kann. Der Gemeinderat versuchte, nachdem er die Vorlage hatte, es zu begründen. Er hat das auch gemacht, indem er sagte, dass wir eine rollende Planung haben. Die Erkenntnisse sind auch ins Budget eingeflossen, und, was wichtig ist, momentan wird dieses Geschäft in der Kommission Kultur & Soziales besprochen. In der Präsentation, bei der auch die Fraktionen teilnehmen konnten, informierte der Fachstellenleiter für Kultur, Jean-Marc Wyss, detailliert über die Prozessschritte, die verschiedenen, möglichen Varianten und die finanziellen Auswirkungen eingehend. Ich kann feststellen, dass die SVP verzichtete. Um es kurz zu machen, wir sprechen nun über diesen Budgetantrag 4512B.6. Der Gemeinderat und die FIREKO lehnen diesen Budgetantrag ab, und ich bitte Sie, dem zu folgen.

**Miriam Schaub**, KKS-Präsidentin: Ich würde einfach ganz kurz als Kommissionspräsidentin etwas dazu sagen. Man schätzt die Kosten auf 3 bis 4 Mio. Im Moment aber wird der Einwohnerrat zuerst über die Vorstudie beraten, das sind 265'000. Zuerst muss das bewilligt werden. Anschliessend wird ein Projekt mit einem Preisschild ausgearbeitet, wobei es dann vielleicht 3,5 Mio. sind. Dies muss dann durch den Einwohnerrat noch einmal bewilligt werden.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Absolut richtig. Diese 260'000 Franken erhalten wir sehr wahrscheinlich bereits im Januar, wenn ich mich nicht täusche, auf den Tisch. Die gehören genauso in die 730'000 Franken, die wir 2017 für den Zeitraum 17-19 bestimmt haben. Darf man auch, ist auch machbar. Das Problem ist nur, das Projekt kostet mehr. In dieser Sondervorlage, die wir anfangs Jahr erhalten werden, werden die 3,5 Mio. ziemlich genau beziffert sein. Genauso gut wie die Küche für 150'000 Franken. Es wäre korrekt, wenn man das ganze Projekt als ein Paket betrachtet, weg von dieser Sondervorlage von 2017, weil es etwas Neues ist, und somit das Budget wieder richtig setzen. Danke schön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Diese Sondervorlage, oder die Vorlage von 2017 habe ich schon immer als einen Knorz gehalten. Ich sagte damals, das ist nur eine Skizze, nicht etwas, das eine Kontur ergibt, an der man sich günstig orientieren kann. Aus diesem Knorz müssen wir nun herauskommen. Da raus kommen wir nicht, wenn wir nun diesen Budgetantrag auf 3,5 Mio. aufstocken. Ich empfehle, wie der Gemeinderat und die FIREKO, diesen Antrag abzulehnen und dann mit diesem Geschäft im Januar, oder dann, wenn es in den Einwohnerrat kommt, neu zu beginnen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich bin eben gerade ein wenig weggetreten. Das aber auch, weil wir schon fortgeschrittene Zeit haben. Ich frage mich ein wenig, ich glaube, es ist neu Usus, ich kenne das gar nicht, dass man Budgetanträge ändert, die man im November auf diese Sitzung eingibt. Ich werde nun ad hoc in dieser Sitzung darüber informiert, und konnte mir vorher Gedanken darüber machen oder nicht. Zuerst die Frage ans Büro: Darf man überhaupt an der Sitzung Budgetanträge ändern? Ich weiss nicht, weshalb man das tun soll. Rein vom Vorgehen her finde ich es immer schwach, wenn ich schon etwas auf dem PC geschrieben habe, aber ich es vorher nicht zur Kenntnis nehmen konnte. Ich kann und will mich dazu eigentlich gar nicht äussern. Nun kann man das entweder auf Morgen verschieben, dann kann man sich den Budgetantrag bis Morgen noch einmal anschauen. Aber jetzt kann ich dazu gar keine Stellung nehmen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ja, Etienne Winter, ich gebe dir Recht. Im Grundsatz können wir eigentlich nur über Dinge abstimmen, die physisch auch vorhanden sind. Diese Anpassung der Summe wurde noch gar nicht vorgelegt, ist noch gar nicht im Budget drin. Wir würden also über etwas abstimmen, das noch gar nicht im Budget vorgesehen ist. Deshalb müsste eigentlich eine Budgetantrags-Änderung von etwas, das schon eingereicht wurde, schon Hände und Füsse haben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich mache es kurz. Ich stelle den Ordnungsantrag zur Verschiebung dieses Budgetantrags auf Morgen. Ich möchte gerne Zeit haben, um das wirklich werten zu können. D.h. nach hinten verschieben. Ich weiss nicht, wie es gehandhabt wird.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Ich habe Verständnis, dass man nun, wenn Zahlen herumgereicht werden, Details haben möchte. Ich nehme aber gerne noch das Votum der Kommissionspräsident aufzunehmen. Sie hat gesagt, dass die Kommission Kultur & Soziales an diesem Geschäft arbeiten. Es hat doch keinen Wert, dass wir in einer laufenden Geschichte von einem Tag auf den anderen mit etwas rumhampeln, wofür wir dann doch wieder Rückmeldung erhalten, weil wir eben keinen detaillierten Kostenzettel dabei haben. Lassen wir doch dieses Geschäft laufen. Sehen wir ein, dass dieser Budgetantrag auf diese Weise nicht möglich ist. Das Beste wäre, wenn es die SVP übers Herz bringen könnte, ihn zurück zu ziehen, und wir dieses Geschäft anschliessend Schritt für Schritt beraten können, so, wie es aufgegleist ist. Damit man dann den Kommentar abgeben kann und dann sich noch eingeben kann. Dies ist selbstverständlich und ist auch so erwünscht. Den jetzigen Budgetantrag aber bitte zurückziehen! Auch Morgen nicht behandeln.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir das auf Morgen verschieben, können wir die Sitzung gleich abbrechen. Wir können das Budget gar nicht abschliessen. Ich finde das ein wenig nicht nur ungewohnt, sondern für mich etwas ganz Neues, dabei bin ich doch schon ein alter Fuchs. Bitte wir bleiben beim Budgetantrag, wie er gegeben ist. Sonst, wie gesagt, stelle ich dann den Antrag auf Abbruch der Sitzung. Damit ist hier sicher niemandem gedient. Danke schön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Nochmals grundsätzlich zur Arbeit der KKS. Die KKS kann genau gleich weiterarbeiten, es läuft alles genau gleich weiter. Wir haben einfach ein höheres Budget. Wir müssen dann einfach zustimmen oder, je nachdem, ob wir die Sondervorlage haben wollen oder nicht. Einfach dann nicht als Nachtragskredit. Denn, man wird uns dann alles als Nachtragskredit nachziehen. So haben wir schon das ganze, gesamte Projekt mit drin. Danke schön.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ganz kurz. Es ist generell so, dass, wenn man einen Ordnungsantrag stellt, wird eigentlich über den Ordnungsantrag abgestimmt und nicht die allgemeine Diskussion weitergeführt. Ich ziehe ihn aber zurück, weil ich nun der Meinung bin, dass die Mehrheit dafür ist, dass man dem Gemeinderat folgt und es sein lässt, den laufenden Prozess weiterführt. Also der Ordnungsantrag von mir ist zurückgezogen.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich wollte den Antrag stellen, dass wir über dieses Geschäft abstimmen, und zwar so, wie es ursprünglich aufgegleist ist.

**Christian Kellermann**, Präsident: Dann stimmen wir ganz kurz darüber ab. Wer dem Antrag, so wie er eingegeben wurde, zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. [Diskussion im Hintergrund] Also, ich sage es noch einmal kurz. Wir stimmen nun über den bestehenden, den alten Antrag mit Streichung der 132'000 Franken, gegenüber dem geänderten Antrag, der nun während der Sitzung gemacht wurde, von 3,5 Mio. ab.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir haben zuvor gehört, man kann während einer Budgetsitzung nicht einfach einen Budgetantrag ändern. Auch wenn man vorne sitzt und direkt neben dem Teleprompter sitzt und einfach draufhauen kann, geht das auch dann nicht. Deshalb müssen wir nun auch nicht abstimmen, ob wir über den ursprünglichen Antrag abstimmen wollen oder nicht, sondern wir stimmen nun über den ursprünglichen Antrag ab und fertig.

**Christian Kellermann**, Präsident: Also, wir haben kurz mit Ruedi Spinnler Rücksprache genommen. Es ist so, man darf während der Budgetsitzung ein Budgetpostulat abändern, also die Zahlen. Zahlen darf man abändern. Deshalb bin ich der Meinung, müssen wir nun in einem ersten Schritt abstimmen. Da braucht es wiederum ein 2/3-Mehr. Danach kann man über das eigentliche Postulat abstimmen. Also, im ersten Schritt akzeptieren wir, dass es geändert wird, oder wer ist für die geänderte Version, so meine ich es. Dann im zweiten Schritt, ob wir es überweisen oder nicht.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Hört zu! Wenn man es abändern kann, ist es nun abgeändert, dann reden wir von 3 Mio. und nicht, ob wir bewilligen, dass sie es tun dürfen. Jetzt überlegen wir uns einfach, wollen wir die 3,5 Mio. abstimmen, oder gar nicht. Das oder nichts. Und nicht noch eine Variante, wie es vielleicht hätte sein können. Merci.

**Christian Kellermann**, Präsident: Okay. In Rücksprache mit Ruedi Spinnler ist es so. Der Postulant hat es abgeändert. Nun stimmen wir über das Abgeänderte ab. Ich bitte um Konzentration. Wir stimmen ab. Wer der Streichung der Investition Kultur Sport Freizeit Kirche, Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum, von mit abgeänderter Summe 3,5 Mio. zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Budgetpostulat mit 5 Ja, 23 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Vielleicht noch zur Korrektur: Es steht „Erhöhung“ und nicht „Streichung“. Also es war aufgelegt und ihr habt es ja richtig interpretiert.

**Christian Kellermann**, Präsident: Angesichts der Zeit, es ist nun 21.10 Uhr, wir haben mit Morgen auch noch einen Tag reserviert, und wir haben genügend Dinge zum Diskutieren. Ich schlage vor, wir unterbrechen hier und fahren Morgen weiter. Ich wünsche Euch einen schönen Abend, bis Morgen!

**ENDE DER SITZUNG VOM DIENSTAG, 8. DEZEMBER 2020, 21.10 UHR**

\*\*\*

**FORTSETZUNG DER SITZUNG VOM MITTWOCH, 9. DEZEMBER 2020, 18.00 UHR**

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Christian Kellermann**, Präsident: Darf ich bitten, dass alle Platz nehmen würden, damit wir die Sitzung beginnen können. Christoph, Ueli, Andreas Bammatter. Geschätzte Einwohnerrätinnen, geschätzte Einwohnerräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, geschätzte Medienvertreter. Ich begrüsse Sie herzlich zur Fortsetzung der gestrigen Budget- und Einwohner-ratssitzung. Ich hoffe, ihr seid nun alle wieder gestärkt, und wir steigen mit neuer Energie in diesen zweiten Teil ein. Wir haben bei den Entschuldigten nach wie vor Christian Stocker Arnet, Barbara Grange, Rolf und Philippe Adam, Rita Urscheler, Sandro Felice und neu Mehmet Can. Claudia Siegel kommt etwas später. Ich darf Herrn Spinnler zur Präsenz bitten.

Besten Dank. Somit fahren wir weiter mit der ordentlichen Abarbeitung der Traktanden. Wir kamen gestern bis zum Budget Traktandum 7 gekommen. Es wurde ein Rückkommensantrag abgegeben. Dazu möchte ich gerne das Wort Florian Spiegel geben.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe einen Rückkommensantrag zur Budgetposition oder zur Traktandumsposition 2.1.7. Ich möchte Ihnen gerne ausführen, weshalb das so ist, es war jener Antrag, den wir gestern am Schluss behandelt haben. Ich nahm den Input der Gemeindepräsidentin gestern auf, das mache ich immer, wenn sie etwas sagt, und setzte mich heute hinter diese Sache des Antrags von gestern. Ich kam nun nach vier Stunden Abklären mit dem Kanton und anderen Gemeinderäten, die in anderen Gemeinden die Finanzen unter sich haben, zum Schluss, dass ich auf dem richtigen Weg bin. Ich möchte Ihnen sagen, weshalb. Wir hatten gestern den Antrag von Henry Vogt eingegeben mit den 3,5 Mio. Diesen haben wir dann, obwohl Etienne Winter eigentlich ursprünglich zuerst beantragt hatte, dass wir die Diskussion oder das abrechnen, was wahrscheinlich besser gewesen wäre, durchgezogen. Das ist nicht so tragisch. Ich möchte nun einfach erläutern, weshalb wir zurück möchten und Ihnen trotzdem nochmals einen angepassten Vortrag auflegen. Ich wäre froh, Henry, wenn du das Verzeichnis des Investorenkredits auflegen könntest. Genau, nun noch ein bisschen grösser machen. Es reicht, wenn man ganz nach hinten geht. Es ist das Konto 3110.5040.01. Dieses Konto heisst *Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum*. Dann steht Datum Beschluss: 26.4.2017. Wir gaben nun ein, als Tranche Budget 2021 132'500 Franken. Darin steht, dass wir anschliessend einen Restkredit von 582'498 haben. Das ist, was der Gemeinderat eingibt, und zwar im Zusammenhang mit dem Geschäft 4318, nämlich dieser Neukonzeption und Realisierung. Das hat er dort reingenommen. Nun wäre ich froh, Henry, wenn du die Anträge von damals auflegen würdest, denn nun kommt der Knackpunkt. Da ist der Antrag 2 dieses Geschäfts, den wir damals beschlossen haben, dieser lautet: *Für die Neukonzeption und Realisierung des Heimatmuseums Allschwil als Mehrspartenhaus wird ein Investitionskredit im Betrag von 730'000 Franken als Anteil der Gemeinde gemäss Abs. 5 für die Jahre 2017 bis 2019 zu Lasten des Investitionskontos 3110.5040.01 bewilligt*. Dieses Geld sind jetzt die 132'500 Franken, die Sie darin sehen. Und nun - Achtung, das darf man nicht. Das habe ich heute abgeklärt. Das darf man nicht tun. Das war eine Sondervorlage, und zwar aufgrund unserer Gemeindeordnung, die sagt: „Übrige einmalige Ausgaben bis 500'000 Franken müssen eine Sondervorlage sein.“ Es war eine Sondervorlage, man hat dieser zugestimmt, diese Sondervorlage hat einen zeitlichen Horizont 2017 bis 2019, diese Sondervorlage ist nicht umgesetzt. Man darf nicht Budget- und Investitionspositionen, die in einer Sondervorlage nicht umgesetzt wurden, einfach weiterlaufen lassen und im Budget wieder aufnehmen. Ist nicht gestattet. Man hätte sagen müssen, damit ist das Geschäft abgeschlossen, wir konnten dem nicht nachkommen, wir nehmen es mit ins neue Projekt. Aber man hätte dies sauber darlegen müssen und vom Einwohnerrat genehmigen lassen. Der ganze Kredit ist hinfällig und geht zurück. Man darf ihn so nicht stehen lassen. Das war das Erste, was getan wurde und nicht in Ordnung ist.

Das Zweite, was man auch getan hat, und zwar, das sieht man ganz klar und deutlich, diejenigen, die in der Kommission sassen, nämlich die KSB, wenn es mir recht ist, die das Mehrspartenhaus angeschaut haben. Sie hatten eine Auflistung erhalten. In dieser Auflistung waren einmal die 730'000 drin, dann die 265'000 für den Planungskredit plus 3 bis 4 Mio., die man vermutet hat, dass es so viel kosten würde. Die waren alle separat aufgeführt. Bei der Projektion der 265'000 ist das in Ordnung. Aber nicht bei den 720'000. Sowohl das neue wie auch das alte Konzept heisst Neukonzeption Realisierung Heimatmuseum Neusparten. Gemäss Finanzhandbuch des Kantons Basel-Landschaft Kap. 17 ist es nicht erlaubt, nämlich „Einheit der Materie“. Projekte, die so lange, soweit aufeinander liegen, dürfen nicht auseinandergenommen werden. Also man darf nicht 720'000 nehmen und dann in einem anderen Antrag 3 bis 4 Mio. Ist auch nicht gestattet. Wird aber in dieser Vorlage in der Kommission so verkauft. Nun kommen wir zum eigentlichen Punkt. Die Kommission, das wissen wir, das weiss auch der Gemeinderat, die 265'000, die sie für das neue Konzept geplant hat, sind die Projektierungskosten. Man weiss, dass sie im nächsten Jahr kommen werden. Wenn der Gemeinderat weiss, dass die 265'000 kommen, dann müssen sie ins ordentliche Budget aufgenommen werden. Jetzt kann er zwar sagen, es ist eine Sondervorlage, was aber auch nicht ganz richtig ist, weil er nämlich die Projektierung und Projekt trennen kann, was er sogar tun soll. Damit sind wir unter einer halben Million, ist also keine Sondervorlage. Deshalb, weil es keine Sondervorlage ist, gehört es ganz normal in den Voranschlag, nämlich in unser ordentliches Budget. Die 265'000 müssen da rein, selbst wenn es eine Sondervorlage wäre. Das ist nämlich das, worauf Henry beim nächsten Antrag zu reden kommen wird, da sind es 900'000. Selbst wenn es eine Sondervorlage ist, und der Gemeinderat weiss, dass es kommen wird, muss er es ins Budget nehmen, mit der Bemerkung, dass es noch nicht bewilligt ist.

Also, Sie sehen, erstens darf die Budgetposition, die 132'000 nicht drinstehen, weil die Sondervorlage im 2019 abgelaufen ist und man keine Nachfolgeregelung gefunden hat oder der Einwohnerrat nichts bewilligte. Wir dürfen auch heute Abend nicht kommen und sagen, jetzt machen wir es noch. Dieses Geld ist weg. Damit darf man nicht mehr rechnen. Zweitens darf er die beiden Geschäfte nicht finanziell gesplittet behandeln, sprich einmal den alten Kredit nehmen und sagen, den habt ihr ja bewilligt, darüber rechnen wir ab und für das andere bringen wir einen neuen. Er muss das in der neuen Vorlage als Einheitspaket bringen. Und, er muss die 265'000, bei denen er weiss, dass sie kommen werden - das weiss die Kommission, dass sie kommen, das wissen die meisten Einwohnerräte, dass sie kommen werden - die muss er ordentlich ins Budget aufnehmen. Dann ist es richtig, sonst nicht. Deshalb möchten wir gerne auf den Antrag zurückkommen. Nun wäre ich froh, wenn Henry den Budgetantrag, so wie wir ihn ausgearbeitet haben, damit es stimmt, nochmals auflegen würde. Und zwar ist es in diesem Fall, wir sind der Meinung, man kann das Konto belassen. Da kann der Gemeinderat sagen, es kann eine andere Nummer haben, das spielt dann keine Rolle. Aber unser Antrag lautet dann eben eine neue Budgetposition, ist zwar dasselbe Konto, da kann er sagen, ob er eine andere Nummer will oder nicht. Der Titel bleibt „Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum“, Budget 2021, 265'000 Franken. Das ist das Geld, das für die Projektierung eingestellt werden muss. Dann ist weiter: Für das Geschäft Nr. 4318 ist ein Abschlussbericht zu erstellen. Die verbleibenden 714'898 Investitionskredit werden hinfällig. Das ist der richtige Ablauf, wie es hätte budgetiert werden müssen. Dem bin ich heute, das können Sie mir glauben, vier Stunden lang nachgegangen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es so stimmt. Diese Bestätigung habe ich nun mehrfach erhalten. Deshalb bin ich der Meinung, dass es richtig ist. Ich möchte Sie wirklich bitten, stimmen Sie diesem Rückkommensantrag zu, lassen Sie uns über den geänderten Budgetantrag abstimmen. Lassen Sie uns diese Position einsetzen, dann hat das seine Richtigkeit. Es geht uns nicht darum, wie ich schon gehört habe, dass die Leute befürchten, wir wollen das Mehrspartenhaus irgendwie abschliessen. Es geht gar nicht darum. Wir möchten einfach, dass es richtig eingestellt ist. Wir haben es gestern gehört, unsere Aufgabe im Einwohnerrat. Ich nehme meine Aufgabe als Einwohnerrat richtig wahr und zeige auf, dass es falsch ist. Ich bitte darum, dass wir das korrigieren. Ich danke herzlich für die Unterstützung.

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich muss für mich noch schnell eine Frage stellen. Gestern im letzten Geschäft, das ist 2.1.7., da ging es um den Holzersatzpavillon - nein, Entschuldigung, ich habe mich geirrt, da ging es ums Heimatmuseum. Alles gut. Ich würde gerne noch schnell dem Gemeinderat das Wort geben und, damit wir wohl überlegt abstimmen können, noch ein kurzes Time-out. Wer möchte vom Gemeinderat das Wort?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, lieber Florian. Ich meine, du hast Recht. Es ist nicht alles so einfach. Du hast das schnell versucht zu erklären. Ich weiss nicht, ob wirklich alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dem folgen konnten. Ich persönlich, wir klärten das auch noch einmal mit Jesse van Rijswijk ab, der heute leider nicht da ist. Schon aufgrund der Diskussion von gestern, es ist richtig, wenn man würde, aber diese Summe 265'000 muss genannt „als Vorprojekt“ ins Budget aufgenommen werden, nicht so, wie du es geschrieben hast „Neukonzeption und Realisierung“. Nicht dass man meint, nur für diese zwei Vorgehensweisen benötigen wir 265'000, sondern es ist wirklich fürs Vorprojekt. Sie müssen einfach wissen, wenn die 265'000 nun so ins Budget kommen, dann ist es richtig, damit man es budgetmässig erfassen kann. Aber die Rechtsgrundlage für die Ausgabe ist es noch nicht. Das wird es erst mit der Sondervorlage. Wir müssen und wollen auch sowieso noch einmal diesbezüglich mit einer Sondervorlage kommen. Erst wenn diese von Ihnen bewilligt wurde, dann dürfen wir das Geld ausgeben. Ich würde nun versuchen es von dieser ehemaligen Sondervorlage zu trennen. Dort ist, meine ich, das Vorgehen so, dass Florian Recht hat, dass man das Geld gar nicht mehr ausgeben kann, sondern wir auch deshalb mit einer neuen Vorlage an Sie herantreten müssen, damit wir nach dieser neuen Sichtweise vorgehen können, wie wir uns das vorstellen. Also, ich denke, Sie können es so annehmen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Offenbar ist das Zurückkommen stillschweigend bewilligt. Mir ist nicht klar, es wurde gesagt, es fehle immer noch die Rechtsgrundlage, um das Geld auszugeben. Wenn wir nun eine Position von 265'000 Franken einsetzen, weil wir wissen, die kommt, dann ist es technisch schon richtig, dass man es reinnehmen sollte, damit das Budget eigentlich alles, was kommt, abbildet. Aber es ist doch dann automatisch so, dass jene Ausgaben im Budget unter 500'000 bewilligt sind. Können wir das tatsächlich auf diese Weise differenzieren, dass zwar etwas im Budget steht und unter 500'000 ist, aber nicht bewilligt ist? Das ist meine Frage. Danke schön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich nehme an, dass formell noch über das Rückkommensantrag abgestimmt werden muss. Ich äussere mich aber noch inhaltlich dazu. Das, was ich gestern sagte mit Knorz, das ist, denke ich, was aufgelöst werden muss. Ich bin für den Rückkommensantrag. Zweitens: Ich war in der Echogruppe Heimatmuseum. (Ich habe dort ca. 50 Std. für die Gemeinde gratis gearbeitet.) Ich sagte dort bereits, ich zweifle daran, dass dieser 730'000 Franken Kredit noch übers 2019 ausgegeben werden kann, resp. weiterhin zur Verfügung steht. Ich habe dann immer eine Antwort erhalten: Nein, das stimmt nicht, das kann man auch später noch ausgeben, das bleibt. Also wurde mein Gefühl mit diesem Votum von Florian Spiegel nun eigentlich bestätigt. Danke schön.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ja, ich sehe es auch so, ich würde noch schnell über das Rückkommen sauber abstimmen, damit das ordentlich gemacht ist. Beim anderen Punkt, der Matthias Häuptli erwähnte, bin ich auch der Meinung, wir haben eine Gemeindeordnung, darin steht, dass übrige, neue einmalige Ausgaben bis 500'000 eine Sondervorlage benötigen. Sprich, das Projekt an sich schon, aber ich bin der Meinung, wenn wir nun ein Vorprojekt haben und die 265'000 eingestellt, und der Einwohnerrat nimmt das Budget so an, dann hat der Gemeinderat dieses Geld, vom Einwohnerrat so genehmigt, zur Verfügung und kann mit dem Vorprojekt beginnen. Wenn der Gemeinderat trotzdem eine Sondervorlage daraus machen möchte, dann kann er das tun, muss einfach hinten im Budget das Sätzlein, ich glaube, rrb oder rbb schreiben, einfach dass es noch nicht genehmigt ist, wenn er es mit der Sondervorlage verknüpfen will. Das ist es. Ansonsten bin ich auch mit Matthias einig und muss sagen, die Gemeindeverordnung sagt, ab 500'000 und darunter ganz normal in den Voranschlag.

**Christian Kellermann**, Präsident: Gut, ich würde gerne vorschlagen, bevor wir nun abstimmen, dass wir es wirklich in Ruhe innerhalb der Fraktion besprechen können. Ich gebe euch nun drei Minuten, dann kommen wir zur Abstimmung.

TIME OUT

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir würden nun gerne zur Abstimmung zum Rückkommensantrag gelangen. Bitte schön. Der Finanzminister muss noch kontrollieren, ob die Zahlen stimmen. Gebt mir noch schnell die Abstimmungsabklärungen. Wer diesem Rückkommensantrag zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Rückkommensantrag mit 31 Ja und 1 Enthaltung zugestimmt.

Somit legen wir es gleich nochmals auf. Gibt es Bedarf, darüber zu diskutieren, oder soll man gleich zur Abstimmung kommen? - Wir kommen somit gleich zur Abstimmung zum Budgetantrag, Henry Vogt von der SVP-Fraktion, betreffend Konto 3110.5040.01, Kultur Sport Freizeit Kirche, Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum, Geschäft 4512 B.6. Wer dem Vorprojekt Heimatmuseum und Spartenhaus, Budgetsumme von 265'000 zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Budgetantrag mit 31 Ja und 1 Enthaltung zugestimmt.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Du hast zuvor gesagt, eine neue Budgetposition. Was passiert nun mit der alten Budgetposition über 132'500 Franken, werden diese nun ersatzlos gestrichen? Ist das richtig so? Weil du von einer neuen Budgetposition gesprochen hast, oder müsste man sonst darüber auch noch abstimmen und dann streichen?

**Christian Kellermann**, Präsident: Das ist richtig. Nein, es ist so gemeint, dass die Budgetposition 132'500 wäre gestrichen und neu wären nun die 265'000.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Wir können das nicht einfach streichen, das ist eine Sondervorlage. Da muss ein Schlussbericht vorliegen. Wir können dieses Geld sowieso nicht ausgeben, weil die Sondervorlage abgelaufen ist. Das ist eines, welches die FIREKO durchlief. Wir haben die zeitliche Beschränkung auf dieser Sondervorlage nicht beachtet. Das ist ein Versehen. Anhand der Menge gibt



es halt gewisse Dinge, die man nicht sieht. Aber es ist so. Es ist abgelaufen, somit muss es abgeschlossen werden, kann nicht ausgegeben werden, muss nicht gestrichen werden.

**Christian Kellermann**, Präsident: Also, fürs Verständnis: die 132'500, die nun in der Budgetposition sind, werden nicht ausgegeben. Dafür kommen die 265'000 rein, die man dann ausgeben würde.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich würde es so formulieren: Wenn die gestrige Sitzung nicht gewesen wäre, hätte die SVP ein Budgetpostulat eingereicht, die gelautet hätte „Anpassung der Position Investition Kultur Sport Freizeit Kirche: Neukonzeption und Realisierung Heimatmuseum, anstatt 132'500, 265'000. Ist das richtig, Florian?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Dankeschön. Generell richtig. Wir haben es beim Antrag auch geschrieben, das Sätzlein unten: „Für das Geschäft 4318 ist ein Abschlussbericht zu erstellen und der verbliebene Investitionskredit wird hinfällig.“ Es ist richtig. Es ist nicht eine einmalige Streichung, sondern der FIREKO-Präsident hat es gesagt, man kann das Geld gar nicht mehr ausgeben. Der Gemeinderat muss einen Schlussbericht schreiben, weshalb er das Geld nicht ausgeben kann, wegen der zeitlichen Überschreitung. Damit steht es zwar drin, kann aber nicht ausgegeben werden und taucht nachher auch nicht mehr auf.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Also noch einmal wegen dem Streichen: Gestrichen wird nichts. Was passiert, ist, die Tranche vom 2021 geht auf null, das Verbleibende geht auf 132'500 plus 582'000, was immer das gibt, und es muss ein Schlussbericht geschrieben werden über jenes Geld, das ausgegeben wurde und nicht über das Geld, was man noch hat, sondern nur für das Geld, was ausgegeben wurde.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 2.1.8**

Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend

Konto 3422; Ersatz Holzpavillon Planung und Ausführung, Geschäft 4512B.7

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Wie immer hat der FIREKO-Präsident zuerst das Wort.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Es gibt hier wiederum einen Antrag auf Streichung, was wir in der FIREKO nicht einsehen. Denn wir haben hier eine Sondervorlage geplant, die im Register mit nnb eingetragen, sie muss also noch bestimmt werden. Das Projekt ist aufgeteilt in Ausführung und Planung, so, wie wir es hier auch hatten. Die Planung ist auch drin, ist unterhalb des 500'000er-Limits, hat noch 10'000 Franken, die noch in diesem Jahr auszugeben sind. Der Beschluss ist auch nicht von diesem Jahr, sondern der wurde im Jahr 2018 gefasst. Von daher sehen wir mit 6:1 Stimmen den Grund nicht, dies streichen zu müssen.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Der FIREKO-Präsident hat es bereits gesagt. Es sind zwei Positionen, nein es ist nur eine. Also im Budget sind zwei Positionen, einmal 10'000 für das Vorprojekt, das ist wie gesagt, bereits beschlossen, und man sieht es hinten auf derselben Seite wie zuvor, Seite 93. Am 4.12.2018 wurden für das Vorprojekt 100'000 beschlossen, es wäre nun noch eine Tranche von 10'000 im Budget 2021. Wenn wir nun schon mal auf Seite 93 sind, seht ihr gleich unten, Ersatz Holzpavillon Ausführung. Dieser war im Jahr 2019 schon einmal drin. Da steht eben nnb 900'000, und hinten wäre die Tranche von 250'000. Es ist also nicht so, dass, wenn man die 250'000 drin lässt, es eine Rechtsgrundlage wäre zum Ausgeben. Sondern, weil ja der Gesamtkredit 900'000 ist, braucht es zwingend eine Sondervorlage, also sind auch die 250'000, die nun im Budget sind, nur orientierend drin.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Franz, da hätte ich eine Frage dazu: Was wird nun im nächsten Jahr tatsächlich ausgegeben? Was wird im Jahr 2021 ausgegeben? Werden es die 900'000 sein, werden es die 260'000 sein oder werden es lediglich die 10'000 sein?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Die Kompetenz zum Ausgeben haben wir rein nur die 10'000. Wenn wir die 250'000 ausgeben wollen, braucht es vorgängig eine Sondervorlage. Die können wir also nicht ausgeben, bevor Sie hier nicht beschlossen haben, dass wir diese Sondervorlage beschlossen haben.

---

Weil man nicht weiss, was es tatsächlich kosten wird. Das sind alte Zahlen. Sie müssen, was das Ganze kostet. Sie können nicht heute mal so 250'000 ausgeben und danach schauen, was es kostet. Nein, logischerweise geht das nicht. Sie müssen zuerst die Gesamtsicht haben. Erst dann kann man es ausgeben. Wir zeigen aber auf, was wir im nächsten Jahr ungefähr ausgeben wollen, was geplant ist. Deshalb ist dieser Platzhalter drin. Es wird ausgegeben, wenn es der Einwohnerrat beschlossen hat.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Aber darf ich nun nachfragen, diese Sondervorlage, welche die FIREKO in ihrem Bericht erwähnt hat, über 900'000 Franken, die wird anfangs nächstes Jahr kommen und ist bereits geschrieben?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ja, die ist geschrieben, die wird kommen.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Ich gehe mal davon aus, dass es so sein wird: Wenn wir die Sondervorlage beschlossen haben, wird im nächsten Budget auf Seite 93, vielleicht ist es dann auch Seite 94, stehen, das Datum des Beschlusses der Sondervorlage, dann 900'000 Gesamteil, ausgegeben im 2021 250'000, Restkredit ganz am Schluss. Und im Jahr 2022 wird man wohl auch wieder eine Tranche davon beschliessen. Also das wird nachher anders aussehen, denn nun weiss man es ja noch nicht. Deshalb muss man nnb, also noch nicht beschliessen, ins Budget schreiben.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Das ist korrekt.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende ...

**Niklaus Morat**, 1. Vizepräsident: Entschuldigung, nein, zuerst Henry Vogt, Entschuldigung!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich habe nun extra noch einmal nachgefragt, was noch reinkommt. Dementsprechend werde ich es durchziehen. Zuerst habe ich kurz überlegt, es zurück zu ziehen, aber das bringt nichts. Wie ihr gehört habt, dieser Budgetposten von ungefähr 260'000 ist soweit nicht streichbar, das nennt man „informativ mitgeführter Budgetposten“. D.h. dieser wird momentan so nicht benötigt, muss aber aufgrund des Finanzhandbuchs Basel-Landschaft aufgeführt werden. D.h. es zeigt an, dass mit diesem Geld im Jahr 2021 geschehen wird. Wir wissen aber, das hat uns der Gemeinderat auch bestätigt, dass anfangs nächstes Jahr eine Sondervorlage über 900'000 Franken kommen wird. Ist auch im Bericht der FIREKO drin. Die Differenz muss dann im 2021 finanziert werden, wie auch immer. Im Budget 2021 gehören die gesamten, geplanten Ausgaben über 900'000 rein, im Jahr 2021. Und nicht lediglich, eigentlich „ein kosmetischer Teil“ von 260'000. Ich bitte euch, meinen Antrag anzunehmen, zu folgen und der Erhöhung zuzustimmen. Danke schön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe nun ein kleineres Problem. Ich weiss nicht, ob ich zu dumm bin oder ob ich für dumm verkauft werde. Vorher meine ich gehört zu haben, unter 500'000 braucht es keine Sondervorlage. Und nun plötzlich spricht man davon, dass es für 250'000 eine Sondervorlage benötigt. Das scheint mir aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist das, was Henry Vogt sagte, dass ich über diese Salamibeträge nicht besonders erfreut bin. Ich hätte gerne einen Budgetantrag für die 900'000. Wenn das dann nicht ausgegeben werden muss oder will oder soll, dann ist das ja kein Problem.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ja, lieber Ueli Keller, nimm doch bitte schnell das Budget hervor und gehe auf Seite 93. Du hast dort doch an der zweituntersten Position, bevor Gesundheit kommt, kommt Ersatz Holzpavillon Ausführung. Dahinter ist das Datum 3.12.2019, das haben wir letztes Jahr schon gehabt. Dann kommt die nächste Position nnb, steht für noch nicht beschliessen, dann kommen 900'000. Klar? Dann geht's weiter nach hinten bis in die zweitletzte Spalte. Dort kommt Tranche Budget 2021. Von diesen 900'000 ist die Planung - du musst ja wissen, man hat das noch vor den Sommerferien zu Faden geschlagen, und gleich nach den Sommerferien verabschiedet. Dann war der Stand der, dass man 250'000 von den damals geschätzten 900'000 im Jahr 2021 ausgeben könnte. Ich kann Henry Vogt gleich schon sagen, es wird eine Sondervorlage geben, aber 900'000 werden nicht ausreichen. Die Sondervorlage wird aber kommen. Danach können Sie sich hier wieder dazu äussern. Vielleicht, damit es noch einmal klar ist, diese Tranche ist fürs 2021 zu 250'000. Leider ist dort ein Verschreiber drauf, mit 260'000. Das ist einfach die Tranche fürs 2021. Aber Sie machen immer, eben, damit es keine Salomitaktik gibt, das könnte ja nicht sein, das wäre ja ein alter Bauerntrick, den man anwenden würde, Ihnen immer wieder ein Rädchen hinschmeissen, das unter diesen 500'000 liegt. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen könnte das nicht Stand halten. Es ist klar, es muss

immer der Gesamtkredit beschlossen werden. Es wird auch der Gesamtkredit angeschaut. Das werden wir bei einem späteren Budgetpostulat sehen, auch da muss der Gesamtkredit betrachtet werden. Deshalb sind die 500'000 manchmal mit Vorsicht zu geniessen. Nur wenn das Gesamtprojekt übers Gesamte nicht mehr als 500'000 benötigt es keine Sondervorlage.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich versuche nun, noch einmal dasselbe zu sagen aber in anderen Worten. Es steht 260'000, weil wir das Konto 3422 anschauen. 3422 Ausgaben im Jahr 2021 setzt sich zusammen aus 10'000 für ein Projekt, welches wir zuvor schon einmal genehmigt haben. 100'000 haben wir genehmigt. Dummerweise haben wir schon mehr ausgegeben. Wir werden sogar noch mehr ausgeben. Es wird zu einem Fehlbetrag von minus 42'000 führen. Genehmigt sind 100'000. Man geht nicht hin, die Tranchen zu genehmigen. Man genehmigt den Kredit. Der nächste Kredit, der ansteht, ist geplant. Die Grösse, als das Budget erstellt wurde: 900'000. Nun kann man der Verwaltung vorwerfen, jetzt habt ihr doch schon diese Vorlage ausgearbeitet und wisst, es wird ein höherer Betrag. Ja, nun wissen wir es. Zum Zeitpunkt, als wir das alles zusammengestellt haben, floss die Information noch nicht durch die Verwaltung, daher steht hier noch die alte Zahl von 900'000. Wir nehmen das zur Kenntnis. Es ist nicht ein Beschluss. Aber finanztechnisch muss es erfasst werden, damit wir ungefähr wissen, wo das Geld, das möglicherweise ausgegeben wird, liegt. Mit unserem Zur-Kennntnis-Nehmen ist noch nichts geschehen. Nun braucht es, wie Ueli gesagt hat, noch einen Antrag, eine Sondervorlage. Diese muss hier bestimmt werden. Erst dann kann man beginnen, Geld auszugeben. Wenn die Sondervorlage 1,5 Mio. sagt, und wir sagen ja, dann sind es 1,5 Mio., die gesprochen wurden, und dann muss man den Budgetprozess anpassen. Das ist diese Ungenauigkeit, die nun mal ein Budget in sich hat. Man denkt es ist so, und es kommt sowieso anders. Deshalb machen wir danach Rechnungen und vergleichen. Also aufhören von Tranchen reden, wenn wir von Investitionen reden. Wir reden von Gesamtkredit. Dieser wird in einem Päckli gesprochen. Ich hoffe, das hat nun geholfen, damit sich niemand mehr für dumm verkauft fühlt, sondern damit wir alle einen Informativentscheid fällen können. Danke schön.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Mark, du hast nun eigentlich schon ein wenig vorweggenommen, was ich Franz fragen wollte. Nämlich ein wenig genauere Ausführungen. Ich sehe das auch so. Wenn wir richtig verstanden haben, die 250'000, welche das eine Konto betreffen, ist das, wovon man ausgeht, im nächsten Jahr auszugeben. Wir werden es aber nicht überschreiten. Das ist, was wir im Grunde hören wollten. Dass man damit rechnet und nicht überschreitet. Und nicht schon nächstes Jahr mehr von der restlichen Tranche kommt, sonst hätte es angezeigt werden müssen. Das ist das, wovon wir ausgegangen sind. Ich glaube, du hast jetzt deutlicher erläutert. Ich sehe es nun auch so, dass wir es meiner Meinung nach zurückziehen könnten. Das liegt aber nicht bei mir, das liegt beim Antragsteller.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Deshalb habe ich auch zwei, drei Mal nachgefragt, was im Jahr 2021 ausgegeben wird. Wenn das die 250'000 sind, dann kann ich natürlich ganz ruhig den Antrag zurückziehen. Vielen Dank.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich spiele nun nicht gerne Spielverderber, aber es weiss niemand hier, wie viel wir ausgeben werden. Das weiss niemand. Und, das hier ist informativ, das ist nicht beschränkend. Wenn wir also eine Sondervorlage schreiben und 1,5 Mio. sagen, dann geben wir die 1,5 Mio. frei. Es ist egal, in welchem Zeitraum es ausgegeben wird, ausser der Plan sagt genau bis dann und dann wird so und so viel ausgegeben. Wie wir es in der vorigen Vorlage hatten, was sehr selten ist. Normalerweise beschränkt man es nicht zeitlich. Von daher, nein, wir wissen es nicht. Die Sondervorlage wird es zeigen.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir haben nun immer über die Seite 93 gesprochen. Auf Seite 87, detailfunktionale Gliederung, ganz unten, bzw. der zweitunterste Posten, ist ersichtlich, dass nur 250'000 budgetiert sind. Dort steht gar nichts von den 900'000. Im Übrigen, der Gemeinderat gedenkt, uns die 900'000 zu beantragen. Wir können dieses Projekt noch irgendwie abändern, damit es nachher teurer oder billiger wird. Schlussendlich zählt der Beschluss des Einwohnerrats über die Sondervorlage. Dann heisst es da vielleicht nicht mehr 900'000. Ab Seite 92 ist nur der Anhang zum Budget. Danke schön.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ganz kurz. Wir wissen ungefähr in welche Richtung, den Rest haben, glaube ich, alle verstanden. Ich habe zurückgezogen. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Sie haben es gehört. Der Antrag ist zurückgezogen.

---

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.9**

Budgetantrag der Geschäftsprüfungskommission, betreffend  
Jährliches Globalbudget, auswärtige Berater, Sachverständige und Experten,  
Geschäft 4512B.8

---

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich muss rasch weitergeben an den Gemeinderat. Ich bin aus dem Netz gefallen, ich muss mich neu einloggen, Sorry. - Mittlerweile habe ich es geschafft, ich nehme das Wort gleich wieder an mich. - Globalbudget für die GPK. Es ist möglich, dass wir das so machen, nur absolut sinnlos, weil die GPK keine Ausgabenkompetenz hat. Von daher müsste man zuerst das Einwohnerreglement, also das Geschäftsreglement des Einwohnerrats, damit die GPK die notwendige Kompetenz erhält, dieses Geld auszugeben. Somit erachten wir es einstimmig als notwendig, diesen Antrag abzulehnen. Sorry fürs Stottern.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Stimmt alles. Die Begründung des Gemeinderats ist auch absolut richtig. Die GPK wird dieses Verfahrenspostulat in Angriff nehmen, nach der Überprüfung mit der Kommission gleich im Januar nächsten Jahres eingeben. Das eine schliesst das andere nicht aus. Entsprechend können wir auch das Budget als noch nicht bewilligt stehen lassen. Danke schön.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das geht nun hier bei dieser Position nicht. Wenn ihr es stehen lässt, dann bedeutet es letzten Endes einfach keine Wirkung. Denn es gibt keine Berechtigung, um diesen Betrag letzten Endes auszugeben, weil es einfach nicht zulässig ist, und es würde der Gemeindeordnung widersprechen. Deshalb würde ich doch beliebt machen, es zurück zu ziehen und dann den ordentlichen Weg beschreiten, wie es zuvor gesagt wurde, mit dem Verfahrenspostulat. Dann kann man es nachher auch effektiv so aufnehmen.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank, hat sich bereits erledigt. Merci.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Einfach noch einmal dazu, wie gesagt. Man spricht diese 10'000, die gehen ins Budget, niemand hat die Kompetenz, das auszugeben. Der Antrag der GPK geht, bis das Reglement geändert ist, an den Gemeinderat. Der Gemeinderat hat die Kompetenz, bis 35'000 Franken so oder so zu genehmigen. Wir machen etwas, das überhaupt nichts bringt, im Moment. Daher, man kann es machen oder man kann es sein lassen. Es sind nur 10'000 Franken. Man kann also sagen, ist ja eigentlich egal, aber es ist Aufwand, der sich wahrscheinlich nicht rechnet.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wir wollen das nicht unnötig in die Länge ziehen. Wir werden dieses Postulat in Angriff nehmen. Ich ziehe den Budgetantrag zurück. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Wir fahren fort.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.10**

Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 2170.5040.52; Schulhaus Bettenacker, Neubau, Varianzverfahren,  
Geschäft 4512B.9

---

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Wir sind hier in einer sehr ungünstigen Lage. Eigentlich sind wir mit einem Grossprojekt konfrontiert, die Vorlage, die in diesem Teil ist. Also wieder Vorprojekt, Hauptprojekt. Das Vorprojekt 500'000 liegt unterhalb der Grenze, denn die Grenze ist indexiert. Wenn ihr nachrechnet, liegt die Grenze de facto bei 550'000 und etwas. Der Punkt ist, der Gemeinderat hat jederzeit die Kompetenz, trotzdem eine Sondervorlage vorzulegen. Die FIREKO ist der Meinung, dass es eigentlich eine braucht, denn das ganze Ding ist so kompliziert, und wir werden es für den anderen Teil des Projekts so oder so tun. Wir legen also dem Gemeinderat nahe, dass er freiwillig einer Sondervorlage zustimmt, so dass wir den Antrag nicht unbedingt annehmen müssen. Falls er das nicht

---

macht, würden wir empfehlen, den Antrag anzunehmen. Wir brauchen jetzt eine Stellungnahme des Gemeinderats.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich kann es kurz machen. Natürlich gibt es eine Sondervorlage und beim nächsten Budgetposten ebenso. Es tut uns leid, diese Ausführungen sind nicht ganz korrekt. Formal sind sie sogar korrekt, wie Mark Aellen sagt, aber das entging dem Gemeinderat. Es ist klar, das wird eine Sondervorlage geben. Auch beim nächsten Budgetantrag gibt es eine Sondervorlage.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich nehme das mit Genugtuung zur Kenntnis. Ich meine aber trotzdem, dass es nun richtig wäre, damit es auch juristisch entsprechend abgesichert ist, diese Budgetposition zu streichen im Wissen, dass das Budget nicht ganz das wiedergibt, was man eigentlich plant. Das ist in anderen Punkten auch so. Weil gewisse Positionen unterdessen überholt sind. Wir haben zuvor im Zusammenhang mit dem Freizeithaus in dieser Art etwas gehört. Wenn man die 500'000 stehen lässt, hat der Gemeinderat die Kompetenz, sie auszugeben. Wir möchten wirklich, dass gar nichts ausgegeben wird, auch nicht irgendwelche kleinere Projektkosten, bevor nicht wirklich nicht nur eine Sondervorlage vorliegt, sondern eine, welche die Strategie der Gemeinde zur Schulraumplanung enthält. Das müsste eigentlich die Bedingung sein. Das ist, was wir erwarten. Mich überrascht es schon, dass wir dazu vom Gemeinderat bis jetzt nichts Offizielles gehört haben. Es gibt einen Beschluss, ich glaube vom Juni dieses Jahres, aber offiziell wurde nichts kommuniziert. Das empfinde ich als Mangel, das empfindet unsere Fraktion als Mangel. Deshalb möchten wir daran festhalten, dass diese Position hier gestrichen wird.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Matthias. Zwei Sachen. Ich verstehe deinen Unmut ein Stück weit. Ich möchte aber einen anderen Weg aufzeigen. Und zwar, wie du mitbekommen hast, dürft ihr während der Sitzung euren Antrag ändern. Ich würde beliebt machen, anstatt die 500'000 zu streichen, passt ihr euren Antrag an auf Erhöhung der Position auf 600'000 Franken. Passt den an, lässt darüber abstimmen, dann ist es eine Sondervorlage. Er kommt gar nicht rundum. Deinen nächsten Antrag kannst du zurückziehen, dort sind es 600'000. Dort muss er sowieso mit einer Sondervorlage kommen. Und unterstützt Andreas Bärtsch seine dringliche Motion, die genau in diese Richtung geht, nämlich, dass man die Planung zukunftsgerichtet noch in Angriff nimmt. Also pass ihn an auf die 600'000, darüber abstimmen lassen, ziehe den nächsten zurück und unterstütze die Motion. Damit ist alles, was du möchtest, erfüllt. Die Planung können sie machen, aber wir verzögern nichts, und am Schluss haben wir es immer noch in der Hand. Ich würde das als Lösung vorschlagen. Ich glaube, du könntest sogar eine Mehrheit finden.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Diese zwei Anträge, die wir bezüglich Schulraumplanung gestellt haben, sind nicht mehr so dringlich, meine ich. Ich fand den Zustand bis gestern an sich unhaltbar, unhaltbar. Es ist eine Zumutung, in einer Gemeinde politisch aktiv zu werden und zu sein, in der man als Einwohnerrat nicht weiss, was in Sachen Schulraumgeschichte geplant ist, nachdem es dem Vernehmen nach nunmehr eigentlich seit einem halben Jahr bekannt ist. Ich bin froh, ich habe es gestern schon gesagt, dass dieser Antrag, diese Motion eingereicht wurde und durchkam. In diesem Sinne sind diese zwei Anträge im Budget nicht mehr so dringlich. In welcher Form sie nun durchgeführt oder zurückgezogen werden, ist für mich sekundär.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich bin erstaunt, dass wir jetzt schon so weit sind, dass wir ein protokolliertes Wort des Gemeinderats anzweifeln. Er hat gesagt, er macht eine Vorlage. Das heisst für mich, es wird in diesem Budget in nnb geändert. Das Streichen des Betrags ist offensichtliche Handlung gegen das Finanzhandbuch, und das wollen wir auch noch protokollieren und sagen, doch, das wollen wir so, wenn wir es so nicht annehmen. Wenn wir solchen Wildwuchs gegen jegliche, hier herrschende Form machen, habe ich dann eigentlich keinen Grund mehr, hier zu bleiben. Wir haben uns gerade eben zuvor bemüht, etwas wieder in Form zu bringen. Bitte, mindestens den Vorschlag von Herrn Spiegel annehmen, mindestens. Anstatt streichen, heraufsetzen. Danke schön.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dem Präsidenten der FIREKO möchte ich entgegenen, dass die Gemeindeordnung schon noch vor dem Finanzhandbuch Vorrang hat. Ich schliesse mich dem Vorschlag von Florian Spiegel an und möchte den Budgetantrag abändern. Nämlich anstelle Streichung der 500'000, wäre es „Erhöhung auf 600'000 Franken“. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ja, gut, also damit können wir auch leben, das ist klar. Aber wir hätten auch die 500'000 in nnb umgewandelt. Dabei ist klar, das Wort gilt. Vielleicht noch einen kleinen Exkurs: Wir alle kennen das Budget vom Privaten her, da macht man ein Budget und eigentlich macht

man es idealerweise anfangs Jahr, um zu schauen, wie weit man ungefähr kommt. Bei der Gemeinde ist das grundsätzlich auch so, nur hat man hier eine zweite Ebene. Die erste Ebene ist aber auch vorhanden, die vergisst man gerne. Die zweite Ebene, ist klar, gibt der Verwaltung und dem Gemeinderat Kompetenz zum Geldausgeben. Wenn man nun aber einfach 500'000 Franken streichen würde, im Wissen, dass sie ziemlich sicher anfallen werden, wäre der erste Teil des Budgets, das auch bei einer Gemeinde gilt, um zu sehen, wo man ungefähr landen würde, wäre dann verletzt. Von daher, wie Sie entscheiden, ist Ihre Sache. Egal ob man nun 600'000 oder 500'000 nimmt, eine Sondervorlage wird es vorher garantiert geben, von daher ist es nicht relevant.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über den Budgetantrag. Wer der Erhöhung der Position 2170.5040.52 Schulhaus Bettenacker, Neubau, Varianzverfahren, um 100'000 auf neu 600'000 Franken zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dem Budgetantrag mit 26 Ja, 1 Nein und 3 Enthaltungen zugestimmt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.11**

Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 2170.5040.47; SZ Neuallschwil,  
Neubau Planung (Wettbewerb/Varianzverfahren), Geschäft 4512B.10

---

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Wie hinlänglich erklärt, muss eine Sondervorlage eingereicht werden. Deshalb lehnen wir diesen Antrag als FIREKO ab.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir ziehen den Antrag zurück. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Bestens. Fahren wir weiter.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2.1.12**

Budgetantrag der EVP/GLP/Grüne-Fraktion, betreffend  
Konto 3420.5030.XX; Verlegung Pavillon Lindenplatz, Geschäft 4512B.11

---

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Wir haben hier zwei Aspekte. Ich beginne mal mit dem finanzpolitischen Aspekt. Zur Verlegung dieses Häuschens, in der Annahme, dass es nicht einfach unten abgeschnitten, ein paar Meter rüber und wieder hingestellt wird, gehen wir vom Bericht aus. Dieser sagt, es sind in etwa 860'000 Franken. Es braucht eine Sondervorlage. Nichts ist geplant, ist also nicht ganz so trivial, es ins Budget zu nehmen und so auf die Schnelle zu machen. Der zweite Teil ist die gehabte Volksabstimmung, bei der herauskam, dass dieser Platz so nicht umgestaltet wird. Ich finde es persönlich - das ist nun ein FIREKO-Bericht - vermessen, dass man hinget und sagt, wir machen nun einfach einen Teil dieses Projekts, das kommt schon gut. Dazu haben sich auch fünf meiner Kollegen in der Kommission geäußert, dass wir es eigentlich ablehnen sollten.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass dieser Antrag aufgrund des Bruttoprinzips so gar nicht funktionieren würde, weil man den Beitrag des Kantons nicht abziehen darf. Bevor ich nun entscheide, was ich mit diesem Antrag mache, man könnte ja auch noch auf 880'000 erhöhen, hätte ich gerne vom Gemeinderat gewusst, wie er nun eigentlich mit dem bestehenden Kiosk umgehen möchte. Der steht laut Kanton offenbar zu nahe am Trottoir oder am Veloweg. Er hätte auch deswegen im Zuge der Lindenplatzplanung verlegt werden sollen. Der Kiosk als solchen wird, glaube ich, nicht mehr gemietet. Ist damit zu rechnen, dass dann quasi eine Ruine herumsteht, oder wie gedenkt er damit umzugehen? Denn

---

die Konsequenz daraus ist, dass wir schlussendlich weder einen Pavillon mit einst gewünschter Toilettenanlage haben noch das Geld, das der Kanton gesprochen hätte. Danke schön.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Aufgrund der Abstimmung und Ablehnung des Lindenplatzprojekts werden wir uns im Moment hüten, eine Veränderung vorzunehmen. Das führt dazu, dass die brach liegenden Kioskbauten das nächste Mal stehen bleiben. Sie wissen, Sie haben uns den Auftrag erteilt, eine Umfrage über die Ablehnungsgründe des Lindenplatzprojekts zu starten. Nachdem wir die Erkenntnis haben, würde ich oder meine Kollegen würden sie Ihnen gerne vorstellen. Dann wäre, glaube ich, der Zeitpunkt da, um darüber zu reden, ob es doch kleine Veränderungen auf dem Lindenplatz geben sollte. Aber ganz bestimmt nicht mit diesem Postulat. Danke.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Besten Dank für diese Ausführungen des Gemeinderats. Ich glaube der Einwohnerrat hatte eigentlich ein Gesamtprojekt vorgestellt, das zur Abstimmung kam. Nun noch irgendwie versuchen, einzelne Sachen herauszupicken, ist eigentlich wirklich ganz schlecht. Denn wir hier wissen nicht, was tatsächlich ausschlaggebend war. Vielleicht kommt aus der Analyse hervor, dass alle zuversichtlich waren, dass es Sinn machte. Einfach gewisse Dinge herausgeben, nur weil wir noch irgendwelche Subventionen abfischen können, finde ich ganz schlecht. Wir haben gewusst, dass das ganze Projekt subventioniert wird. Das war, glaube ich, auch allen Leuten klar. Trotzdem hat man gesagt, wollen wir nicht. Ich finde, wir sollten wirklich abwarten. Ich möchte doch gleich die Gelegenheit schnell nutzen. Was ist denn der momentane Planungsstand? Wir hier haben gesagt, wir hätten gerne eine fundierte Analyse. Hat der Gemeinderat schon vorwärts gemacht? Ist es bereits ausgeschrieben? Wurde der Auftrag schon jemandem übergeben? Wichtig ist, dass wir die ganze Analyse publizieren, nicht einfach einen Bericht, sondern wirklich das Ganze transparent herausgibt. Dazu würde ich gerne noch schnell wissen, in diesem Umfang, wo stehen wir.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Darauf gebe ich gerne schnell Antwort. Der Gemeinderat ging selbstverständlich sofort an die Arbeit, hat Offerten von zwei Firmen eingeholt. Die eine Firma ist jene, die du genannt hast, Etienne. Die andere ist eine, die im selben Bereich tätig ist. Man hat zuerst angeschaut, ob die das überhaupt machen, dann resultierten diese zwei Firmen. Man hat die Offerten eingeholt, diese sind aber nicht ganz billig, das muss man sich bewusst sein. Diese Position, die wir in eigener Kompetenz zur Verfügung haben, reicht knapp. Es hatten im Gemeinderat nicht alle gleich viel Freude am Geldausgeben, darf ich sagen. Es ist klar, wer nicht so viel Freude hatte. Aber wir haben den Beschluss gefasst, damit wir das noch tun können, weil uns der Einwohnerrat den Auftrag erteilt hatte. Nun geht es darum, dass zusammen mit dieser Firma diese Fragen wirklich gut zusammengestellt werden. Ich hoffe schwer, dass das noch nächste Woche möglich ist, hängt aber von den Terminmöglichkeiten von Christoph Morat ab, wir zwei sind es, die diese Fragen zusammenstellen. - Ah, tiptop, gut. Dann kann es rasch vorwärts gehen, damit wir im Januar starten können.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe beim Lindenplatz-Geschäft eigentlich von Beginn an auf einen Plan B gedrängt, weil ich dieses Entweder-Oder immer befürchtet habe, dass es eine schwierige Situation geben wird. Damit hatte ich aber keine Chance. Man sagte dann einfach, entweder wir machen oder dann halt nichts. So sieht es hoffentlich nicht aus. Ich habe ein anderes Projekt, die Parkraumbewirtschaftung, erlebt, bei dem nach dem Referendum 2015 oder 2016, das weiss ich jetzt nicht mehr genau, nichts mehr passierte. Ich möchte nicht, dass das beim Lindenplatz eine Nachahmung findet. Ich wäre sehr für eine schrittweise Umsetzung. Daher auch unterstütze ich den Antrag, obwohl ich nicht dabei aufgeführt bin. Man sieht Sachen, die gemacht werden müssen, die fällig werden, und es ist kein Problem, nun noch Studienaufträge zu erteilen oder diese auszuwerten oder das, was sie hervorbringen, zu berücksichtigen. Bei diesem Studienauftrag bin ich übrigens grundsätzlich immer noch skeptisch. Wie man das macht, habe ich selbst gelernt. Ich weiss, wo die Grenzen eines solchen Auftrags liegen. Was bei einem solchen Auftrag wirklich fehlt, ist der Prozess mit den Leuten, bei dem man durch Diskussion herausfindet, was zum Schluss denn optimal ist. Bei diesem Studienauftrag kann man einfach fragen, weshalb waren Sie dagegen, wofür wären Sie, aber es gibt keinen Aushandlungsprozess mit den Leuten. Das hätte ich sehr, sehr geschätzt. Ich bedaure, dass es nun einfach dieser Weg genommen hat und kann einfach meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass es trotz allem eine Realisierung in Richtung eines Lindenparks, welcher der Bevölkerung dient, geben wird. Danke schön für die Aufmerksamkeit.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Betreffend diese Motion hat die Gemeindepräsidentin zuvor die Kurve des Kollegialitätsprinzips aber haarscharf genommen. Dazu, lieber Ueli, ich weiss schon, aus welcher Ecke oder aus welcher Überlegung dieser Vorstoss kommt. Man muss

schon sagen, 2015 betreffend Parkraumbewirtschaftung, das stimmt, das wurde an der Urne abgelehnt. Da ging nichts, da hatte man wieder einen Begleitausschuss, hier hat man wieder eine Projektierungsgruppe. Die Gespräche sind durch, man ist an der Arbeit. Soviel ich weiss, müsste das im nächsten Jahr wieder traktandiert sein, damit es im Rat wieder behandelt wird. Man hat es aufgenommen. Wenn du sagst, im Sinn des Lindenparks - mit deiner Aussage greifst du dieser fraktionsübergreifenden Motion bereits vor. Du sagst, der Lindenpark im Sinn vom Lindengrün. Aber ohne Auswertung wissen wir nicht einmal, ob das tatsächlich der ausschlaggebende Punkt war. Was machst du dann, wenn herauskommt, dass 80 % sagten, es habe damit zu tun, weil Parkplätze wegkommen und nur 20 % wegen des Lindengrüns? Deshalb bin ich schon der Meinung, dass man den Grundsatz schon richtig erfassen sollte, dass wir zuerst diese Nachbefragung abwarten, um eine Grundlage, auch eine Prozessanpassung oder eine Prozessstatik zu haben. Schaut man unser Geschäftsreglement an, haben wir eigentlich den festgeschriebenen Grundsatz, dass man bei laufenden Postulaten und Motionen nicht noch einmal nachstösst. Natürlich kann man sagen, es ist ein Budgetantrag und im engeren Sinn daher kein Postulat oder Motion. Wenn wir es aber ein wenig weiter fassen, und so wie wir die Praxis handhaben, bin ich der Meinung, gehen wir schon in die Richtung, warten wir die Motion nicht ab und stossen nach. Deshalb macht unsere Fraktion auch beliebt, die Ausarbeitung, besser gesagt die Rückmeldung des Gemeinderats betreffend die Motion für den Studienauftrag Nachbefragung abzuwarten. Wir möchten einen solchen Antrag nicht unterstützen, dem wir in einem eventuellen Entscheid oder eventuellen Input nachher vorgreifen. Aus diesem Grund kann unsere Fraktion diesen Antrag in dieser Form dieses Mal nicht unterstützen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Situation ist ein wenig verkachelt. Wir sind eigentlich 40 Leute hier, die dafür da sind, das Volk von Allschwil zu vertreten. Wenn man eine Volksabstimmung verloren hat, ja, das ist enttäuschend, nachher aber sagt, nun wissen wir eigentlich überhaupt nichts, und nun verlassen wir uns nur noch darauf, dass irgendeine Umfrage uns sagen wird, was eigentlich sein sollte, empfinde ich ein wenig als Armutszeugnis. Ich meine, irgendetwas wird man in den nächsten Jahren beim Lindenplatz machen müssen. Es gibt auch verschiedene Elemente, es gibt ein Element der Grünanlagen, es gibt ein Element dieses Kiosks, es wird irgendwann wahrscheinlich auch Strassensanierungen, Leitungsbauten, was weiss ich noch, geben, und im Tiefbau irgendwas geschehen. Es ist nicht so, dass es zwingend ein Gesamtprojekt sein muss, welches man als Gesamtprojekt gut finden oder verwerfen kann, falls etwas von Statten gehen sollte. In diesem Sinn war dieses Budgetpostulat gedacht, damit man Elemente herausnehmen könnte. Wobei es nun halt noch im Zusammenhang mit der Verlegung Baslerstrasse und dem Kantonsbeitrag den zeitlichen Aspekt gibt, was eigentlich in der ganzen Diskussion nie bestritten war, nie umstritten war. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Diskussion noch nicht reif ist und ziehe den Antrag zurück. Danke schön.

**Niklaus Morat**, 1. Vizepräsident: Nur ganz kurz zu ihrem Votum, Herr Häuptli. Wenn alle hier anwesend sind, sind es nicht 40, sondern 47 Volksvertreterinnen und -vertreter. Danke schön.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2.1.13**

Budgetantrag von Henry Vogt, SVP-Fraktion, betreffend  
Ausführung der Insel Fabrikstrasse, Geschäft 4512B.12

---

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Das ist weniger ein finanzpolitischer Entscheid. Wir haben hier im Rat entschieden, dass wir eine Insel möchten, es ist eine Kantonsstrasse, wir können dieses Geld sprechen. Was passieren wird, weiss niemand hier, denn am Schluss ist es der Kanton, der entscheidet. Wir waren mit 4:1 dafür, es zu überweisen.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Seit 2016 sind wir an diesem Thema dran, seit 2016. Unterdessen hat der Einwohnerrat, wie wir auch von der FIREKO gehört haben, dem Bau dieser Insel, gemäss Kommissionsbericht der KBU Variante 3 minimal, Geschäft 4313 F, über den Betrag von 163'000 Franken, zugestimmt. Das sind die Fakten. Das war im letzten Jahr. Der Gemeinderat erhielt damals den Auftrag, zum Kanton zu gehen, sich für die Querung für unsere Allschwiler Schülerinnen und Schüler einzusetzen und in die Wege zu leiten. Der Einwohnerrat wird immer wieder mit der Begründung abgewimmelt, der Kanton wolle nicht, der Zeithorizont für eine Einigung wäre unabsehbar, der Kanton sträube sich, der Kanton höre nicht zu, und Kosten, Kosten,

---



Kosten. Wir reden nun hier seit unserer Entscheid zwölf Monate später. Ich hatte letzte Woche drei Stunden und ein nettes Gespräch mit dem Kanton. Folgendes ist dabei herausgekommen: Gemäss Leiter der Verkehrsabteilung, Herrn Violetti, sei es folgendermassen: Er findet es immer grossartig, wenn sich eine Gemeinde um mehr Sicherheit kümmert, vor allem wenn es dabei um Schülerinnen und Schüler geht. Wenn es verkehrstechnisch funktionieren würde, d.h. wenn die Autos hin und her fahren können, habe die Verkehrsabteilung des Kantons keine Einwände. Schlussendlich aber entscheidet der Leiter der Kantonsstrassen, Reto Wagner, über die baulichen Massnahmen. Auch mit Herrn Wagner habe ich gesprochen. Er habe seit längerem nichts mehr über dieses Projekt gehört. Für ihn war es abgeschlossen. Auch er begrüsst das Engagement der Gemeinde, wenn es um Sicherheit geht. Auch er sagt, wenn es verkehrstechnisch funktioniere, spräche eigentlich nichts dagegen. Ganz frech sagt er dazu noch, dass auch eine Kostenbeteiligung von Seiten des Kantons für so etwas nicht ausgeschlossen sei. Die Gemeinde müsse halt dem Kanton einen Vorschlag für die bauliche Massnahme unterbreiten, das sei der einzig richtige Weg. Dies sei, von ihm aus gesehen, ganz einfach nicht geschehen. Interessant ist nun, dass wir unterschiedliche Aussagen zwischen Gemeinderat und Kanton. Ich habe in Liestal angerufen. Ich weiss nicht, vielleicht landete der Gemeinderat beim falschen Kanton, der dann nein gesagt hat? Vielleicht. Ich bitte jedenfalls den Gemeinderat, dass er nun nach bald fünf Jahren die Hinteren nach vorne nimmt und den Vorschlag schnellstmöglich beim Kanton, bei den richtigen Personen, unterbreitet. Ich bitte euch somit, diesen Budgetantrag anzunehmen. Danke schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte, im Speziellen geschätzter Henry Vogt. Ich bin froh, dass es dich gibt und du die ganze Arbeit machst. Danke schön. Ich nehme dich gerne mit, mit ins Boot, damit du mir zeigst, wem ich schreiben muss, wen ich anrufen muss, bei wem ich was machen muss. Scheinbar hast du definitiv mehr Erfolg als wir. Oder man gibt dir einfach eine andere Antwort als man uns gibt. Dass nichts geschehen ist, ist folglich nicht richtig, denn sonst hätten wir auch nicht die vorhandenen Antworten und könnten euch nichts dazu sagen. Wenn das, was Herr Violetti und Herr Wagner sagt, so different ist, muss man wahrscheinlich der Sache nachgehen, was alles aufgrund dieser Aussagen an Substanz und Machbarkeit schliesslich übrigbleibt. Fakt ist, gerne so wie wir beschlossen haben, beantragen wir natürlich, dass der Budgetantrag abgelehnt wird. Unsere Zeichen, die wir vom Kanton bisher hatten, sind klar, wie es Henry Vogt bereits gesagt hat, es ist weder verhältnismässig noch ist es dem Widerstand des Kantons gerechnet. Der Kanton hat immer signalisiert, dass er nicht bereit ist, es zu tun. Von einer Kostenbeteiligung war nicht die Rede. Im Gegenteil, bis jetzt hiess es immer, das müsst ihr alles selbst finanzieren. Noch einmal, damit es klar ausgesprochen ist, die jetzt so vorhandene Querung entspricht eigentlich den heute gültigen VSS-Normen. Wir haben bereits Massnahmen getroffen, damit sie diesen entsprechen. Wir wurden auch durch Etienne Winter entsprechend aufgeklärt, wie genau diese Normen aussehen. Dementsprechend haben wir es auch so angenommen. Das ist die Antwort des Gemeinderats, und er beantragt Ihnen deshalb die Ablehnung des Budgetpostulats.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Einwohnerrat überwies eine Motion, und zwar mit einem ziemlich deutlichen Inhalt. Ich habe nur eine Frage, die der Gemeinderat gerne auch mit Ja oder Nein beantworten darf. Hat der Gemeinderat das Projekt ausgearbeitet dem Kanton vorgelegt? Ja oder Nein?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ja, merci vielmals. Diese Frage erwischt uns auf dem falschen Fuss. Das kann ich so nicht genau sagen, was genau wir gemacht oder nicht gemacht haben. Das müsste ich nun zuerst nachschauen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Nicht als FIREKO-Präsident, sondern als normaler Einwohnerrat bin ich doch etwas überrascht, dass der Gemeinderat meint, er müsse ablehnen, dieses Budgetpostulat anzunehmen, mit der Begründung, es gäbe Widerstand. Wir haben nun dargelegt, der Einwohnerrat möchte, dass es vorgetragen wird. Es ist uns klar, das ist zusätzliche Arbeit, dafür haben wir nun auch das Geld gesprochen. Denn, wir haben das Statement bereits erhalten, wenn wir das Geld nicht haben, müssen wir gar nicht gehen. Wenn wir das nun genehmigen, habt ihr das Geld. Also habt ihr eigentlich keinen Grund zu sagen, nein, macht es nicht. Ich verstehe die Haltung des Gemeinderats absolut nicht. Es ist nicht folgerichtig. Danke schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Vielleicht noch als Ergänzung zum vorher Gesagten, ich weiss es nicht mehr. Es war ursprünglich eine Sache, die in Sachen Sicherheit bei mir auf dem Tisch ist. So bald es ein Bauprojekt ist, geht es Richtung Strassenbau und landet dort beim Bau, und ist nicht mehr unter meiner Federführung. Deshalb musste ich vorher Florian Spiegel sagen, ich weiss es nicht, ich

müsste nachschauen. Aber ich werde bei der entsprechenden Stelle nachfragen, dann kann ich eine Antwort geben.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Kommen wir zur Abstimmung dieses Budgetantrags. Wer der Ausführung der Insel Fabrikstrasse mit dem Betrag von 164'000 Franken zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesen Budgetantrag mit 22 Ja, 10 Nein und 0 Enthaltungen überwiesen.

## **Traktandum 2.2 DETAILBERATUNG**

### **Traktandum 2.2.1 Budget 2021**

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Die 2. Vizepräsidentin führt abschnittsweise durch den Bericht des Budgets nach Kapitel. Der 1. Vizepräsident stellt die Wortmeldungen fest.

#### **BUDGET ERFOLGSRECHNUNG**

##### 0 Allgemeine Verwaltung, Seite 41 - 43

keine Wortmeldung

##### 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Seite 44 - 49

keine Wortmeldung

##### 2. Bildung, Seite 49 - 56

keine Wortmeldung

##### 3. Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, Seite 56 - 60

keine Wortmeldung

##### 4. Gesundheit, Seite 61 - 63

keine Wortmeldung

##### 5. Soziale Sicherheit, Seite 63 - 67

keine Wortmeldung

##### 6. Verkehr, Seite 68 - 69

keine Wortmeldung

7. Umweltschutz und Raumordnung, Seite 70 - 76

keine Wortmeldung

8. Volkswirtschaft, Seite 77 - 78

keine Wortmeldung

9. Finanzen und Steuern, Seite 79 - 81

keine Wortmeldung

**BUDGET INVESTITIONSRECHNUNG**

0 Allgemeine Verwaltung, Seite 84

keine Wortmeldung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Seite 85

keine Wortmeldung

2. Bildung, Seite 86

keine Wortmeldung

3. Kultur, Sport, Freizeit, Kirche, Seite 87

keine Wortmeldung

4. Gesundheit, Seite 88

keine Wortmeldung

6. Verkehr, Seite 89

keine Wortmeldung

7. Umweltschutz und Raumordnung, Seite 90 - 91

keine Wortmeldung

**Christian Kellermann**, Präsident: Somit ist die Beratung über das Geschäft 4512 A/B/C abgeschlossen. Das Schlusswort darf wie immer Mark Aellen, Präsident FIREKO, und Franz Vogt, Gemeinderat, halten, wenn das gewünscht ist.

**Mark Aellen**, FIREKO-Präsident: Ich verzichte dankend.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident. Ich danke dem Einwohnerrat für das Vertrauen, und wir haben es natürlich alle gehört, eine Verzichtsplanung sei eben ein wichtiger Punkt. Also ja, die Kosten werden wir immer beobachten müssen, das bleibt ein Dauerauftrag. Danke schön.

**Traktandum 2.2.2**  
**Festsetzung des Steuerfusses für natürliche Personen und**  
**Steuersätze für juristische Personen für das Jahr 2021**

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats, Geschäft 4512, gemäss Bericht, Seite 13.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat wie folgt zu beschliessen:

1. Das Budget 2021 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

Wer dem zustimmen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben das Budget einstimmig genehmigt.

2. Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58,0 % der Staatssteuer festgelegt.

Wer dem zustimmen möchte, bezeugt es mit Karte.

://:

Auch diesen Antrag haben Sie einstimmig angenommen.

3. Die Steuersätze für die juristischen Personen werden unverändert wie folgt festgelegt:

- a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften  
Ertrag 5,00 %  
Kapital 0,55 ‰
- b) Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen  
Ertrag 5,00 %  
Kapital 0,55 ‰

Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dem grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung zugestimmt.

Schlussabstimmung, das Budgets als Ganzes. Wer das bezeugen möchte, zeigt es mit Erheben der Karte.

://:

Sie haben dieses Geschäft als Ganzes einstimmig abgeschlossen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Damit wären wir mit diesem grossen Traktandum fertig. Ich würde vorschlagen, bevor wir weiterfahren, machen wir eine 15-minütige Pause. Wir fahren weiter um 19.55 Uhr.

PAUSE

**Christian Kellermann**, Präsident: Darf ich bitten, dass Sie wieder Platz nehmen. Es bietet sich dann am Schluss unserer Sitzung sicher auch noch Gelegenheit, die Gespräche zu Ende zu führen.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 16.9.2020, zum Postulat der CVP-Fraktion, vom 18.9.2018, betreffend Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4411 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person. Wem von der Fraktion darf ich das Wort geben?

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der CVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für diesen Bericht. Der noch viel grössere Dank gilt für die Realisierung der Ladestationen für Autos, vor allem der Ladestationen für E-Bikes, die in der Wegmatten realisiert werden. Aus unserer Sicht eine Top-Arbeit. Danke vielmals.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Bea, Danke vielmals für deine Worte. Wie gesagt, es liegt ein kurzer Bericht vor. Es wurde bereits ausgeführt, was wir gemacht haben und was wir machen werden. Wahrscheinlich wird sich dieses Thema noch viel stärker entwickeln, als wir alle bisher wissen. In der Beantwortung konnten wir wiedergeben, was vorhanden ist, auf jeden Fall wird es uns sicher nicht loslassen, das ist klar. Ich denke aber, ein erster Schritt ist getan und bitte euch daher, dieses Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank, somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Bei uns ist der Spezialist für diese Frage Sandro Felice. Sein Sohn ist in Quarantäne, d.h. der Vater muss auch in Quarantäne sein. Er hat dem Gemeinderat eine Stellungnahme dazu geschickt und eine Frage gestellt. Ich hätte es gut gefunden, wenn man sich nun in dieser Corona-Zeit auch auf diesem Weg im Einwohnerrat beteiligen könnte. Ich lese nun seine Stellungnahme vor: „*Dass es in Allschwil nun auch öffentliche, schnelle Ladestationen für Elektroautos gibt, und dann auch bald an mehreren Standorten, freut mich sehr, auch wenn Elektroautos nicht alle Verkehrsprobleme lösen können. Auch dass die Gemeinde Lademöglichkeiten für E-Bikes schafft, finde ich eine gute Idee. Ich habe die E-Bike-Ladestation im Wegmattenpark bereits gesehen. Es handelt sich dabei um normale Steckdosen. Aus mehreren Gründen gehe ich davon aus, dass dort mehr Handys als Velos geladen werden. Was zwar nicht grundsätzlich schlimm wäre. Aber aus folgenden Gründen ist dies aus meiner Sicht nicht eine wirkliche Ladestation für E-Bikes: Die meisten E-Bikefahrer haben das Ladegerät nicht dabei, vor allem aus Platz- und Gewichtsgründen. Zudem überrascht einen allenfalls unvorbereitet ein tiefer Akku. Die meisten Ladegeräte sind nicht wasserdicht, so dass sie nicht im Regen gelassen werden können, und damit sind ungedeckte Veloabstellplätze dafür nicht geeignet. Die Ladegeräte können während des Ladens gestohlen werden. Wenn man sich nicht in der Nähe aufhält oder das Gerät zusätzlich abschliesst, was nicht einfach ist. Mir wurde bereits ein Ladegerät im Wert von 300 Franken aus der Tiefgarage gestohlen. Ähnlich der Ladestationen für Autos, gibt es auch ähnliche Geräte für E-Bikes, die praktisch alle E-Biketypen laden können. An den Veloabstellplätzen von meinem Arbeitgeber, Elektra Baselland, haben wir seit ein paar Jahren folgendes Produkt installiert:*“ Hier gibt Sandro verschiedene Produkte an und schliesst: „*Ich erhalte weder eine Provision noch bin ich an der Firma beteiligt. Es würde mich aber trotzdem freuen, wenn Allschwil das System oder ein vergleichbares - ich kenne keines - einsetzen würde. Wie viel eine solche Station schlussendlich genutzt wird, hängt vom Standort ab und von der Bekanntheit. Wenn der Stromanschluss bereits vorhanden ist, ist die Zusatzinvestition nicht riesig. Was meint der Gemeinderat dazu?*“

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich möchte zu dieser Beantwortung eigentlich nur fragen, weshalb es zwei Jahre benötigt hat, wenn doch ein Postulat eigentlich innerhalb von einem Jahr beantwortet werden sollte. Denn so wahnsinnig schwierig scheint mir diese Antwort nicht zu sein.

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Hat Herr Hofmann diese Frage von Mark Aellen mitbekommen?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Nein, hat er nicht.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich darf repetieren. Die Antwort scheint mir nicht so schwierig zu sein, dass man zwei Jahre braucht, um sie zu formulieren. Normalerweise sollte man Postulate innerhalb von 12 Monaten beantworten.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich nehme sie entgegen, auch wenn es keine Frage ist. - Mark Aellen, Entschuldigung für dieses Intermezzo. Ich habe mich auf Ueli Keller konzentriert und dieses Mail gelesen, das er vorgelesen hat. Das war mir zugänglich. Was meint der Gemeinderat dazu? Es ist explizit ich, der angeschrieben wurde, ich habe schlussendlich zur Antwort gegeben - einfach damit der Rat das auch noch hört: Schreibt doch ein Postulat. Reicht uns ein Postulat ein, wenn es euch wichtig ist, dass man es genauso macht. Aus dem Stegreif kann ich es als einzelner so oder so nicht sagen, sondern es braucht eine sinnvolle, vorhandene Abklärung. Dafür haben wir sicher bessere Profis als ich. Ich vertrete es dann einfach. Dann kann der Rat darüber befinden, ob der Gemeinderat es machen soll oder nicht. Das ist der Weg, den ich vorgeschlagen habe. Nun ist der Ball wieder zurück bei Sandro Felice, in seiner Vertretung bei Ueli Keller, der das Ganze bitte aufnehmen kann.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4411 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 4, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat, Geschäft 4411 wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben den Antrag einstimmig angenommen.

Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte soll es mit Karte bezeugen.

://:

Somit ist das Geschäft einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Zwischenbericht des Gemeinderates vom 11.11.2020, zum Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.6.2018, betreffend Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4400 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Wenn das nicht der Fall ist, gebe ich gerne das Wort an Etienne Winter.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Besten Dank. Ich möchte doch gerne dem Gemeinderat die Chance geben, seinen Zwischenbericht vorzustellen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Bei diesem Zwischenbericht, den ich Ihnen vorlege, sehen Sie, wir haben mit der Arbeit begonnen. Wir sind mit den grundsätzlichen Arbeiten nun bereits dabei, diese Spielplatzstrategie aufzugleisen. Lassen Sie mich aber kurz erklären, wieso wir in dieser Startphase die breite Bevölkerung noch nicht

partizipieren lassen. Im allerersten Schritt geht es nämlich um die grundlegenden Datenerfassungen, es geht auch darum, die groben Ziele festzulegen und die Plätze, an denen Handlungsbedarf besteht, überhaupt zu definieren. Erst dann, nach diesen Grundlagenarbeiten, möchten wir den Fächer öffnen, werden wir ins Detail gehen und fragen, wo die Bedürfnisse liegen und wie die Bevölkerung einbezogen werden kann. Aber im jetzigen Anfangsstadium, das wird das erste Quartal 2021 sein, würden wir das noch unter absolutem Ausschluss der Öffentlichkeit machen. Dann aber, das kann ich Ihnen versichern, spätestens wenn es darum geht, das Pilotprojekt zu definieren, wird man sagen können, wie man die partizipativen Prozesse miteinbezieht. Dann, wie gesagt, werden wir eben wissen wollen, welche Bedürfnisse bei den Spielplätzen an den verschiedenen Orten gewünscht werden könnten. So viel zum heutigen Stand.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Robi. Zuerst mal möchte ich diesen Zwischenbericht verdanken. Es ist wohlwollend zu hören, dass nun auch tatsächlich Zwischenberichte erfolgen, wenn man die Zeit nicht einhalten kann. Schnell zum Kontext: Andi und ich haben bezüglich Umsetzung des Freiraumkonzepts damals eigentlich drei Postulate eingegeben. Das Freiraumkonzept wurde 2013 durch den Einwohnerrat abgesegnet, kostet über 300'000 Franken und ist sehr partizipativ mit der ganzen Bevölkerung erarbeitet. Es hatte eine einzige Massnahme zum Umsetzen drin, was wirklich als nächstes anstehen muss, das ist eine Spielplatzstrategie. Es ist mittlerweile 2020, sieben Jahre später. Wir haben 100'000 Franken ausgegeben und dies bisher noch nicht in Angriff genommen. Nein, aufgrund dieser Beurteilung, wie die Situation, die Spielplätze vorzufinden sind, sollte man nun eigentlich Massnahmen ergreifen. Ich höre nun, man beginnt wieder mit den Grundlagen, man beginnt wieder mit partizipativen Prozessen und versucht, von Grund auf neu an die ganze Sache heran zu treten. Das Freiraumkonzept war nicht ein Pilot im Sinn von wo kann man ein Pilot machen, sondern man hat über das ganze Gemeindegebiet geschaut, wo wir Defizite haben, wo nicht. D.h. die Grundlage ist vorhanden und nun müsste man eigentlich. Das war der Auftrag. Ihr redet wieder von einem Spielplatzkonzept, nun steht da Strategie. Das war auch der Grund, weshalb der Einwohnerrat sagte, wir bringen dieses Postulat an den Gemeinderat. Denn unser Ziel ist nicht, wieder ein Konzept des Konzepts zu haben, sondern dass man tatsächlich Massnahmen sieht, auf welchem Spielplatz muss was effektiv getan und bis wann umgesetzt werden. Nun muss ich feststellen, wir machen ein nächstes Konzept, weil das andere wieder sieben Jahre her ist. Wann beginnen wir denn nun tatsächlich? Wir haben gewisse Dinge, das konnten wir auch durch andere Vorstösse haben. Bettenacker konnten wir durch Druck realisieren. Wir konnten auch auf der Wegmatten etwas Grossartiges errichten. Aber wir hinken immer, immer hintennach. Das war eigentlich der Grund, weshalb der Einwohnerrat sagte, nicht wieder das Konzept des Konzepts. Es steht „Strategie“ geschrieben. Bitte macht vorwärts. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat es wieder aufnimmt. Ich glaube aber, was schlussendlich wichtig ist, ist dass wir im Einwohnerrat wissen, auf welchem Platz wird was getan werden. Ich möchte da noch einmal den Finger draufhalten. Ich lese hier auch, ja, wir schauen, wo man sanieren muss. Das Freiraumkonzept ist kein Sanierungskonzept, sondern ein Aufwertungskonzept. Das Ziel ist nicht Spielplätze zu sanieren, d.h. wieder auf denselben Stand zu bringen, also den Wert zu erhalten, sondern sie aufzuwerten. Da sind wir auch nicht ganz auf derselben Höhe. Das Ziel ist ihre Aufwertung, wo können wir punktuell mit einem Budget Dinge aufwerten, und nicht wieder dasselbe ausführen. Wir haben gewisse Spielplätze, die in relativ gutem Zustand sind. Wir haben gewisse Spielplätze, die nicht mehr existieren - der alte Tulpenweg ist nun ein Betonplatz, früher war ich dort noch Rumrutschen. Ich nehme es nun so zur Kenntnis, aber bitte fokussiert auch, was der Wunsch des Einwohnerrats war, die Umsetzungsplanung voran zu treiben. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Herzlichen Dank, die allgemeine Beratung ist eröffnet.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich töne nun vielleicht wie eine gebrochene Schallplatte, dieses Mal formuliere ich es aber als Frage. Dieses Postulat wurde im Oktober 2019 überwiesen. Im März 20 wurde ein klarer Entscheid getroffen. Das Resultat liegt nicht innerhalb der zwölf Monate vor. Trotzdem wartet man noch einmal sechs Monate, um dann nach dreizehn Monaten nach der Verabschiedung einen Bericht vorzulegen. Weshalb werden die Zeiten so krass missachtet? Man hat das Gefühl, der Gemeinderat arbeitet nach seinem Zeitplan, und unsere Wünsche, unsere Vorstösse werden gegebenenfalls eingebaut. Das war nun frech gesagt, aber irgendwie entsteht diese Optik. Es wäre schön, wenn man das etwas anpassen könnte, wenn es doch schon voraussehbar ist, müsste es doch nicht auf den letzten Drücker kommen. Danke schön.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Diese Antwort kann ich kurz und knapp geben. Es ist so, dass der Gemeinderat es bereits im Budget 21 vorgesehen hat.

Deshalb stand es völlig ausser Diskussion schon im letzten Jahr, also es in diesem Jahr zu beginnen, obwohl wir wussten, dass dieses Postulat natürlich überfällig ist. Wir müssen aber unsere Ressourcen einteilen, deswegen haben wir geplant, es im Jahr 2021 umzusetzen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es tut mir leid, das war nicht die Frage, ihr dürft es umsetzen, wann ihr wollt. Es geht darum, dass ihr ein halbes Jahr gebraucht habt, einen Entscheid zu fällen. Nach diesem Entscheid wusstet ihr bereits, dass es erst im 2021 kommen wird. Habt ihr einen Zwischenbericht erstellt? Nein, wir warten noch ein bisschen, wir haben ja noch sechs Monate Zeit. Das ist der Punkt. Es geht nicht darum, wie ihr plant, es auszuführen, sondern es geht darum, ob wir innerhalb den, in unserer Ordnung von uns vorgegebenen Zeiten unterrichtet werden. Ihr verletzt sie. Das ist heute Abend die zweite Verletzung.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werde Damen und Herren. Ich habe Sie bereits im März 2020 darüber unterrichtet, dass wir in diesem Jahr eigentlich noch nicht starten. Wir starten im 21, wenn es geplant ist. Das habe ich da schon gesagt. Das ist einfach der mündliche Zwischenbericht. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob er zusätzlich abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4400/A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 5, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Zwischenbericht zum Geschäft 4400 wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung. Wer den Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll das mit Karte bezeugen.

://:

Auch das haben Sie einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2020, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 19.11.2018, betreffend Lärmschutzprojekt LSP  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4425 / B

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Besten Dank Herr Präsident. Ich gebe hier auch wiederum dem Gemeinderat die Gelegenheit, zuerst seinen Bericht vorzustellen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, Danke schön, Etienne, dann machen wir das so. Ihnen liegt der Bericht B zum Geschäft 4425 vor, das Postulat damals eingereicht von Etienne Winter. Das Geschäft war schon einmal am 12. August an der Reihe, wurde hier im Rat beraten. Das ist Ihnen sicher nicht neu. Das Geschäft wurde nicht abgeschrieben, sondern mit der Auflage stehen gelassen, dass für jede Massnahme aufgezeigt werden soll, wie deren Wirkung ist. In der Zwischenzeit hat im Oktober noch ein Treffen zwischen dem Gemeinderat und den Vertretern der einzelnen Fraktionen stattgefunden. Der vorliegende Bericht wurde wie gewünscht ergänzt. Explizit verweise ich auf die jeweiligen Tabellen auf den Seiten 8 und 9. Gerne möchte ich Ihnen aufzeigen, wie sich der Prozess weiter vollziehen könnte, wenn das Postulat abgeschrieben



wird, so dass wir vorwärts machen können. Das ist, glaube ich, eine wichtige und essenzielle Sache. Es verläuft folgendermassen: Der Gemeinderat wird beim BUD eine Verfügung für dieses Lärmschutzprojekt Spitzwald und Parkallee beantragen. Dann erhalten die Grundeigentümer die Verfügung des Kantons mit Rechtsmittelbelehrung, womit sie sich entsprechend auch dagegen wehren können. Wichtig ist, damit entschieden werden kann, welche Massnahme umgesetzt werden kann, muss eben diese Verfügung erlassen werden. Es kann dabei aber auch sein, dass das BUD eine andere Lärmsanierungsmassnahme verfügt, als der Gemeinderat vorgesehen hat. Sollte es deshalb so herauskommen, dass das BUD also trotzdem die Lärmsanierungsmassnahme Tempo 30 verfügen würde, so braucht sie in jedem Fall, in jedem Fall, ein zusätzliches, neues verkehrstechnisches Gutachten. Erst wenn dieses erstellt ist, wenn das klar die Aussage macht, dass eine Tempo-beschränkung unter Beachtung der verkehrstechnischen Aspekte - nicht nur der lärmtechnischen Aspekte, auch der verkehrstechnischen Aspekte - zulässig ist, könnte erst dann überhaupt mit der Massnahme Tempo 30 weitergefahren werden. Wie auch immer. Schnell geschieht auf diesem vorgeschriebenen Weg gar nichts. Ich wollte das einfach in aller Deutlichkeit sagen, ohne die einzelnen Massnahmen schon werten zu wollen. Grundsätzlich ist es so, der Gemeinderat hat bis dato immer den Antrag vertreten, dass er den Belag 8-12 einbauen soll. Dies wurde auch bei diesem Treffen mit den Präsidien der Fraktionen so beraten und bestimmt. Trotzdem steht es dem Gemeinderat immer noch frei zu entscheiden, ob der hochwirksame, aber deutlich weniger langlebige Belag 4-12 eingebaut werden soll. Damit würden wir auf jeden Fall mal zehn Jahre gewinnen, bis der Ersatz des Belags anstünde. Gut möglich, dass sich in dieser Zeit das Rad der technischen Verbesserung schneller dreht als wir heute annehmen können. Vielleicht spielt dies dann auch in die Karten, das alles wissen wir nun einfach nicht. Ich bitte Sie, das Postulat mit den vorliegenden Ergänzungen abzuschreiben, so dass wir mit der Massnahmenbeantragung beim BUD vorwärtsmachen können.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gerne genauer auf den Bericht eingehen. Nur schnell zum Verständnis. Die Ausgangslage war im Grunde eine Interpellation, nur um das Ganze in den Kontext zu werfen. Dass man dort eigentlich herausfand, dass die Massnahmen, die der Gemeinderat wieder darauf beharrt, eigentlich keine Wirkung haben bei der Bekämpfung von übermässigen Lärmemissionen. Ich habe das Beispiel der Parkallee genommen. Dort wurde mit dieser Massnahme, vielleicht wurde es nun korrigiert, vor diesen 56 Gebäuden keine einzige drunter kam. Da habe ich überspitzt formuliert, ja gut, dann können wir es uns auch gleich sparen, die 200'000 Franken auszugeben, wenn es eigentlich gar keine Massnahme hat. D.h. die Sanierungsmassnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt, davon bin ich immer noch überzeugt, sind eigentlich kein Sanierungswisch, indem man quasi der Anwohnerschaft einfach sagt, verzichtet auf euer Recht. Ich möchte gar nicht mehr gross darauf eingehen, was denn jetzt der Gemeinderat da beschlossen hat. Er hat selbst gesagt, es ist ein politischer Entscheid. Was aber ganz neu und zentral ist, ist eigentlich das Ziel des ganzen Postulats. Wie kann es ziel führend umgesetzt werden? Und man soll ja die Kosten aufzeigen. Deshalb wurde, sage ich auch, dieser Bericht vom Einwohnerrat zurückgegeben. Man hat einfach gesehen, die Massnahme so und so viel, hat so und so viel Dezibel weniger und hat die und die Kosten. Das wurde uns vorgetragen. Wir haben aber nie die Effektivität gesehen, resp. den Nutzen der Bekämpfung bei der übermässigen Lärmquelle. Das hatten wir auch am runden Tisch nicht. Die Tabelle, die der Gemeinderat uns nun vorlegt, zeigt auch ein wenig, was eben auch die Effektivität sein könnte und nicht. Ich möchte das an dieser Stelle ein wenig auseinandernehmen. Wenn man auf Seite 8 ist, resp. machen wir die Parkallee, das ist wohl am einfachsten, um es zu sehen. Dort sehen wir, dass von den total 57 Gebäuden sind mit der Massnahme, die der Gemeinderat beschliesst, immer noch - Entschuldigung ohne Massnahme sind es 56 Gebäude, mit Massnahme, also mit Ausgaben, wenn man den Bericht liest, für 250'000 Franken, kommen wir auf 4 Gebäude drunter. Nun kann man endlich einmal zuerst mal eine kurze Kosteneffektivitätsanalyse machen. Ich rechne einfach die 220'000 Franken durch 4 und sehe einen Nutzengrad, resp. einen Kostengrad für 4 Gebäude von 50'000 Franken. 50'000 Franken, für die der Gemeinderat bereit ist, um, wie er selbst in seinem Leitbild festhält, Seite 18 vom Leitbild, das in jeden Haushalt kam, die übermässigen Emissionen zu bekämpfen. Der Gemeinderat will übermässige Emissionen bekämpfen. Also können wir hier schauen. D.h. wir haben einen Kosten/Nutzen- resp. Kosten-/Effektivitätsgrad von 50'000 Franken. Nun kann man sagen, wenn man es aus diesem Standpunkt betrachtet, ja, der Gemeinderat hat sich entschieden, politisch oder wie auch immer, wir machen eine Belagssanierung, dann vergleiche ich das doch mit dem 4-12-er. Wenn ich den 4-12 nehme, sehe ich, dass 44 und nicht nur 4 Gebäude darunter sind. Hat aber nur die Hälfte an Lebensdauer. D.h. Betrag einfach verdoppeln, jetzt sprechen wir von 440'000 Franken. Wieso? Doppelt so viel muss ausgewechselt werden. Nun rechne ich diese 440'000 Franken durch 44, dann komme ich auf eine Ausnutzungsziffer von 10'000. Also sieht man doch einfach, dass der 4-12 in der Effektivitätsanalyse 5 Mal effizienter ist als der 8-12. D.h. der Gemeinderat hat nun eine Massnahme nur auf Kostenseite beschlossen, die sagt, wir nehmen einfach den billigeren mit Entlastungsverfü-

gungen, obwohl eigentlich das andere 5 Mall effektiver ist. Das heisst, eigentlich müssten wir sagen, die 200'000 Franken sind aus dem Fenster geworfen. Dann frage ich mich, rein finanztechnisch, das macht er ja sonst auch nicht. Oder wenn wir das Feuerwehrauto anschauen, er sagt da nicht nur Kostenseite, da kannst du sonst den Ochsenkarren herholen, ja, der war halt günstiger als ein Auto. Sondern, wir haben auch einen Auftrag. Entlastungsverfügungen in alle Haushalte, hey, der Ochsenkarren war günstiger. Aber dann macht auch eine Nutzwertanalyse das ein wenig das bessere, das teurere Auto hervorkommt, je nachdem, wie das im Kosten/Nutzen oder eben Kosten-/Effektivität, wie auch immer, besser herauskommt. Da frage ich mich wirklich, weshalb der 8-12. Das ist nun rein auf der Kostenseite. Das macht, wie gesagt, wenn man dem Gemeinderat glauben möchte, dass er sein Leitbild verfolgt, dass es nicht darum geht, das Gesetz möglichst kostengünstig umzusetzen, sondern wirklich Allschwil vom Lärm effizient oder effektiv zu entlasten. Da macht doch der 4-12 fünf Mal mehr Sinn? Das möchte ich dem Gemeinderat gerne auf den Weg geben. Wieso eigentlich das? Er selbst hat es angesprochen. Es könnte vielleicht auch eine andere Massnahme besser sein. Aber man sieht es anhand dieser Zahlen, ganz einfach plausibel gerechnet. Das andere ist Geld aus dem Fenster geworfen. Ein 4-12 macht in diesem Sinne auch viel, viel mehr Sinn. Dementsprechend, ich glaube, Andreas Bärtsch hat diese Logik auch aufgenommen, und legt dem Gemeinderat mit seinem Antrag, wenn er ihn eingibt, auch ans Herz, doch diese Massnahme vorzuschlagen. Ob es dann genügt oder nicht, ist nicht unsere Sache. Ich glaube, wir hier haben eine finanzpolitische Verantwortung zu tragen. Wie der Gemeinderat dieses Gesetz umsetzen will, ist ihm überlassen. Wie das BUD entscheidet, ob die Anwohner dann zufrieden sind oder nicht, ist nicht unsere Sache. Aber ich glaube, wir müssen doch auch schauen, dass wir mit dem Geld richtig wirtschaften. Ich glaube, wir sollten nicht bereit sein, 200'000 Franken als Ablasshandel raus zu werfen, wenn man im Grunde ein viel effektiveres Projekt realisieren kann. Auch gleich noch das: wenn wir als Allschwil immer gegen den Fluglärm kämpfen und sogar gegen einen Bahnanschluss an den EAP sind, der nationale Bedeutung haben soll, dann sollten wir doch nicht nur das Allermindeste tun, sondern ein Gesetz einigermaßen so umsetzen können, bei dem auch die Kosten-/Effektivitätsannahme sinnvoll wäre. Deshalb, die Kompetenz habt ihr. Die Umsetzung des Gesetzes macht ihr. Aber ich finde es richtig, wenn der Einwohnerrat auch sagt, überlegt euch das noch einmal, macht es wirklich mehr Sinn, mit dem 4-12. Und wenn es dann in zehn Jahren, wie du, Philippe Hofmann, gesagt hast, andere Dinge gibt, dann nimmt man den Belag ab, vielleicht ist es dann ein 4-8, ist dann günstiger, hat aber auch ganz andere Massnahmen. Ich glaube, in der heutigen Ausgangslage ist das doch wirklich, wenn man sagt, man macht eine Belagssanierung und die zwei einander gegenüberstellt, dann macht nur etwas Sinn, und das ist der Belag 4-12. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Damit ist die allgemeine Beratung eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte zuerst etwas Grundsätzliches kurz wiederholen. Ich finde das eine Larifaridemokratie, wenn man ein Gesetz hat, das man nicht umsetzt. Das ist bei diesem Lärmschutzgesetz für mich nach wie vor grundsätzlich sehr stossend. Es ist für mich eigentlich nur ein Beispiel von Larifari, das sich langsam, aber sicher einschleicht, ich spreche hier nicht von Allschwil, sondern generell. Zweitens, ich war an diesem runden Tisch als Vertreter unserer Fraktion, das Gespräch mit den Fraktionen wurde erwähnt. Ich verstand diesen runden Tisch nicht als Beschlussgremium, sondern als ein Austauschgremium ohne Beschluss. Ich habe am runden Tisch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich weder die technische Kompetenz habe, eine Lösung zu beurteilen, noch im Namen der Fraktion sprechen kann. Das ist mir einfach wichtig, nicht dass man die Situation, die am runden Tisch diskutiert wurde, als Beschluss bezeichnet. Drittens, von den Lösungsvarianten bin ich nicht begeistert, von dieser, die nun vorgeschlagen ist. Wenn wir nicht auf die Kosten achten müssten, ich bin auch dafür, dass man auf die Kosten achtet, dann wäre für mich die Variante 5 zu realisieren, bei der man sowohl lärmdämpfende Massnahmen als auch Tempo 30 verbindet. Optimal von mir ausgesehen, wenn man Kosten und Wirkung anschaut, ist Variante 4, Belag 8-12, günstiger, langlebiger, verbunden mit Temporeduktion 30. Danke schön.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. 2008 hat in Allschwil der QP Letten beschäftigt. Man hat über den Erholungswald der Bürgergemeinde gesprochen, der Verpflichtungskredit für den Kreisel Baslerstrasse/Grabenring wurde gesprochen. Man hat über die Anpassung vom Lärm- und Empfindlichkeitsplan LESP gesprochen und der Neubau des Feuerwehrmagazins wurde bewilligt. Im Kanton hat man über den Finanzbeitrag von Basel-Landschaft zum Messezentrum Basel 2012 gesprochen, und in der Schweiz hat uns die Affäre um den Armeechef Roland Näf beschäftigt. Die Einbürgerungsinitiative und Maulkorbinitiative wurden beide abgelehnt. Die Schweiz und Österreich haben die EM durchgeführt. Ueli Maurer wurde Bundesrat und Barack Obama wurde zum Präsidenten der USA gewählt. Eine Partei namens BDP

wurde in diesem Jahr gegründet. Ich erzähle das nicht, um eine Geschichtsstunde abzuhalten, sondern ich erzähle das, um aufzuzeigen, über welchen Zeithorizont wir heute entscheiden sollen, ob wir nun einen Belag 4-12 oder einen Belag 8-12 einbauen sollen. Das sind zwölf Jahre. Das alles ist vor zwölf Jahren passiert. Wenn nun jeder in sich geht und überlegt, wie stark ihn das, was ich hier vorgelesen habe, noch beschäftigt, sieht er in etwa, was für ein Zeithorizont das ist, über den wir heute bei dieser Belagswahl entscheiden. Es ist unbestritten, dass der Belag 4-12 eine viel bessere Wirkung hat als der Belag 8-12. Man muss sich ebenso bewusst sein, dass die Unterschiede dieser Beläge am Ende der Lebensdauer gemessen werden. Der Belag 4-12 bringt nach 10 bis 12 Jahren noch 3 dB, zu Beginn bringt er viel mehr. Man muss sich bewusst sein, das steht auch im Bericht, dass die Investitionskosten für den Einbau der Beläge im Moment genau gleich hoch sind. Deshalb habe ich gesagt, nicht in der Fraktion, aber ich habe Rückhalt in der Fraktion, ich war schon immer dagegen, dass man den 8-12 einbaut, weil ich es einfach nicht verhältnismässig finde, so viel Geld auszugeben bei so geringer Wirkung. Deshalb habe ich gesagt, ich möchte einen Sachantrag zu diesem Geschäft stellen, der da lautet: *Auf den vorgesehenen Sanierungsabschnitten Spitzwaldstrasse und Parkallee, soll ein Deckbelag 4-12 anstelle eines Deckbelags 8-12 eingebaut werden.* Die Begründung: der Wirkungsgrad in Bezug auf den Lärmschutz ist aktuell massgeblich besser und kann in 10 bis 12 Jahren mit Begleitmassnahmen gehalten oder verbessert werden. Selbstverständlich bin ich auch für die Abschreibung dieses Geschäfts, damit wir anschliessend, so wie es Gemeinderat Philippe Hofmann erläuterte, möglichst schnell mit dem Einleiten der Umsetzungsmassnahmen beginnen können. Ich danke euch herzlich für die Unterstützung meines Antrags.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nicht lange auf diesen uns vorliegenden Bericht eingehen, sondern nur ganz kurz auf Seite 11, zweitletzten Abschnitt. Darin wird Frau Wiegers, Advokatin, Rechtsvertreterin der Anwohnerschaft, namentlich erwähnt. In ihrem Namen und im Namen der Personen der Anwohnerschaft, die am runden Tisch dabei waren, darf ich zu diesem Abschnitt folgendes sagen: Wenn es so wäre, wie der Gemeinderat es hier schreibt, hätte nicht der Regierungsrat vollumfänglich der Anwohnerschaft Recht gegeben. Wer den Bericht des Regierungsrats liest, sah, dass die Anwohnerschaft in diesem Sinne auf der Gewinnerseite war, bekam in diesem Sinne Recht, und zwar in allen Punkten. Es ist nicht so, dass wir oder die Anwältin irgendetwas dagegen unternommen hätten. Im Gegenteil. Fakt ist, die Anwohnerschaft wartete, und hat gewartet, und hat gewartet, und wartet immer noch auf den Austausch, konkret, was wird eigentlich unternommen. Es hat nichts zu tun mit der Baslerstrasse. Es hat damit zu tun, damit man wüsste, wo geht es hin. Der Gemeinderat holte zwei Fachgutachten ein. Im nächsten Postulat oder in der Interpellation seht ihr, was ausgegeben wurde. Wir alle wissen, eben gerade beim Thema Bachgraben, kamen Gutachten zur Verkehrsführung etc., wie streng sich der Gemeinderat sich an solche Gutachten hält. Man kann noch lang sagen, es hat zu viel oder zu wenig Verkehr, die Gutachten haben Recht, und der Gemeinderat baut auf dieses Recht. Die Anwohnerschaft ist ganz sicher auf die Umsetzung, darauf, wie es weitergeht, gespannt. Vor allem möchten sie wissen, was genau wird kommen. Wie es weitergeht, wissen wir nicht, es gibt mehrere Varianten. Zum vorigen Sachantrag von Andi muss ich hier einmal mehr sagen, es wurde schon an anderen Stellen mehrfach gesagt, für die Umsetzung der Lärmschutzverordnung bei den Gemeindestrassen ist allein der Gemeinderat als Eigentümer zuständig. Er macht diese Vorlage. Er hat Fachleute im eigenen Haus, er hat zwei Gutachten. Er weiss, wo es hingehen kann, und er entscheidet, wo es hingehen soll. Nicht der Einwohnerrat. Danke schön.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich habe nicht so viel dazu zu sagen im Sinn von, ist das fachlich gut oder nicht. Ich denke, dieses Postulat wurde von den Fakten her endlich einmal beantwortet. Was mich allerdings sehr befremdlich scheint, ist die Aufzählung der abgehaltenen runden Tische. Es tönt immer so, als habe man Zustimmung erhalten. Vor allem jenen mit den Fraktionspräsidenten empfinde ich demokratisch als eine sehr gewagte Sache, wenn man dabei sagt, man will den Dingen folgen. So, wie es formuliert ist, hört es sich ein wenig so an, als dass uns die Fraktionspräsidenten vorschreiben können, was wir hier wollen oder nicht. Ich finde, das ist nicht der richtige Ansatz. Danke schön.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Das Detail und die Sachen wurden ausgeführt. Ich kann mich soweit Etienne anschliessen und auch Andreas bei den Ausführungen der Verhältnismässigkeit. Ich denke es ist richtig, dass wir dieses Postulat heute so oder so abschreiben, damit wir wirklich vorwärtskommen und die Anwohner nicht länger darauf warten müssen. Ich werde in diesem Zusammenhang, Andreas, deinen Antrag unterstützen und ich danke dir ganz besonders für deine grossartige Auflistung von vorhin. Denn falls Sie gut zugehört haben, dann wissen Sie nämlich, das Einzige, was heute noch erfolgreich in Qualität und Bestand ist, ist Ueli Maurer. Herzlichen Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben einen Antrag von Andreas Bärtsch. Darin wird vorgeschlagen, dass wir den, ich sage mal, qualitativ hochwertigere Belag auswählen sollen, das wäre der Belag 4-12 mit einer längeren Lebensdauer, gegenüber dem Vorschlag des Gemeinderats mit dem Belag 8-12. - Entschuldigung, ich habe das falsch gesagt - der Gemeinderatsvorschlag wäre mit einer kürzeren Lebensdauer... - Ich beginne noch einmal: Wir haben zwei Vorschläge zum Abstimmen. Derjenige des Gemeinderats Belag 8-12 gegenüber dem Vorschlag von Andreas Bärtsch Variante 3, Belag 4-12. Wer dem Gemeinderat folgen möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Diejenigen, die ablehnen, würden quasi dem Vorschlag von Herrn Bärtsch folgen. Wer dem Gemeinderat folgen möchte für den Belag 8-12, soll das nun mit Karte bezeugen.

://:

Sie sind dem Antrag von Andreas Bärtsch einstimmig mit 1 Enthaltung gefolgt.

Schlussabstimmung. Wer dieses Postulat als Gesamtes abschreiben wollen, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben das Postulat einstimmig abgeschrieben.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 6**

Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, vom 14.10.2020, betreffend Aufwendungen der Gemeinde Allschwil im Zusammenhang der Lösungsfindung zur Umsetzung der Lärmschutzverordnung  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4536 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst Jean-Jacques Winter.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich bleibe bei der Tradition von heute Abend und gebe zuerst dem Gemeinderat das Wort. Danke schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Dann sage ich halt das kurze Sätzlein, das ich sagen wollte. Ihnen liegt die explizit schriftlich gewünschte Beantwortung der Interpellation vor. Sie ist kurz, man kann das selbst lesen. Ich hoffe, der Interpellant ist mit dieser Antwort zufrieden, ansonsten kann er mir danach um die Ohren hauen. Ich hoffe, dass die Interpellation abgeschrieben werden kann, damit wir dieses Geschäft doch noch hätten erledigen können.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich kann dich trösten, ich bin waffenlos gross geworden. Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung, vor allem jener Person, die die Stunden zusammensuchen musste, ist es doch eine enorme Anzahl Stunden, die aufgewendet wurden, um das Geschäft, das wir eben vorhin abgeschlossen haben, vorzubereiten und vorzulegen. Sicher ist für einmal auch spannend zu sehen, da war ich selbst erstaunt, wie hoch der finanzielle Aufwand für diese Gutachten ist, die wir immer wieder, seien sie von Ingenieurbüros, Architekten oder seien es Rechtsgutachten, erhalten. Es ist, wenn ich es genau anschau, für die aufgeführten Stunden, man muss mit einem Durchschnitt von 100 Franken mit den Sozialkosten rechnen, eine knappe halbe Million, die in diesem Papier ausgewiesen wurde. Merci dem Gemeinderat, vor allem der Person, die gerechnet hat. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt, findet noch die Diskussion statt. Ich stelle fest, dass niemand das Wort verlangt. Somit ist diese Interpellation beantwortet und abgeschrieben.

---

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderates vom 21.10.2020, zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 1.4.2019, betreffend Überarbeitung Alterskonzept Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4436 / A

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat die antragstellende Person.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich getraue mich nun nicht, die Tradition zu brechen, nachdem Schaggi Winter schon eingeschlagen hat. Selbstverständlich gebe auch ich das Wort zuerst an Gemeinderätin Silvia Stucki.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich danke Andreas Bärtsch, dass er mir heute das Wort zuerst lässt, nicht weil ich das erste Wort haben möchte, sondern weil ich mich entschuldigen möchte. Ich bedauere nämlich, auch hier wurde mit der Beantwortung des Postulats die Zeitdauer nicht eingehalten, und ich möchte mich, wie gesagt, dafür entschuldigen. Ich bemühe mich, damit mir das nicht passiert. Zur Beantwortung. Ich bin mir selbstverständlich bewusst, dass Sie alle die Unterlagen studiert haben. Dennoch möchte ich Ihnen jetzt eine kurze Zusammenfassung geben. Das Alterskonzept der Gemeinde Allschwil setzte der Gemeinderat im Jahr 2011 in Kraft. Das Konzept beinhaltet u.a. 14 konkrete Massnahmen in drei Handlungsfeldern. Diese Massnahmen wurden inzwischen umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung. Fünf Jahre später, also im Jahr 2016, beschloss eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus der Alterskommission, das Alterskonzept zu überarbeiten. Im Hinblick auf das neue Alters- und Pflegegesetz des Kantons Basel-Landschaft stellte die Arbeitsgruppe allerdings im Jahr 2017 diese Tätigkeit ein bzw. zurück, weil sie vermutete, dass es Änderungen geben könnte. Diese traten mit der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes tatsächlich ein. Die einschneidenden Veränderungen dazu gehören u.a. die Bildung der Versorgungsregion, der Betrieb einer Informations- und Beratungsstelle, die Steuerung der Pflegeheim-eintritte durch diese Stelle und die Erstellung von regionalen Versorgungskonzepten und auch der neuen Leistungsvereinbarungen mit dem Versorger. Das Ziel der Vorgabe ist, den Gemeinden zu ermöglichen, die Altersversorgung qualitativ, quantitativ und finanziell aktiv zu steuern. Im selben Jahr haben die Gemeinderäte aus den Gemeinden Allschwil, Binningen und Schönenbuch deshalb entschieden, eine gemeinsame Versorgungsregion ABS zu bilden. Mit Unterstützung einer externen Fachperson wurde das Betriebskonzept für die Informations- und Beratungsstelle gemäss dem Gesetz entwickelt und im September 2018 durch die Gemeinderäte der drei Gemeinden verabschiedet. Im Jahr 2019 wurden die Arbeiten für die Entwicklung, das vom APG geforderte Versorgungskonzept dann aufgenommen. Zudem erarbeitete der Gemeinderat im Zeitraum von Ende 2018 bis März 2020 in einem aufwendigen Verfahren das Strategiepapier *Alter in Allschwil*. An dieser strategischen Arbeit waren Versorger im Altersbereich und die Alterskommission der Gemeinde Allschwil beteiligt. Zudem wurde eine Expertenmeinung von Prof. Höpfliger eingeholt und ebenfalls in die Strategieentwicklung integriert. Darüber informierte der Gemeinderat an der Einwohnerratssitzung vom 9. Juni 2020. Die soeben beschriebenen Veränderungen der Rahmenbedingungen waren bei der Entwicklung des Alterskonzepts in den Jahren 2009 bis 2011 nicht absehbar. Da sie jedoch derart gewichtig sind, mussten sie in den vergangenen und auch in den aktuell laufenden Arbeiten des Gemeinderats und der Verwaltung mitberücksichtigt werden. Der Gemeinderat ist wie der Postulant der Ansicht, dass aufgrund dieser Entwicklungen resp. der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Überprüfung und Überarbeitung des Alterskonzepts erforderlich ist. Mit der Bildung einer Versorgungsregion ist das jedoch nicht mehr die alleinige Aufgabe des Gemeinderats, sondern eine des neuen Gremiums. Entsprechend muss die Delegiertenversammlung der Versorgungsregion diese Aufgabe dringend an die Hand nehmen. Selbstverständlich sollten die Delegierten von Allschwil sich auf das Strategiepapier *Alter in Allschwil* abstützen. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, dieses Postulat 4436 als erledigt abzuschreiben. Besten Dank.

**Christian Kellermann**, Präsident: Herzlichen Dank Frau Stucki. Nun gebe ich gerne das Wort an Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Frau Gemeinderätin Silvia Stucki. Sie haben mir nun mit Ihrer herzlichen

---

Entschuldigung, die nehme ich natürlich selbstverständlich entgegen, voll den Wind aus den Segeln genommen. Aber, um dem Votum von Mark Aellen zu folgen, das wäre nun eigentlich das dritte Postulat, das nicht termingerecht beantwortet wäre. Ich lasse mich selbstverständlich nicht mehr darüber aus. Mit Interesse habe ich gelesen, dass die konzeptionellen Entscheide in Zukunft durch ein 6er-Gremium in der Versorgungsregion entschieden werden sollen. Ob das richtig ist, wird der Weg zeigen. Ich wage, es im Moment zu bezweifeln. Umso wichtiger ist nun, dass die Gemeinde Allschwil eine gute Strategie erarbeiten. Da bin ich doch sehr gespannt, was aus deren Feder in den Rat gebracht wird. Mit Erstaunen habe ich in diesem Bericht gelesen, dass der Einwohnerrat das Postulat *Strategische Ziele 18/28*, eben das, was jetzt so viel wichtiger ist, zur Kenntnis genommen habe, so wie es in diesem Bericht steht. Dass dem nicht so ist, wissen eigentlich alle Anwesenden im Raum. Der Einwohnerrat kritisierte das Geschäft inhaltlich stark und wies es an den Gemeinderat zurück. Wenn in einer Sitzung vom 20. Juni ein Geschäft zurückgewiesen wird, kann eigentlich von der Verwaltung und dem Gemeinderat erwartet werden, dass es in einer nachfolgenden Beantwortung auch richtig wiedergegeben wird. Das ist in dieser Beantwortung aus meiner Sicht klar nicht der Fall, was für mich der Hauptgrund ist, das Postulat nicht abschreiben zu lassen sowie an den Gemeinderat zurückzuweisen, damit der Sachverhalt in diesem Bezug richtiggestellt werden kann.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich bin mir nun nicht sicher, ob ich alles richtig verstanden habe. Ich möchte empfehlen, das Postulat, bei dem es um die Überarbeitung des Alterskonzepts geht, abzuschreiben. Selbstverständlich ist das Postulat, die Überarbeitung der Altersstrategie von fünf auf zehn Jahre zu erweitern, noch hängig. Dazu kann ich Ihnen berichten, dass das im Januar traktandiert ist und mit einer Fachperson weitergearbeitet wird. Deshalb würde ich Ihnen trotzdem beliebt machen, eben dieses Postulat abzuschreiben. Besten Dank.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Das kann ich ganz klar nachvollziehen, dass Sie das wollen. Aber schauen Sie, wenn drinsteht: *„Die strategische Arbeit konnte im März 2020 abgeschlossen werden und dem Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 9. Juni anlässlich der Beratung des Postulats betreffend Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderats für den Bereich Altersbetreuung in Allschwil zur Kenntnis gebracht werden.“*, und ich das lese, dann heisst das, der Einwohnerrat hat es zur Kenntnis genommen und gutgeheissen. Also ich glaube, wir als Einwohnerrat können erwarten, wenn wir das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen, dass das in einem Bericht, der am 21. Oktober an den Gemeinderat geht, wenn im Juni etwas zurückgewiesen wurde, dass das erwähnt wird. Es müsste mindestens drinstehen: Es wurde dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht und dieser wies es zur Überarbeitung noch einmal an den Gemeinderat zurück. Sonst fühle ich mich nicht so ernst genommen, wenn ich das so lese.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Besten Dank noch einmal für diese Erläuterung. Es tut mir leid, wenn das missverständlich war. Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Danke schön.

**Christian Kellermann**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob eine zusätzliche oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4436 A abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 5, § 87.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat, Geschäft 4436, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, bitte ich, das mit der Karte zu bezeugen.

://:

Sie haben dieses Postulat mit 12 Ja, 17 Nein, 4 Enthaltungen nicht abgeschrieben.

Damit ist es an den Gemeinderat zurückgewiesen.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 8**

Motion von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 13.5.2020, betreffend  
Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg  
im Bereich des Schulraumperimeters  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4519

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt oder der Gemeinderat nicht unbedingt noch etwas dazu erwähnen möchte, wäre diese Motion überwiesen. Ich frage den Rat an, ob ein Gegenantrag vorliegt. Herr Philippe Hofmann hat noch das Wort, bitte schön.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Danke schön. Ich möchte nur kurz schnell etwas sagen. Wir sind zwar für die Entgegennahme, das ist klar, aber ich möchte einfach nur kurz erwähnen. Es gibt in der Beantwortung des Geschäfts 4390 A noch eine angedachte Massnahme für ein Halteverbot. Dies im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Eltern-taxis. Entsprechend ist dafür auch schon ein Konzept von Pestalozzi & Staehelin eingetroffen. Diese Massnahmen Begegnungszone oder dann das Halteverbot zu machen, beisst sich. Beides geht nicht. Entsprechend muss einfach abgewogen werden, was sinnvoll ist. Das werden wir hier zu gegebener Zeit sicher vorstellen können. Trotzdem wollen wir es entgegennehmen. Weil dann haben wir zwei Varianten, die wir prüfen können. Die Sinnvollere werden wir dann umsetzen können.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 9**

Motion von Florian Spiegel, SVP, vom 10.9.2020, betreffend  
Gemeindebibliothek  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4530

---

**Christian Kellermann**, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Herzlichen Dank. Die Ausführung und die Begründung zu diesem Antrag hatte ich eigentlich schon geschrieben. Es geht ein wenig in die Richtung, die wir schon paar Mal diskutiert haben. Wir geben einen Vorstoss ein, es wird zu einem Postulat abgeändert, das ist gleich ein Postulat, es wird darüber berichtet und es wird trotzdem wieder nichts getan. Das hatten wir nun bei dieser Thematik in den letzten zehn Jahren zwei, drei Mal gehabt. Deshalb waren wir der Meinung, und auch nachdem der Rat das letzte Mal ganz klar und deutlich seine Signale aussandte, und der Gemeinderat eigentlich auch, er weiss aber nicht so genau was er will, es ist unsere Aufgabe, dass wir ihm aufzeigen, was wir wollen. Aus diesem Grund habe ich diese Motion damals geschrieben. Es ist auch wieder ein wenig so, wenn man über den Zeithorizont, die die Beantwortungen benötigen, spricht, wenn wir darüber diskutieren. Wir haben es im September eingegeben. Der Gemeinderat kam der Empfehlung nach, dass wenn ihr in Zukunft ablehnt, er ein Sätzlein schreibt. Das hat er auch tatsächlich getan. Auch darüber kann man diskutieren, warum man für den Satz „Es ist nicht umsetzbar.“, für die kurze Begründung, drei Monate benötigt. Natürlich verlieren wir dann auch schon wieder Zeit, wenn wir für einen Zweizeiler so lange benötigen. Daher kann ich verstehen, dass es für einen Bericht, der mehr als zwei Zeilen hat, auch viel länger geht als drei Monate. Das war nun ein wenig böse gesagt. Aber nein, wie gesagt, wir hätten das auch schneller tun können. Und nun kommt sicher die Begründung, wenn man sagt, ja, das mit dem zweiten Quartal 2020, und deshalb will man ein Postulat daraus machen. Da muss ich sagen, es wäre eine Möglichkeit gewesen, dass man in dieser Begründung z.B. nach drei Monaten geschrieben hätte, und ich gehe mal davon aus, dass der Gemeinderat nach drei Monaten weiss, wie lang er ungefähr braucht, wäre das doch eine Möglichkeit gewesen aufzuzeigen und zu sagen, schaut, das reicht uns nicht bis ins zweite Quartal 2020, aber wir sind bereit oder wir sehen den Zeithorizont im vierten Quartal 2022. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, über die man hätte diskutieren können, oder eine

---

Grundlage. Leider fand das aber nicht statt. In einer Motion, in einem Postulat möchte ich es nicht ändern. Das Einzige, das ich offen lasse, ist, wenn der Gemeinderat jetzt eine konkrete Antwort gibt, in welchem Zeithorizont er damit rechnen kann, dann können wir darüber diskutieren, ob ich den Passus noch anpasse. Kommt das nicht, dann muss ich sagen, lasse ich die Motion lieber stehen, so wie sie ist. Wenn es ihm nicht reicht, muss er mir halt, wie wir heute gesehen haben, in einem Zwischenbericht eine Antwort. Ich glaube aber, es ist heute Abend endlich Zeit, dass wir mal ein klares Zeichen setzen und dem Gemeinderat aufzeigen, in welche Richtung wir wollen.

**Christian Kellermann**, Präsident: Besten Dank. Dann möchte ich gerne das Wort an Andreas Bammatter geben.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Am 10. September hat Florian Spiegel, wie er es zuvor gesagt hat, die Motion betreffend Gemeindebibliothek eingereicht. Der Antrag lautete: „Der Gemeinderat wird verpflichtet, dem Einwohnerrat aufzuzeigen, wie die Gemeinde Allschwil auf dem Gemeindegebiet eine Bibliothek unterhalten kann. Der Gemeinderat setzt die Einführung der Bibliothek im zweiten Quartal 2020 um.“ Ich möchte Ihnen nun gerne ein wenig erläutern, welche Überlegungen sich die Fachstelle Kultur und der Gemeinderat dazu gemacht haben. Bereits mit der Überweisung der Motion Gemeindebibliothek prüfte der Einwohnerrat ähnliche Postulate aus dem Einwohnerrat. Das sind namentlich das Postulat Prüfung einer Gemeinmediathek in der Villa Guggenheim, Einwohnerratsgeschäft 4396, und das Postulat Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals, Einwohnerratsgeschäft 4520. Nun eine kleine Zusammenfassung der wesentlichen Argumente der jeweiligen Postulate und den bisher gefällten Einwohnerratsentscheide.

Zuerst zum Postulat zur Prüfung einer Gemeinmediathek in der Villa Guggenheim - sie erinnern sich, am 9. September. Die Bereiche *Bau Umwelt und Raumplanung* sowie *Bildung Erziehung Kultur* haben mögliche Standorte geprüft, die für eine allfällige, künftige Gemeindebibliothek sinnvoll sein könnten. Während die Realisierung einer Mediathek im historischen Dorfkern sowie am Lindenplatz nicht möglich ist, ist eine Umsetzung an der Binningerstrasse denkbar und könnte massgeblich zur Attraktivitätssteigerung und zur Belebung dieses Quartiers beitragen. Weiter wurde in der Postulatsbeantwortung darauf hingewiesen, dass eine Prüfung von möglichen Standorten jedoch nur eine von vielen Fragen der möglichen Umsetzung einer Mediathek ist. Denn vor der Frage nach einem konkreten Standort, sind auch Fragen nach Bedarf, Zielen, Betriebskonzept, Trägerschaft und Kosten zu beantworten. Das Postulat der SP-Fraktion Gemeindebibliothek in der Villa Guggenheim wurde an der Einwohnerratssitzung, wie ich zuvor sagte, am 9. September als erledigt abgeschrieben.

Ein Tag danach, noch einmal: ein Tag danach, hat die SVP wieder einen Vorstoss zum genau demselben Thema eingereicht. Das Postulat Kulturraum in den historischen Werkhallen des Ziegeleiareals wurde am 4. November überwiesen. Als Gemeinderat Ressort Kultur und Freizeit bin ich der Meinung, dass eine Umnutzung der Ziegeleihalle für kulturelle Zwecke für Allschwil sehr viel Potenzial hat. Mögliche Umnutzungen betreffen vor allem die grossen Hallen in der Binningerstrasse, was allerdings bauliche Veränderungen, strukturelle Ergänzungen, Brandschutz, energetische Anpassungen und beträchtliche Investitionen erfordert. Ich meine, die Gestaltung des öffentlichen Raums wird immer wichtiger und ist Ausdruck und Garant, wie ich es schon sagte, für die Standortattraktivität unserer Gemeinde. Eine Umsetzung und eine Einführung der Bibliothek bis zum zweiten Quartal 22, also im Zeitraum von eineinhalb Jahren, ist allerdings, so wie es in der Motion der SVP festgehalten ist, nicht realistisch, weil schlicht nicht realisierbar. Aus diesen folgenden Gründen werde ich Ihnen das erläutern. Für die professionelle Betreuung einer Bibliothek oder Mediathek ist eine verlässliche Partnerschaft unerlässlich. Als einzige variable Kandidatin in der Region Nordwestschweiz wurde schon in der Vergangenheit die GGG als Partnerin eruiert. Ein Projekt von dieser logistischen Grössenordnung und Aufbau eines neuen Standorts kann selbst in bester Zusammenarbeit der höchst professionell aufgestellten GGG in eineinhalb Jahren geplant und umgesetzt werden. Erwinnere noch einmal: Standortevaluationen, benötigte Bauplanung, Projektprojektierung, Budget, Baukredit, Umsetzung, logistischer Aufwand.

Zweitens. Die jährlichen Aufwendungen und Betriebskosten für eine Bibliothek, Mediathek, die von der GGG betrieben würden, bewegen sich je nach Ausbau geschätzt zwischen 200' und 300'000 Franken. Die baulichen Investitionen müssten anhand der zur Verfügung stehenden Standorte ebenfalls noch einmal geschätzt und berechnet werden. Wenn der Motionär die Motion in ein Postulat umwandelt, könnten wir die sorgfältige Standortevaluation einer neuen Bibliothek bzw. des Mediathekenstandorts ganz im Sinne und analog vom ER-Geschäft 4520 Areal Binningerstrasse erfolgen lassen. Deshalb plädiert der Gemeinderat aus den oben erwähnten Gründen für eine Nichtentgegennahme. Plädiert aber gleichzeitig für die Entgegennahme des Postulats Gemeindebibliothek. Ich bitte um Überweisung des Geschäfts 4530 als Postulat.



**Christian Kellermann**, Präsident: Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich war schon einmal im letzten Jahrhundert Postulant, intensiv Postulant für eine Bibliothek gewesen. Ich würde heute nicht mehr von einer Bibliothek sprechen, ich würde von einem Gemeindezentrum mit einem Bestandteil als Bibliothek sprechen. Ich würde den Standort auf dem Ziegeleiareal, den der Gemeinderat in Erwägung gezogen hat, sehr günstig finde. Ob das nun eine Motion oder ein Postulat ist, scheint mir nicht so bedeutsam zu sein.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Allschwil braucht eine Gemeindebibliothek, und zwar eine moderne Bibliothek, die ein Begegnungsort für alle ist. Ich möchte zwei Punkte anfügen, die mir wichtig sind, dass sie erstens an einem Premium-Standort liegt, also an einem gut erreichbaren Standort, und dass vor allem jene Quartiere erreicht werden, die nicht durch die GGG-Bibliotheken Basel-West und Neubad abgedeckt werden. Wichtig ist auch, dass gemäss unserer Expertin für eine attraktive Bibliothek mindestens 630 m<sup>2</sup> notwendig sind. Wir befürworten mehrheitlich die Überweisung als Motion.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie Gemeinderat Andreas Bammatter ausführte, wurden vor diesem Geschäft in diesem Rat schon diverse Postulate behandelt, auch dank der Überweisung, weil wir das einfach mal prüfen und berichten wollten. Ich war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Man hat zwar ein wenig evaluiert, wo man diese Bibliothek in Allschwil realisieren könnte, aber man hat z.B. die Abklärung mit der GGG nicht gemacht. Wir wissen, oder ich hatte per Mail korrespondiert, dass die GGG generell daran interessiert ist. Was mich an der Ausführung von Gemeinderat Andreas Bammatter gestört hat, ist wieder einmal die Diskreditierung des Einwohnerrats Allschwil. Es besteht keine Nachfrage. Ja, was ist denn nun unsere Aufgabe hier? Sind wir denn nicht Repräsentanten? Wurden wir denn nicht gewählt, um genau diese Aufgabe wahr zu nehmen? Wenn er sagt, wir müssen zuerst die Nachfrage evaluieren, dann können wir den Einwohnerrat auflösen. Das finde ich schon mal mühsam. Wenn wir als Einwohnerrat, als Vertreter der Allschwiler Bürgerinnen und Bürger dem Gemeinderat einen Handlungsauftrag übergeben, dann hat er das doch bitte zu tun. Eine Motion heisst nicht, dass es getan wird, sondern eine Motion heisst, er muss mit dem Projekt in den Einwohnerrat. Es gibt einen Einwohnerratsbeschluss, d.h. wir prüfen und berichten nicht, wäre es möglich oder eine Einladung, sondern macht ein Projekt, kommt hier her und dann kann man evaluieren, gehen wir oder gehen wir nicht. Wiederkehrende, heute hatten wir es, Sondervorlagen, über 200'000 Franken wiederkehrende Ausgaben bräuchte ich eine Sondervorlage. D.h. wenn z.B. es heute überwiesen wird, heisst der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag eine entsprechende Sondervorlage zu erstellen. Wollt ihr, wollt ihr nicht? Das ist eigentlich die richtige Vorgangsweise. Da müssen wir heute fragen, ich glaube es braucht kein Postulat, sondern eine Motion. Geht rein, Zeithorizont kann man anpassen. Der Gemeinderat hat das alles evaluiert. Da hätte er doch sagen können, ja okay, bis wann können wir etwas realisieren. Aber ich glaube, der Handlungsauftrag, wenn der Einwohnerrat heute sagt, wir wollen das, bitte realisieren, go for it. Aber schlussendlich das wirkliche go haben wir dann hier, können wir ganz klar und nüchtern nachschauen, da ist das Preisschild, ist es uns das wert oder ist es nicht. Aber ich glaube die Message, das jetzt auszuarbeiten ist der heutige Auftrag. Dazu braucht es kein Postulat, sondern ist einfach eine Motion der richtige Weg. Darum will ich dem Antragsteller beliebt machen, den Antrag beizubehalten.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Ich verstehe ehrlich gesagt das Problem gar nicht. Wir hatten verschiedene Postulate. Der Gemeinderat hat diese geprüft. Die Standorte wurden geprüft. Die Partnerschaft ist auch schon bekannt. Der Bedarf ist da. Wieso nimmt er nicht das Telefon in die Hand, ruft bei der GGG an, macht ab und arbeitet etwas aus? Das wäre der einfachste Weg, und wir würden endlich einmal vorwärtskommen. Nicht nur wieder hin und her schieben. Danke schön.

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir hatten es gestern beim Budget davon, dass wir doch einfach in Zukunft auf Gewisses verzichten müssen. Wir sind der Meinung, dass das jetzt genau so etwas ist, bei dem ein Verzicht angebracht ist. Vor allem wenn ich dann noch höre, dass so eine Bibliothek 630 m<sup>2</sup> Platz benötigt, was das kostet. Wir werden diese Motion sicher nicht überwiesen, weil aus unserer Optik gibt es in nächster Nähe zu Allschwil gute, zwei sehr gute Bibliotheken der GGG, wo bestens mit öV wie auch mit Tram, oder wenn jemand will, mit dem Auto.

**Andreas Bärtsch**, KBU-Präsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Mit Erstaunen habe ich heute gehört, die Gemeinde Allschwil habe keine Bibliothek. Das stimmt mitnichten. Die Gemeinde Allschwil hat eine Schulbibliothek, die über 8'500 Medien aufweist und für Kinder bis 12 zugänglich ist. Wie meine Vorrednerin gerade erläuterte, hat es in unmittelbarer Nähe vom erwähnten Anbieter zwei Standorte der Bibliothek, und ja, das ist nun halt nicht mehr Basel-Landschaft, sondern Basel-Stadt, aber man kann glaube ich auch von allen Allschwilern erwarten, dass sie halt einen Kantonswechsel in Betracht ziehen, um in eine Bibliothek zu gehen. Daher ist auch die FDP-Fraktion der Meinung, dass man diese Motion nicht unterstützen sollte.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Nur noch ganz kurz schnell. Wir sprechen hier nicht von einer Bibliothek. Zuvor wurde es gesagt, es geht um ein Treffen. Die Leute können dort hin, es gibt sogar einen Kaffee-Ecken, ihr müsst die Bibliothek vorne anschauen bei der Allschwilerstrasse, eine Kinder-ecke. Den Leuten ist es dort wohl, man trifft sich, man kann innen sogar kleine Konzerte geben, ich kenne Leute, die dort schon gespielt haben. Es gibt Lesungen mit Autorinnen und Autoren. Es ist etwas, das wir hier nicht haben, so ein Kulturtreffpunkt analog zum Familientreffpunkt. Das ist erst mal nur zum Prüfen, wo es langgehen könnte. Einfach nicht Bibliothek, es geht nicht nur ums Lesen, es geht um Medien, es geht ums Ausleihen, es geht darum, Zeitungen und alle anderen Medien zu konsumieren und darum, dass alle daran teilhaben können.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Besten Dank. Nun waren wir vorher bereits in den Details, mit dem, was man alles möchte und in welche Richtung es gehen sollte. Das ist genau das was ich in meiner Motion eben nicht getan habe, sondern ich habe sie eben richtig analog dem Einwohnerrat und unserer Flughöhe nämlich offen formuliert. Und zwar damit der Gemeinderat aufzeigen soll, wie er auf dem Gemeindegebiet eine Bibliothek unterhalten kann. Ich habe gesagt auf Gemeindegebiet, das ist für mich Allschwil. Ich weiss schon, Andreas, als Bündner kann man das schon schnell sagen, Basel-Stadt und Baselland ist kein Unterschied, aber für einen richtigen Baselbieter ist das eben halt noch ein Unterschied. Wie gesagt, ja, so weit so gut. Es geht darum, der Gemeinderat soll nun endlich einmal ausarbeiten, in welcher Art und Weise er die Möglichkeiten für eine solche Bibliothek oder so ein Medienhaus oder was auch immer sieht. Es liegt an ihm, was genau er tun möchte. Nun hat er damit einen wirklichen Handlungsauftrag. Ich habe leider keinen Zeithorizont gehört, daher bleibe ich bei meinem Antrag vom 2. Quartal 2022. Aber auch dort ist es so, da scheut ihr euch auch nicht davor, dass ihr eine Motion nicht gleich dann umsetzt, wenn wir es eingegeben haben. Nun ist es plötzlich ein Problem, nachdem wir heute Abend gesehen haben, wie lange ihr manchmal braucht. Wenn ihr seht, dass es nicht aufgeht aber innert sechs Monaten mit einem guten Konzept kommt und darin steht, so und so und so ist realisierbar drittes Quartal 2023, und eine Mehrheit im Rat findet, dann ist damit ja auch gedient. Aber es geht darum, wir wollen nun nicht. Als wir gehört haben, wann die ersten Anläufe genommen wurden, dann sind wir im letzten Jahrhundert, und zwar nicht im ersten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts, sondern weiter vorne. Dann muss ich sagen, ich glaube, jetzt müssen wir mal einen Zeithorizont eingeben. Was ich bei der CVP auch nicht verstehe, also mit diesem Argument von heute Abend nimmt mich denn Wunder, was denn die Argumentation ist beim Mehrspartenhaus und Heimatmuseum, dann müsstet ihr da auch dagegen sein, und müsstet beim Jugendfreizeithaus dagegen sein. Das von einer Fraktion, die letztes Jahr noch Solarstrassen für weiss nicht wie viele Millionen bauen wollte. Nun bei einer Gemeindebibliothek Nein zu sagen, das tut mir leid, das kann ich nicht nachvollziehen. Ich bleibe bei der Motion, so wie ich sie geschrieben habe. Ich hoffe, dass wir heute Abend genug Unterstützung erhalten, damit wir endlich mal einen Schritt vorwärtskommen.

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Ich danke für die engagierten Voten. Vielleicht noch eine Kleinigkeit. Ich bin neu im Gemeinderat, ich gebe mir Mühe, dass die Geschäfte zeitlich sauber durchkommen. Ich glaube, auch meine Kolleginnen und Kollegen haben heute Abend den Auftrag drei Mal gehört. Das Gemeindezentrum, 630 m<sup>2</sup> höre ich, dann Kaffee-Ecken. Alles gut, ich bin dabei. 200' bis 300'000 Franken Ausbau eines Gebäudes, welches die GGG bereits eingekreist hat. Ich habe geschrieben Bedarf, Ziel, Betriebskonzept, Trägerschaft und Kosten müssen noch beantwortet werden. Wenn ihr mir diesen Auftrag erteilt, bzw. dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, machen wir. Das Binneringerstrasse-Areal haben wir ins Auge gefasst. Premium-Ort muss es sein, also Lindenplatz geht nicht, weil wir da bereits nebenan eine Bibliothek auf Baslerseite haben. Im Dorfzentrum soll mir dann einer sagen, wo man das machen soll. Florian Spiegel hat richtig gesagt, wir wollen öffentliche Begegnungsräume schaffen im Freizeithaus, wir wollen öffentliche Begegnungsräume schaffen im Museum. Ich bin dabei, wenn ihr noch ein drittes öffentliches Gebäude machen wollt. Ich bin dabei. Es stimmt dann vielleicht nicht ganz mit dem überein, was gestern Abend auch erwähnt wurde. Wenn ich sage Bedarf, und ich höre beim ersten Votum, es ist nicht eine Bibliothek, es ist eine Mediathek, es ist

ein Gemeindezentrum, dann liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, dann schreibt mir in den nächsten paar Tagen, wenn ihr es nicht als Postulat überweist, als Vertreter des Volks, was denn genau der Bedarf ist. Zudem haben wir noch ein GGG-Abkommen, mit dem viele Allschwilerinnen und Allschwiler mit ihrer GGG-Karte recht professionell etwas erhalten. D.h. sie können ihren vielleicht täglichen Bedarf haben. Ich habe aber gesagt, Allschwil hat dann, wenn sie eine eigene Mediathek hat, wenn sie ein eigenes Gemeindezentrum, wie es genannt wurde, hat, die Möglichkeit, die Attraktivität zu steigern. Aber jetzt, meine Damen und Herren, jetzt sind wir am Punkt, an dem ihr und Sie mir den Auftrag erteilen müssen, mit dem Gemeinderat das auszuhandeln. Ich bin bereit, Sie in einem Postulat dahin zu führen, und anschliessend auch, wenn Sie dieses Postulat annehmen und die Vorschläge weiterverfolgen möchten, es auszuarbeiten. Wenn Sie mir eine Motion aufdrücken, mach ich das auch. Das ist nicht das Problem, aber das Misstrauen, dass wir mit einem Postulat nicht prüfen und berichten, weil es mit einer Motion verbindlicher ist. Tut mir leid, diese Chance müssen Sie mir doch beim ersten Mal geben, dass ich mit einem Postulat dort hinkomme, wo Sie möchten. Ich bitte noch einmal um ein Postulat, und nicht um eine Motion.

**Christian Kellermann, Präsident:** Ich frage den antragstellende Florian Spiegel an. Ob er weiterhin bei einer Motion bleibt oder doch auf den Wunsch des Gemeinderates Andreas Bammatter eingehen wird.

**Florian Spiegel, SVP-Fraktion:** Wie ich schon gesagt habe, bleibe ich bei der Motion, und zwar, weil eben entgegen dem Votum zuvor, nicht alles eingeschränkt ist, sondern die absolute Handlungskompetenz für die Ausarbeitung des Konzepts beim Gemeinderat liegt. Die absolut Ganze, in welcher Form, in welcher Grösse, in welchem Zusammenhang, ist überhaupt nicht eingeschränkt ist. Das möchte man sonst auch immer. Und jetzt will man eine Einschränkung. Ich glaube, der Antrag ist so formuliert, damit der Gemeinderat die grösstmögliche Kompetenz innerhalb dieser Motion hat. Aus diesem Grund bleibe ich auch bei der Motion.

**Christian Kellermann, Präsident:** Gut, dann kommen wir nun zur Abstimmung. Wer die Motion überweisen möchte, soll das bitte jetzt mit Karte anzeigen.

://:

Geschätzte Anwesende, das Resultat ist sehr knapp. Sie haben diese Motion mit 15 Ja, 14 Nein und 3 Enthaltungen überwiesen.

**Christian Kellermann, Präsident:** Somit danke ich Ihnen fürs Aushalten. Wir sind sehr gut vorangekommen. Wir konnten alle Traktanden abarbeiten. Bevor nun alle aufstehen, bitte ich Sie doch noch kurz zu warten. Abschliessen können wir diese Sitzung, indem jeder sein Mikrophon ausschaltet. Das macht man, indem man mindestens fünf Sekunden lang auf den Einschaltknopf drückt und es gedrückt hält. Ich mache das dann am Schluss. Es bleibt mir nun, allen recht herzlich für ihren Einsatz vom vergangenen Jahr zu danken. Ich wünsche Ihnen allen schöne Weihnachten, besinnliche Zeit und einen guten Start ins Neue Jahr. Wir sehen uns wieder am Mittwoch, 20. Januar 2021. Bis dahin bleibt gesund und - uff Wiederluege!

**ENDE DER SITZUNG VOM MITTWOCH, 9. DEZEMBER 2020, 21.20 UHR**

<p><b>Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurden beide Einwohnerratssitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt!</b></p>
--